

# HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung

67. Jahr

Heft 4

April 2014



Schule ab Sommer  
geschlossen!

TITELTHEMA

Demografie und Schule

## Befristete Arbeitsverträge Die Zeit drängt!

Inzwischen liegen der GEW erste Berichte vor, dass einzelne Staatliche Schulämter langjährig befristet beschäftigten Kolleginnen und Kollegen schon jetzt zu verstehen geben, dass sie im Sommer keinen neuen Vertrag mehr bekommen werden. Damit will

der Arbeitgeber sein „Risiko“ minimieren, dass sich Lehrerinnen und Lehrer auf Grund der veränderten Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, nach einer längeren „Kette“ von Verträgen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis einklagen können. Die HLZ hat hierüber regelmäßig berichtet. Einen aktuellen Kommentar findet man in dieser HLZ auf Seite 3, ein aktuelles Info der Landesrechtsstelle der GEW im Mitgliederbereich der GEW-Homepage ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Service Recht > Mitgliederbereich > Arbeits- und Sozialrecht).

### Solidarität der Personalräte

Die GEW bittet die Personalräte um Unterstützung bei den Verhandlungen mit der Landesregierung über die Begrenzung der Zahl der befristeten Arbeitsverträge. Allen Schulpersonalräten ist eine Erklärung mit den zentralen Forderungen der GEW zugegangen mit der Bitte, sich diesen durch einen Beschluss des Personalrats anzuschließen:

Der Personalrat fordert

- eine Halbierung der Zahl der Unterrichtsstunden, die mit Fristverträgen abgedeckt werden,
- die Entfristung aller befristeten Verträge in den Schulen nach zwei Jahren Beschäftigungsdauer und
- eine stärkere Anrechnung der bei befristeten Verträgen erworbenen Praxiserfahrung im regulären Einstellungsverfahren.

Die GEW sammelt auch weiterhin entsprechende Erklärungen ([info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de), Fax: 069 97 129393), um sie der Landesregierung im Rahmen der Verhandlungen zu übergeben.

### Ende April arbeitslos melden

Die prekäre Situation im Sommer veranlasst die GEW, alle betroffenen Beschäftigten noch einmal eindringlich an die Verpflichtung zu erinnern, sich drei Monate vor dem Ende des befristeten Arbeitsverhältnisses arbeitslos zu melden! Diese Frist endet bei den Kolleginnen und Kollegen, deren Vertrag bis zum letzten Schultag vor den Sommerferien läuft, am 25. Juli 2014, bei einem Vertragsende am 31. Juli 2014 entsprechend wenige Tage später. Diese Meldung ist für einen ungekürzten Anspruch auf Arbeitslosengeld zwingend vorgeschrieben. Sie ist aber auch sinnvoll, um die Arbeitsagenturen auf eine mögliche Flut von Anträgen im Sommer 2014 vorzubereiten.



Zeitschrift der GEW Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung  
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

#### Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 971 2930  
Fax (0 69) 97 129393  
E-Mail: [info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de)  
Homepage: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)

#### Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling  
Klingenberger Str. 13  
60599 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 636269  
Fax (0 69) 6313775  
E-Mail: [freiling.hlz@t-online.de](mailto:freiling.hlz@t-online.de)

#### Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

#### Gestaltung:

Harald Knöfel, Michael Heckert †

#### Titelthema: Harald Freiling

#### Illustrationen:

Träger & Träger (Titel), Ruth Ullenboom (S. 4)

#### Fotos:

Harald Freiling (S. 10-13, 26, 27), GEW (S. 16, 17), Dieter Wagner (S. 34, 35)

#### Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Niederstedter Weg 5  
61348 Bad Homburg

#### Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Peter Vollrath-Kühne  
Postfach 19 44  
61289 Bad Homburg  
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21  
E-Mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

#### Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

#### Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

#### Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

#### Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

#### Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

#### Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH  
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

### Aus dem Inhalt

#### Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Meldungen
- 29 Recht: Aufsichtsverordnung
- 30 Recht: Dürfen Beamte streiken?
- 36 Magazin

#### Titelthema: Demografie und Schule

- 6 Schülerzahlen in Hessen
- 8 Schulentwicklung auf dem Land
- 10 Zukunft der beruflichen Bildung
- 12 Förderschulen und die Inklusion
- 14 Rüsselsheim: Schulschließung trotz steigender Schülerzahlen?
- 16 Aus für Eichendorffschule Kassel
- 17 Tümpelgartenschule Hanau

#### S.19–22: lea-Fortbildungsprogramm

#### Einzelbeiträge

- 18 Schulaufsätze im Dritten Reich
- 23 Ausstellung in Frankfurt: Vom Sinn des Strafans
- 23 Hochschulpolitische Forderungen
- 24 Schwarz-grüne Haushaltspolitik
- 26 Betriebsratswahlen
- 27 Schulpolitik: G8/G9, Inklusion
- 28 Lehrerbildung
- 32 Im Gespräch: GEW-Kollege Enis Güleken, neuer Vorsitzender des Landesausländerbeirats
- 34 Mit lea in London

# Befristungsunwesen bekämpfen

„Die Befristung eines Arbeitsvertrags kann trotz Vorliegens eines Sachgrunds aufgrund der besonderen Umstände des Einzelfalls ausnahmsweise rechtsmissbräuchlich und daher unwirksam sein. Für das Vorliegen eines Rechtsmissbrauchs können insbesondere eine sehr lange Gesamtdauer oder eine außergewöhnlich hohe Anzahl von aufeinander folgenden befristeten Arbeitsverträgen mit demselben Arbeitgeber sprechen.“ Mit diesen Worten beginnt die Pressemitteilung des Bundesarbeitsgerichts zu seinem Urteil vom 18. Juli 2012, das die Rechte von Beschäftigten zur Überprüfung befristeter Arbeitsverhältnisse gestärkt hat. Das Bundesarbeitsgericht korrigierte damit seine bisherige Rechtsprechung, nach der eine unendlich lange Kette von befristeten Verträgen zulässig ist, solange nur die im Vertrag genannten Sachgründe einen wirklichen Vertretungsbedarf abbilden. Diese alte arbeitgeberfreundliche Rechtsprechung hat insbesondere in den hessischen Schulen und Hochschulen zu einer dramatischen Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse geführt. Die GEW Hessen geht davon aus, dass inzwischen jede 25. Unterrichtsstunde von Kolleginnen und Kollegen erteilt wird, die nur mit einem Fristvertrag eingestellt wurden. Was vor zehn Jahren noch eher ein Randphänomen war, ist inzwischen in den Kernbereich der Einstellungspolitik des Kultusministeriums gerückt. Nach den letzten verfügbaren Daten gab es 2013 über 6.000 befristete Verträge an hessischen Schulen. Auch wenn die Bezahlung in den meisten Fällen inzwischen nicht mehr in den Sommerferien unterbrochen wird: Es bleibt ein Skandal. Längst geht es nicht mehr um eine kurzfristige Vertretung, sondern um die Abdeckung von regulärem Unterricht.

Es ist gut, dass inzwischen auch hessische Gerichte klare Worte gefunden haben. Von einem „institutionellen Rechtsmissbrauch durch das beklagte Land“ und vom „Verstoß gegen Treu und Glauben“ sprach das Arbeitsgericht Gießen im März 2013 in einem von der GEW erstrittenen Urteil. Im Sommer 2013, wenige Wochen vor der Landtagswahl, verhinderte das Land Hessen eine Welle von Klagen, indem auch die Verträge der Kolleginnen und Kollegen verlängert wurden, die bereits seit vielen Jahren mit befristeten Verträgen beschäftigt sind. Was in diesem Sommer passiert, wenn wieder Tausende befristeter

Verträge auslaufen, ist noch nicht absehbar. Die neue schwarz-grüne Koalition hüllt sich an dieser Stelle für den Schulbereich in Schweigen.

Die GEW wird ihren Mitgliedern weiter den notwendigen Rechtsschutz bieten. Vorrang haben in den nächsten Wochen die Solidarität mit den Betroffenen und der politische Druck. Bei den Verhandlungen in der letzten Tarifrunde für den Tarifvertrag Hessen haben sich die Gewerkschaften mit dem Land Hessen darauf geeinigt, nach der Landtagswahl Ende 2013 Gespräche über die Reduzierung der Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse aufzunehmen. Erste Sondierungen haben stattgefunden, doch die Zeit bis zum Ende des Schuljahres drängt. Die GEW geht mit klaren Positionen in die Gespräche. Sie fordert eine Halbierung der Zahl der Unterrichtsstunden, die mit Fristverträgen abgedeckt werden, und die Entfristung aller befristeten Verträge in den Schulen nach zwei Jahren Beschäftigungsdauer.

Schon jetzt haben sich viele Personalräte diesen Forderungen angeschlossen (HLZ S. 2). Sie geben zu erkennen, dass sie auf keinen Fall neuen befristeten Verträgen zustimmen werden, wenn gleichzeitig Verträge mit langjährig Beschäftigten einzig deshalb nicht verlängert werden, damit sie sich nicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis einklagen können. „Schluss mit dem Befristungsunwesen“ heißt aber auch, dass die Praxis beendet werden muss, Personen ohne Lehrqualifikationen mit Vertretungsverträgen einzustellen, sie „auszuprobieren“ und dann „bei veränderter Marktlage“ wieder auf die Straße zu setzen.

Für diese Auseinandersetzung bittet die GEW Öffentlichkeit, Eltern, Personalräte und alle ihre Mitglieder um Unterstützung.

Harald Freiling



Harald Freiling,  
HLZ-Redakteur

# „Na, heute ordentlich Geld gemacht?!“

Es ist dunkel und still. Das Schulgebäude liegt leer und verlassen. Doch halt, am Ende eines Nebentrakts brennt noch Licht. Sitzt der Schulleiter wieder an seinem Schreibtisch, weil er nicht heim zu Frau und Kindern will? – Nein, dort im Nebengebäude zählt der Cafeteria-Betreiber seine Einnahmen. Wie jeden Wochentag verlässt er die Schule gegen 21.30 Uhr mit einer Schubkarre voller Geld. Das überweist er direkt auf seine Konten in der Schweiz und auf den Kaiman-Inseln. In die Schule fährt er immer mit einem alten Combi, aber Eingeweihte im Lehrerzimmer wissen aus sicheren Quellen, dass er einen Maserati und drei Ferienhäuser sein Eigen nennt. „Und das alles von unserem Geld!“

Während die Pädagogen an der Schule, einschließlich Fachbereichsleiter und Studiendirektoren, eher ehrenamtlich tätig sind und nur eine geringe Aufwandsentschädigung für ihren engagierten Einsatz erhalten, verdient eine Mensa-Pächterin oder ein Cafeteria-Betreiber ordentlich Kohle. Das verschleiern sie aber gerne, damit der Sozialneid nicht zu groß wird. Sie klagen über einen realen Stundenlohn von

4,50 Euro und über einen Arbeitstag, der mehr als 14 Stunden dauert. Morgens um fünf Uhr treten sie zur Arbeit an, schmieren hundertfünfzig Schrippen und schälen Berge von Kartoffeln. Statt die belegten Brötchen allerdings zum Selbstkostenpreis abzugeben, verlangen sie einen ganzen Euro dafür! Sie müssten ja Gewinn machen, um Miete, Strom und Angestellte bezahlen zu können. Und in den elend langen Schulferien würden sie schließlich gar nichts einnehmen. Da jobben sie an der Wurstbude im Freibad oder tragen Zeitungen aus. In Wirklichkeit donnern sie mit ihrer C-Klasse über die Autobahn zum Yachthafen. Wir lassen uns doch nicht für dumm verkaufen.

Sehnsüchtig drücken sich einige Lehrer die Nase an den Cafeteria-Glasescheiben platt. Eine Dorade mit Sättigungsbeilagen: 5,50 Euro! Eine Roulade mit Kraut: 4,90 Euro. Ist das teuer!!! Und Gänsebraten zu Weihnachten ganze 9 Euro! „Da kann man sich ja wirklich einen Pelz mit verdienen“, bemerkt ein Mathe-Kollege trocken. „Ach, wenn ich doch auch einen Berlin-Pass hätte“, seufzt seine Ko-Tutorin. Bedürftige Schüler können damit für nur einen Euro essen. Hin und wieder lungern ausgehungerte Kollegen nachmittags in der Mensa rum. „Die Brötchen kauft doch jetzt niemand mehr. Die Wurst wellt sich ja schon. Kann ich die nicht billiger haben?“ Frau Weber-Weißmann hat praktischerweise gleich eine Tupperschüssel mitgebracht. Aber der Mensa-Pächter hat kein Herz für verarmte Lehrer.

Lieber verschenkt er die restlichen Brötchen an Schüler. Einmal erhält der Cafeteria-Pächter Post von einem Rechtsanwalt. Ihm wird Betrug und Körperverletzung vorgeworfen. Er hat an die zu fütternden Schüler vor den Ferien „minderwertige Nahrung“ verteilt (Kindermilch-schnitten und Oster-eier! Vermutlich kostenlose Werbeprodukte!) und deklariert nicht, womit er den Tee süßt. Sicher

mit Industriezucker, der die Kinder dick, dumm und süchtig macht. Der Fachbereich Arbeitslehre schlägt daraufhin eine gesunde Produktpalette vor. Am Ende der Woche sitzt der Cafeteria-Betreiber auf seinem Gurken-Joghurt und Sahnequark-Pumpernickel. Nicht einmal die Lehrer wollten gesund essen. Zum Ausgleich verdient er in dem Monat ganz gut, in dem er auf Verlangen von Elternvertretern drei Euro für die schädliche Cola kassiert anstelle der üblichen 70 Cent. Aber die Schüler weichen nicht – wie es raffiniert geplant war – auf Kräutertee und Obstschorle aus, sondern kaufen zähneknirschend Cola für drei Euro. Schon zum Frühstück.

Einige Kollegen haben Mittel und Wege gefunden, ihren Hunger kostengünstig zu stillen. Zum Beispiel sammeln sie im Schulgelände das Pfandgut ein, das faule Schüler stehen lassen. Der Pächter ist immer ganz stinkig, wenn er für 20 Plastikflaschen seine Brötchen oder Bargeld rausrücken muss. Andere Kollegen studieren den Geburtstagskalender und grasen in ihren Freistunden die Lehrerzimmer ab, ob irgendwo ein Kuchen oder ein paar Lachsbrötchen auf Zugriff warten. Wie im Märchen vom „König Drosselbart“ hat Frau Wegerich immer Töpfchen dabei, in denen sie Vorräte sammelt, falls nach der 8. Stunde der kleine Hunger kommt. Der Cafeteria-Pächter rückt ja leider keine größeren Portionen raus, wenn man ihm mitteilt, dass man heute gaaaaanz lange Unterricht hat und gaaaaanz großen Hunger. Er will für Zubrot Extrageld, der alte Knicker. Dafür verschwindet halt hin und wieder einer seiner schönen Kaffeebecher mit Rosendeko, bis nur noch die alten weißen Humpen übrig sind.

Gabriele Frydrych



## Gabriele Frydrych live

Bei der traditionellen Mai-Veranstaltung des GEW-Kreisverbands Gießen-Land kann man unsere beliebte HLZ-Kolumnistin Gabriele Frydrych am 30. April um 20 Uhr in Fernwald-Steinbach (Hessischer Hof, Lahnstr. 23) live erleben. Sie liest aus ihren HLZ-Glossen, beantwortet Ihre Fragen (zum Beispiel, ob sie wirklich so heißt) und nimmt Ihre Ideen für die nächsten Texte dankbar entgegen.

## **X Information zu den GEW-Mitgliedsbeiträgen**

Der Hessische Landtag hat im November 2013 das Hessische Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz beschlossen. Demzufolge erfolgt die zweite Stufe der Besoldungserhöhung um 2,6% für die Beamtinnen und Beamten zum 1. April 2014. Dies gilt auch für die Bezüge der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Ebenfalls zum 1. April 2014 erfolgt die in dem mit der Hessischen Landesregierung im April 2013 abgeschlossenen Tarifvertrag (TV-H) vereinbarte Entgelterhöhung für die Beschäftigten (Angestellten) des Landes Hessen um 2,8% sowie eine Einmalzahlung von 225€ (Teilzeitbeschäftigte anteilig).

Gemäß der Beitragsordnung der GEW erhöht sich deshalb auch der Mitgliedsbeitrag entsprechend für die Mitglieder, die diese Erhöhung erhalten.

Wir bitten bei dieser Gelegenheit alle Mitglieder, die dies noch nicht getan haben, uns ihren aktuellen Betrieb oder ihre Dienststelle sowie den Umfang ihres Beschäftigungsverhältnisses anzugeben. Dies ist Voraussetzung für eine korrekte Berechnung der Mitgliedsbeiträge, aber auch für gezielte Informationen der Mitglieder über sie betreffende Themen. Auch die Mitteilung der E-Mail-Adresse hilft uns, die Mitglieder gezielt aktuell zu informieren. Das gilt auch für Personalräte.

## **X Tarifrunde im Bereich TVöD: Warnstreiks auch in Kassel**

Nachdem die Verhandlungsführer von Bund und Kommunen in der ersten Runde der Tarifverhandlungen im Bereich des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) kein Angebot vorgelegt hatten, fanden auch in Hessen Mitte März erste Warnstreiks statt. Den Anfang machten am 18. März die Kolleginnen und Kollegen in Kassel (Foto). Die Gewerkschaften bekräftigten ihre Forderungen nach einer Gehaltserhöhung um einheitlich 100 Euro zuzüglich 3,5 Prozent. Weitere Informationen über den Stand der Verhandlungen findet man unter [www.gew.de](http://www.gew.de) und [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de).

## **X Entsetzen über Entlassung von Therapeutinnen**

Als „katastrophale Auswirkung der Schuldenbremsenpolitik“ bezeichnete die GEW Marburg-Biedenkopf die Entscheidung des Landkreises Marburg-Biedenkopf, die Finanzierung von Therapiestunden an Förderschulen in Marburg zu streichen. Das Kinderzentrum Weißer Stein musste allen sechs Therapeutinnen im Bereich Ergotherapie, Physiotherapie und Logopädie kündigen. Betroffen sind Familien mit schwerbehinderten Kindern, die zum Teil sehr spezielle Therapien brauchen.



## **X Bildungsverwaltung: Sachverstand nutzen**

2011 hatten CDU und FDP gegen die Voten nahezu aller am Anhörungsverfahren im Landtag Beteiligten die Errichtung des Landesschulamts durchgedrückt. Auch danach verzichtete das Hessische Kultusministerium (HKM) auf den kritischen Sachverstand der Personalvertretungen. Die Fachgruppe Schulaufsicht, Schulpsychologie und Schulentwicklung der GEW Hessen benennt als Folgen „eine bis dahin unbekannte Zahl von Stufenverfahren und politisch gestützte Geldverschwendung“. Der neue Kultusminister Prof. Dr. Lorz räumte in der ersten Sitzung mit dem Hauptpersonalrat Verwaltung am 12. Februar 2014 Fehler beim Aufbau des Landesschulamtes ein und sagte eine bessere Beteiligung bei der Reorganisation der Bildungsverwaltung zu.

Die Landesfachgruppe forderte, dass das HKM „schon im Verlauf der Entscheidungsprozesse in einen Dialog mit der GEW und den Personalvertretungen eintreten“ und deren Argumente bei den Entscheidungen berücksichtigen muss.

Auch bei der neuen Aufsichtsverordnung versäumte das Kultusministerium den Sachverstand der Profis zu nutzen. Gegen die massiven Einwände des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer setzte es die Verordnung in Kraft und muss jetzt zurückrudern (HLZ S. 29).

Kritisch sieht die Landesfachgruppe Gymnasien der GEW auch die Modalitäten der Rückkehr zur sechsjährigen gymnasialen Mittelstufe (HLZ S. 27).



## **10. Mai: Aktionstag Inklusion, Hauptwache Frankfurt**

Unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister *Peter Feldmann* findet am 10. Mai ein „Aktionstag Inklusion und Diversity“ an der Hauptwache in Frankfurt statt. Ähnliche Aktionen sind am selben Tag in Offenbach und Wiesbaden angekündigt. Veranstalter ist das „Netzwerk Inklusion“, das insbesondere alle Schulen zur Teilnahme eingeladen hat, ihre Arbeit auf dem Weg zur Inklusion zu präsentieren. Ziel ist es, „durch gemeinsame Unternehmungen und viel Spaß ein neues Miteinander zu erleben, Berüh-

rungsängste zu nehmen und Wege zueinander zu finden“. Mit Informations- und Aktionsständen vertreten sind auch das Diakonische Werk, der Verein Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen, die GEW Frankfurt, die Gruppe InklusionsBeobachtung (GIB), die Lebenshilfe und die Initiative PRO IGS.

Weitere Informationen über Fortschritte und Probleme auf dem Weg zur Inklusion in Hessen finden Sie in dieser HLZ auf S. 27.

• Weitere aktuelle Informationen: [www.netzwerk-inklusion-frankfurt.de](http://www.netzwerk-inklusion-frankfurt.de)



# Der demografische Wandel

## Schülerzahlen, Schulentwicklung, Schulschließungen

Bevor sich der Autor und die geschätzten Leserinnen und Leser im Zahlenschungel des demografischen Wandels verlieren, seien einige Vorbemerkungen gestattet:

- An der Richtung des demografischen Wandels gibt es keinen Zweifel: Die Geburtenzahlen in Deutschland sinken, das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt.
- Diese Entwicklung verläuft regional sehr unterschiedlich. Insbesondere in den städtischen Ballungsgebieten ist – anders als in ländlichen und altindustriellen Regionen – sogar eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen.
- Wer glaubt, dass man Schülerzahlen auf der Grundlage der registrierten Geburten verlässlich prognostizieren kann, der irrt. Innerstaatliche Wanderungsbewegungen, den Zuzug aus dem Ausland und die Bildungserwartungen der Eltern vorauszusagen, ist weit schwieriger, als einfach die Zahl der Geburten im Inland hochzurechnen.
- Wer sinkende Geburtenzahlen und den zukünftigen Mangel an qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beklagt, muss erst einmal begründen, wie man beidem durch die Schließung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen und durch den Abbau von Lehrstellen begegnen kann, wie dies beispielsweise der Hessische Landesrechnungshof fordert.
- Es ist gut, dass die Koalition von CDU und GRÜNEN zugesagt hat, „die infolge des Rückgangs der Schülerzahlen um 6 bis 8 Prozent bis zum Jahr 2019 frei werdenden Lehrstellen (...) im Bildungssystem (zu) belassen“ und für Verbesserungen zu nutzen. Dass Lehrstellen von den Stellenstreichungen zur Aktivierung der Schuldenbremse ausgenommen wurden, ist auch der großen Aufmerksamkeit zuzuschreiben, die der Bereich Bildung öffentlich erfährt. Aber wie andere Bundesländer zeigen: Selbstverständlich ist es nicht.

### In dieser HLZ

Alarmiert durch Meldungen über die Schließung von Schulen in unterschiedlichen Regionen des Landes Hessen befasst sich die HLZ in einem Titelthema mit den unterschiedlichen Hintergründen und den Reaktionen der Schulgemeinden:

- Der demografische Wandel hat sehr unterschiedliche Gesichter. Harald Freiling nennt Einzelheiten (S.6).
- Der starke Bevölkerungsrückgang in Nordhessen trifft jetzt auch die Schulen der Mittelstufe. Kolleginnen und Kollegen des GEW-Kreisverbands Waldeck-Frankenberg kämpfen gegen das Schulsterben im ländlichen Raum (S.8).
- Professor Horst Weishaupt beschrieb beim Berufsschultag der GEW in Kassel den Schülerrückgang an den beruflichen Schulen auch als Chance für die Zukunft (S.10).
- Mit der Schließung von Förderschulen befassen sich GEW-Kolleginnen und GEW-Kollegen in Wiesbaden und Frankfurt, die mit der Bildung von „Modellregionen für Inklusion“ sehr zwiespältige Erfahrungen machen (S.12).
- Nicht der Rückgang der Schülerzahlen, sondern Sparpläne kommunaler Schulträger stehen hinter geplanten Schulschließungen in Rüsselsheim, Hanau und Kassel (S.14ff.).

Für Hessen prognostiziert die Kultusministerkonferenz (KMK) für die Zeit von 2013 bis 2025 einen weiteren Schülerrückgang von 815.900 auf 725.000 (-11,1%). Mit einem Rückgang von 203.000 auf 192.000 (-5,4%) wird er allerdings im Bereich der Grundschulen deutlich niedriger ausfallen als im Bereich der Sekundarstufe I. Dort wird ein Rückgang von 312.300 im Jahr 2013 auf 274.700 im Jahr 2025 prognostiziert (-12,0%). Besonders unsicher sind die Vorhersagen für die Gymnasien, da der Elternwunsch, am Gymnasium den Königsweg zum Abitur zu beschreiten, offensichtlich ungebrochen ist. Trotzdem geht die KMK auch für die Gymnasien von einem Rückgang der Schülerzahlen in Hessen von 121.100 auf 107.800 aus (-11,0%). Allerdings wird es den Gymnasien vergleichsweise leicht fallen, ihre Schülerzahlen durch die Öffnung zu einer bisher eher gemiedenen und den Gesamtschulen überlassenen Schülerklientel zu stabilisieren.

Die letzte „Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte“ des Hessischen Wirtschaftsministeriums stammt aus dem Jahr 2010. Sie umfasst den Zeitraum von 2010 bis 2030 und darüber hinaus „eine Trendfortschreibung bis 2050“. Danach wird sich die Bevölkerung in den hessischen Regionen sehr unterschiedlich entwickeln (1). In Südhessen (Regierungsbezirk Darmstadt) ist mit einer weiteren Zunahme der Bevölkerung bis zum Jahr 2026 zu rechnen. In allen kreisfreien Städten in Südhessen und in den Landkreisen Main-Taunus, Groß-Gerau, Wetterau und Darmstadt-Dieburg wird die Bevölkerung bis zum Jahr 2030 weiter zunehmen. Besonders hohe Zuwächse werden für die Städte Darmstadt (+ 6,5%), Frankfurt (+ 5%), Offenbach (+ 4%) und Wiesbaden (+ 3%) erwartet. Erst danach setzt in Südhessen ein Bevölkerungsrückgang ein, der bis zum Jahr 2050 anhält. Allerdings werden es auch dann nur 1,6% Menschen weniger sein; in der Vorgängerstudie wurde noch ein Rückgang um 4% prognostiziert (3). Für Mittelhessen wird ein kontinuierlicher „Schrumpfungsprozess“ erwartet, der sich ab 2020 weiter verstärken wird, so dass dort 2050 rund 17% Menschen weniger leben als heute. Für Nordhessen (Regierungsbezirk Kassel) wird der Rückgang der Bevölkerung bis 2050 auf fast 24% geschätzt.

### Schulen im ländlichen Raum

Das Schulsterben in den ländlichen Flächenkreisen Hessens hat längst begonnen, auch wenn es noch nicht das Ausmaß der ostdeutschen Bundesländer angenommen hat, wo seit 1995 40 Prozent der Grundschulen geschlossen wurden. Zuerst trifft es die kleinen Grundschulen, danach die Mittelpunktschulen und Gesamtschulen. Am Drücker sitzt das Kultusministerium in seiner Zuständigkeit für die Lehrerzuweisung. Aber auch den regionalen Schulträgern kommen Einsparungen bei Schulgebäuden, Ausstattung und Personal in Zeiten kommunaler Schutzschirme und strenger Sparauflagen zupass – auch wenn diese teilweise durch erhöhte Beförderungskosten wieder ausgeglichen werden. Der Zusage im Koalitionsvertrag, „gemäß dem Motto ‚kurze Beine, kur-

ze Wege' (...) kleine Grundschulen im ländlichen Raum nach Möglichkeit (zu) erhalten“, müssen Taten folgen. Die GEW erwartet, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen bezüglich der Mindestzügigkeit und der Mindestgruppengrößen geändert werden. Beispiele in dieser HLZ zeigen, dass Vorschläge von Schulen für Verbundlösungen und jahrgangsübergreifenden Unterricht von der Schulaufsicht in den Wind geschlagen werden. Verstärkte Anstrengungen zur Umsetzung der Inklusion sind hier nicht nur ein menschenrechtliches, sondern auch ein ökonomisches Gebot, denn – so *Horst Weishaupt* – „ein Doppelangebot von separaten Förderschulen und inklusiver Förderung im allgemeinen Schulsystem ist besonders in ländlichen Regionen nicht umsetzbar“ (3).

### Weiter Schüleranstieg in den Großstädten

Alle Prognosen zeigen, dass insbesondere in Frankfurt und der Rhein-Main-Region gegen den landesweiten Trend weiter mit steigenden Schülerzahlen zu rechnen ist. Mit einem Durchschnittsalter von 41,4 Jahren hat Offenbach zudem die jüngste Bevölkerung aller hessischen Regionen. Unterm Strich steigen die Schülerzahlen vor allem auch in den Regionen mit den höchsten sozialen Verwerfungen, was auch die regionale Verteilung des 2013 erstmals angewendeten Sozialindex für die Lehrerzuweisung zeigt. Wie die Kolleginnen und Kollegen aus der Stadt Offenbach berichten, zeigen junge, ausgebildete Lehrkräfte nach dem Referendariat aber nur ein vergleichsweise geringes Interesse an einer Einstellung in der Region. Aber die grassierende Seuche der Schulschließungen macht auch vor den Brennpunkten und Wachstumsregionen nicht Halt, wie Beispiele aus Hanau (S.17) und Rüsselsheim (S.14) in dieser HLZ zeigen.

Der Konflikt zwischen ländlichen und großstädtischen Regionen, der auch in einigen Artikeln in dieser HLZ anklingt, ist nicht neu. Seit das Verfahren der Lehrerzuweisung vor vielen Jahren aus guten Gründen von einer Schüler-Lehrer-Relation auf eine klassenbezogene Zuweisung umgestellt wurde, sind grundsätzlich große integrierte Systeme „billiger“ als kleinere und gegliederte Systeme:

- Eine kleine Grundschule im ländlichen Bereich bildet bei einer Klassenobergrenze von 25 bei einer Jahrgangsbreite von 32 Schülerinnen und Schülern zwei Klassen mit je 16 Kindern. Eine dreimal so große Grundschule, die man eher in einer Großstadt findet, bildet mit 96 Kindern aber nur vier Klassen.
- Eine große Integrierte Gesamtschule mit einer Jahrgangsbreite von 130 Schülerinnen und Schülern erhält bei einer Klassenobergrenze von 27 die Zuweisung für fünf Parallelklassen. Eine gleich große Kooperative Gesamtschule bildet nach Schülerzahlen im Hauptschulzweig, im Realschulzweig und im Gymnasialzweig sechs oder sieben Klassen.

Entsprechend teuer ist der Sonderweg Hessens, dessen vielgliedrige, zersplitterte Schulstruktur in der Sekundarstufe I inzwischen nicht nur singulär, sondern auch kostspielig ist. „Im Bereich der Sekundarstufe finden sich nebeneinander Förderstufen, Hauptschulen, Mittelstufenschulen, SchuB-Klassen, Realschulen, kooperative und integrierte Gesamtschulen, G8- und G9-Gymnasien sowie verschiedene Typen von Förderschulen“, so *Christoph Baumann* in der HLZ 3/2014. Dass fast alle anderen Bundesländer inzwischen den Weg zu einer Zweigliedrigkeit eingeschlagen haben, ist nicht vorrangig der Begeisterung für das längere gemeinsame Lernen zu verdanken, sondern ökonomischen Überlegungen.

### Schülerzahlen in Hessen

	Allgemeinbildende Schulen	Grundschulen	Sekundarstufe I (alle Schulen)	Gymnasien Klassen 5 bis 9/10
2013	631.500	203.000	312.300	121.100
2014	618.300	201.800	306.000	119.400
2015	608.800	198.800	300.900	117.300
2016	601.000	196.800	296.600	116.000
2017	594.500	194.900	293.100	114.800
2018	588.000	192.900	290.600	113.800
2019	582.900	192.000	287.600	112.700
2020	578.600	191.700	284.200	111.100
2021	574.500	191.600	281.100	110.200
2022	571.700	191.600	278.900	109.200
2023	569.100	191.800	276.900	108.400
2024	566.600	191.900	275.100	107.900
2025	565.500	192.000	274.700	107.800

Quelle: Vorausberechnungen der Schüler- und Absolventenzahlen 2012 bis 2025. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 200, Mai 2013

### Verbesserungen sind kein Luxus

Der Verbleib der „demografischen Rendite“ im Bildungswesen ist ein höchst ehrenwertes Ziel und der Kampf für den Erhalt der Stellen für das pädagogische Personal lohnt alle gewerkschaftlichen Anstrengungen. Dabei müssen wir dem Eindruck entgegenreten, es ginge um die viel zitierten „Heizer auf der Elektro-Lok“, um Stellen für Lehrerinnen und Lehrer und andere Profis, für die gar keine Schülerinnen und Schüler vorhanden sind. Es geht vor allem darum, lange bekämpfte Missstände zu beseitigen und dringenden Notwendigkeiten für eine bessere Bildung gerecht zu werden – gerade in Zeiten, in denen der Bedarf an qualifizierten Fachkräften steigen wird. Es geht um kleinere Klassen in den Ballungsgebieten und den Erhalt kleinerer Schulstandorte im ländlichen Raum. Die vergleichsweise höhere Zahl von Kindern in Familien mit Migrationshintergrund führt zu höheren qualitativen Anforderungen an die Einrichtungen der frühkindlichen und schulischen Bildung, denn in vielen migrantischen Familien dominiert auch in der zweiten oder dritten Generation noch die Herkunftssprache mit den entsprechenden Herausforderungen für den Spracherwerb. Es geht um die Arbeitsentlastung von Lehrkräften, den Ausbau von Ganztagschulen und um Inklusion – alles dringliche Maßnahmen, die nicht zum Nulltarif zu bekommen sind. Auch dafür muss die „demografische Rendite“ in den Schulen und Bildungseinrichtungen bleiben.

Harald Freiling

(1) Uwe van den Busch: Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte. Eine Projektion für den Zeitraum von 2010 bis 2030 und eine Trendfortschreibung bis 2050. HessenAgentur-Report Nr. 792. Wiesbaden 2010

(2) Uwe van den Busch: Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte bis 2050. FEH-Report Nr. 672. Wiesbaden 2004, S.17

(3) Prof. Horst Weishaupt: Herausforderungen für die Bildungspolitik – Demografischer Wandel. Bundeszentrale für politische Bildung 2013. [www.bpb.de](http://www.bpb.de) > Gesellschaft > Kultur > Zukunft Bildung

# Ausbluten einer Region

## Schulschließungen benachteiligen die Kinder auf dem Land

Nach dem Aus für viele kleine Grundschulen geht es nun auch den Schulen der Sekundarstufe I an den Kragen. Der Schulentwicklungsplan des Landkreises Waldeck-Frankenberg für die Jahre 2013 bis 2017 hatte es in sich – zumindest für die frühere FDP-Kultusministerin *Nicola Beer*. Schon 2012 forderte sie die Schließung kleiner Grundschulen oder zumindest die Bildung von Verbundschulen. Dadurch könnten die gesetzlich vorgeschriebenen Klassengrößen erreicht und eine situationsgerechte Lehrerrückverweisung ermöglicht werden. Als Folge sahen sich die Kreise als Schulträger nicht nur im Kreis Waldeck-Frankenberg genötigt, möglichst zeitnah zu reagieren. Die kleinen Grundschulen in Rhena und Löhlbach wurden trotz Elternprotesten und vorliegender Verbundkonzepte geschlossen, andere sollen wie in Eppe folgen. Weitere Grundschulen sind oder werden noch zu Verbundschulen zusammengeführt. Der Landrat bekundete seine Sympathie

für die Elternproteste, verwies aber auf die Zuständigkeit des Hessischen Kultusministeriums (HKM) für die Lehrerversorgung. Allerdings sind auch die Eigeninteressen der Schulträger nicht zu übersehen: Die Schließung kleiner Schulen reduziert die hohen Kosten für die Unterhaltung und Sanierung der Gebäude, für Betriebs- und Personalausgaben.

Doch mit der Schließung von Grundschulen war für das HKM noch keineswegs „Ende der Fahnenstange“, denn es fand im Schulentwicklungsplan deutliche Hinweise auf weiteren Veränderungsbedarf für die Schullandschaft im Kreis Waldeck-Frankenberg. Einzelne Aussagen zur Schülerentwicklung verstießen möglicherweise gegen die geltenden Vorschriften zur Klassengröße in Förderstufen und im Haupt- und Realschulbereich. Viele Schulen kämen mit ihren Prognosen dicht an die Grenzen des gesetzlich und pädagogisch Vertretbaren.

### Nur die halbe Wahrheit

Diese Hinweise sorgten für Verwirrung und Desinformation. Das offizielle Schreiben des HKM an den Kreisausschuss listete die möglichen Schulstandorte zwar namentlich auf, doch die neun von einer drohenden Schließung betroffenen Schulen (unter anderem die MPS Adorf, die Ense-Schule Bad Wildungen und die Kugelsburgschule Volkmarsen), die Kommunen, der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer und die Öffentlichkeit erfuhren erst verspätet von den Plänen in Wiesbaden. Das Schreiben des HKM gab es nämlich in einer Version mit den Namen der Schulen und einer ohne Namen. Vor den Landtagswahlen wollte die FDP-Ministerin die direkt Beteiligten und Betroffenen nicht beunruhigen. Der Kreis nahm die Aufforderung zur Kenntnis und man kann davon ausgehen, dass die Verantwortlichen hinter den Kulissen bereits entsprechende Pläne erarbeiten, Zusammenlegungen am Grünen Tisch erwägen und diskutieren, welche Konsequenzen all das für die Schulen hat, die künftig Schülerinnen und Schüler von zu schließenden Standorten aufnehmen sollen. Reichen deren räumliche, sächliche und auch personelle Ressourcen eigentlich dafür aus oder entstehen dort nicht neue Probleme? In der so ausgeräumten Schullandschaft sind es die Schulen in den Mittelzentren, die zu Lernfabriken aufgebläht werden. Gleichzeitig beklagt sich der Kreis über die weiter steigenden Schülertransportkosten und die Schwächen des öffentlichen Personennahverkehrs in der Fläche.

### Weniger Schülerinnen und Schüler

Die demografische Entwicklung ist kaum aufzuhalten. In den kommenden 20 bis 30 Jahren wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler weiter sinken. Im Jahr 2002 gab es im Altkreis Waldeck noch 17.468 Schülerinnen und Schüler, 2012 waren es noch 13.983 und 2013 13.481. Dasselbe gilt auch für den Altkreis Frankenberg, wo der Schülerrückgang auch in jüngster Vergangenheit weiter geht. 2012 gab es dort noch 7.663 Schülerinnen und Schüler, 2013 waren es noch 7.499.

Bevölkerungsentwicklung in Hessen 2000 bis 2050

Städte und Landkreise (LK)	Ist: 2000 bis 2009	Prognose bis 2030	Prognose bis 2050
Stadt Darmstadt	+ 3,7 %	+ 6,5 %	+ 9,4 %
Stadt Frankfurt	+ 3,9 %	+ 5,1 %	+ 7,1 %
Stadt Offenbach	+ 1,1 %	+ 4,0 %	+ 6,6 %
Stadt Wiesbaden	+ 2,7 %	+ 3,3 %	+ 2,8 %
LK Bergstraße	- 0,3 %	- 2,2 %	- 9,9 %
LK Darmstadt-Dieburg	+ 0,7 %	+ 0,2 %	- 5,8 %
LK Groß-Gerau	+ 1,7 %	+ 1,3 %	- 1,7 %
Hochtaunuskreis	+ 0,3 %	0,0 %	- 3,0 %
Main-Kinzig-Kreis	+ 0,3 %	- 1,2 %	- 7,6 %
Main-Taunus-Kreis	+ 2,9 %	+ 5,3 %	+ 7,1 %
Odenwaldkreis	- 2,2 %	- 6,7 %	- 18,3 %
LK Offenbach	+ 0,7 %	- 0,2 %	- 4,6 %
Rheingau-Taunus-Kreis	- 0,7 %	- 4,5 %	- 14,1 %
Wetteraukreis	+ 1,3 %	+ 1,0 %	- 3,5 %
LK Gießen	+ 0,9 %	- 0,4 %	- 5,0 %
Lahn-Dill-Kreis	- 3,0 %	- 9,8 %	- 22,3 %
LK Limburg-Weilburg	- 2,2 %	- 7,9 %	- 19,1 %
LK Marburg-Biedenkopf	- 0,8 %	- 4,5 %	- 13,3 %
Vogelsbergkreis	- 6,3 %	- 18,7 %	- 39,2 %
Stadt Kassel	0,0 %	- 1,4 %	- 4,3 %
LK Fulda	0,0 %	- 4,6 %	- 13,4 %
LK Hersfeld-Rotenburg	- 6,0 %	- 15,8 %	- 32,7 %
LK Kassel	- 3,3 %	- 12,6 %	- 28,2 %
Schwalm-Eder-Kreis	- 5,0 %	- 14,2 %	- 31,4 %
LK Waldeck-Frankenberg	- 4,4 %	- 12,3 %	- 27,1 %
Werra-Meißner-Kreis	- 8,2 %	- 20,4 %	- 41,1 %
<b>Hessen (gesamt)</b>	<b>- 0,1 %</b>	<b>- 2,5 %</b>	<b>- 8,7 %</b>

Quelle: Uwe van den Busch: Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte. Eine Projektion für den Zeitraum von 2010 bis 2030 und eine Trendfortschreibung bis 2050. HessenAgentur-Report Nr. 792. Wiesbaden 2010, S. 3, 9 und 10



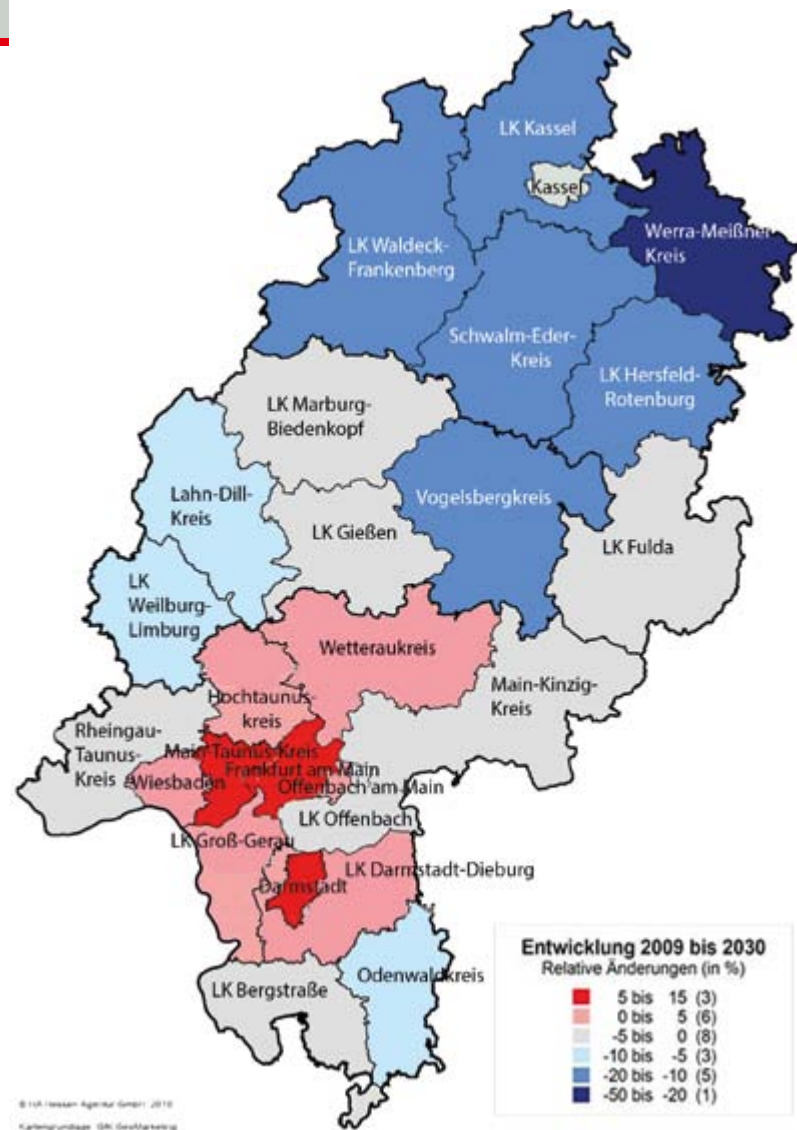
Bisher waren Schulen kreativ und einfallreich, um die geforderte Klassenstärke und die Zweizügigkeit in der jeweiligen Jahrgangsstufe zu erhalten: Verbundklassen für Haupt- und Realschüler, Anwerbung von Schülern aus benachbarten Kommunen, Kreisen oder Bundesländern durch attraktive Angebote und manches mehr. Doch das wird künftig nicht mehr helfen, um den Bestand der Schulen zu sichern. Und von außen scheint man jetzt genau hinzuschauen ...

Die Zukunft der Schulen kann nur gesichert werden, wenn das Schulgesetz und dessen Ausführungsverordnungen an zwei entscheidenden Stellen geändert werden: bei den Regelungen zu den Klassenstärken und zum Klassenteiler und bei der Verpflichtung zur Zweizügigkeit in jeder Jahrgangsstufe.

Unfair und politisch unkorrekt ist in diesem Zusammenhang der häufige Vergleich der Schulsituation in Südhessen mit der in Nordhessen. Die Einwohnerdichte und damit die Anzahl der Schülerinnen und Schüler sind in den nordhessischen Flächenkreisen deutlich niedriger als im hessischen Süden. Um eine schulpolitische Chancengleichheit zu ermöglichen, müssen die Bedingungen der Schulen im Norden daher verändert werden. Dazu gehört die Verbesserung der sächlichen und personellen Ausstattung dieser Schulstandorte. Kleine Klassen machen nur dann Sinn, wenn sie von einem breiten Fächerangebot, einer sinnvollen Unterrichtsergänzung durch Arbeitsgruppen, Lehr- und Lernmöglichkeiten für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte und ein hohes Maß an Flexibilität in der Entwicklung hin zur Ganztagschule ergänzt werden. Sonst würden die Schülerinnen und Schüler in flächengroßen Landkreisen wie Waldeck-Frankenberg benachteiligt und ein weiteres Ausbluten der Regionen wäre kaum zu verhindern. Junge Familien entscheiden sich für den ländlichen Raum nicht nur wegen des Arbeitsplatzes oder der guten Einkaufs- und Freizeitangebote. Sie legen besonderen Wert auf ein breites schulisches Angebot im direkten Wohn- und Lebensumfeld. Daher darf die künftige Gestaltung der Schullandschaft in strukturschwachen Regionen nicht von der in städtischen Ballungsgebieten abhängig sein. So dürfen die sicherlich richtigen Argumente für eine verbesserte Lehrerversorgung in den städtischen Zentren aufgrund der dort größeren sozialen Herausforderungen nicht zu einer deutlich schlechteren Lehrerversorgung in anderen Regionen führen. In der Folge würde das die von allen Parteien immer wieder thematisierte Landflucht nur weiter verstärken.

### Eine pädagogische Chance

Gerade kleine weiterführende Schulen in schwach besiedelten Regionen sind auch eine pädagogische Chance. Dort können Kinder und Jugendliche direkter und nachhaltiger unterrichtet und auf den Wechsel in eine spätere berufliche Tätigkeit vorbereitet werden. Auch die Umsetzung der Inklusion bietet in kleineren Systemen in der Regel ideale Möglichkeiten. Zudem ist der Wechsel von der einen in die andere Schulform in überschaubaren Systemen einfacher. Ein intensiver Kontakt zu den Elternhäusern ist ohne kilometerweite Fahrtstrecken sowie ohne großen zeitlichen Aufwand möglich. Auch die Kontakte der Schulen zu Ausbildungsstätten und künftigen Arbeitgebern sind über viele Jahre vertrauensvoll gewachsen. Und es kann auch nicht im Sinn einer verantwortlichen Schulpolitik und einer sinnvollen Gestaltung der Schullandschaft sein, dass Schülerinnen und Schüler täglich bis zu einer Stunde mit Bus oder Bahn unterwegs



Copyright: Hessen Agentur GmbH (aus: Report 792, Wiesbaden 2010, S.11)

sind, um am Unterricht ihrer Schule teilnehmen zu können. Ihnen wird damit ein Teil ihrer Freizeit genommen und die psychische und physische Belastung erhöht.

Mit der neuen Landesregierung ist die Chance auf eine Rücknahme der Androhung von Schulschließungen kaum größer geworden. Ein entsprechendes Schreiben des GEW-Kreisverbandes Waldeck an die Wahlkreisabgeordneten im Landtag blieb bisher unbeantwortet. Dennoch bleibt die Hoffnung für die nordhessischen Regionen, dass die neue Landesregierung die Klassenteilungsgrenzen nach unten korrigiert und die Einzügigkeit genehmigt. Insbesondere die GRÜNEN hatten vor der Landtagswahl lautstark und entrüstet gegen die Pläne und Androhungen von Ex-Ministerin Beer gewettert. Bildung sei eines der wichtigsten Zukunftsthemen und bestimme entscheidend die Chancen der nachfolgenden Generationen und die Entwicklung unseres Landes, so Aussagen aus dem Landtagswahlkampf 2013. Deshalb wolle man „kleinere Klassen sowie mehr Zeit zum Lernen und zur individuellen Förderung in allen Schulformen“. Man wolle sich „für den Ausbau regionaler Unterstützungsstrukturen“ stark machen und „die Förderung der Regionen“ müsse „sich an den örtlichen Gegebenheiten orientieren“.

Jutta Hellwig, Anne Korte und Helmut Schmidt-Biermann

# Die Zukunft der beruflichen Bildung

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Beruflichen Schulen wird nach Berechnungen der Kultusministerkonferenz (KMK) bis zum Jahr 2025 von 184.400 (2013) um 13,2% auf 160.000 zurückgehen. Mit einem massiven Einbruch wird vor allem in den ländlichen Regionen Nord- und Mittelhessens gerechnet. Schülerinnen und Schüler müssen schon heute lange Wege zurückle-

gen, um die ihrem Ausbildungsberuf zugeordnete Fachklasse zu besuchen. Berufliche Schulen bangen um besondere pädagogische Angebote, müssen ganze Schulformen schließen oder werden zusammengelegt. Grund genug für den GEW-Bezirksverband Nordhessen, zu einer Fachtagung über berufliche Bildung und demografischen Wandel in die Max-Eyth-Schule einzuladen.



Referent Professor Horst Weishaupt (DIPF)

Professor Horst Weishaupt, ehemaliger Abteilungsleiter am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschungen, stand als ausgewiesener Experte Rede und Antwort. Er bestätigte die durch den Geburtenrückgang begründete Entwicklung, wies aber zugleich darauf hin, dass sich die Zahl der Jugendlichen in den Beruflichen Schulen nicht einfach aus der Geburtenstatistik fortschreiben lässt. Eine große Rolle spielen unter anderem das Angebot attraktiver Ausbildungsplätze und die Bereitschaft der Ausbildungsbetriebe, „bei sinkender Ausbildungsplatznachfrage auch formal wenig qualifizierten Bewerbern wieder einen verbesserten Zugang zu einer Berufsausbildung zu eröffnen“.

Weishaupt wies darauf hin, dass der Anteil der jungen Menschen ohne Schulabschluss und ohne berufliche Qualifikation vor allem in Familien mit Migrationshintergrund wächst, die auf dem Arbeitsmarkt kaum vermittelt werden können – und das trotz sinkender Arbeitslosigkeit. Er verwies auf die „Arbeitsmarktprognose 2030“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales aus dem Jahr 2013, nach der der Facharbeitermangel ein „Qualifikationsmangel bei Niedrigqualifizierten“ ist und das Augenmerk aller Bildungsbemühungen „auf das untere Ende des Qualifikationsspektrums“ gerichtet werden muss:

*„Wir brauchen nachholende Qualifizierung, Anpassungsqualifizierungen mit einem niedrighwelligen Zugang und eine Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen.“*

Das Lamento von der Akademikerschwemme hält Weishaupt für verfehlt: „Wir brauchen nicht weniger Akademiker, sondern insgesamt weniger Unqualifizierte.“ Auf diesem Weg weist Weishaupt den beruflichen Schulen eine entscheidende Rolle zu: „Nur das Berufsschulsystem stellt eine flä-

chendeckende Infrastruktur bereit.“ Wer diese Struktur jetzt zerschlage und das Berufsschulwesen den sinkenden Jahrgangsgrößen nach unten anpasse, habe keine Möglichkeit mehr, das Qualifizierungsproblem zu lösen. Um die Struktur in der Fläche, auch in den ländlichen Regionen zu erhalten, schlägt Weishaupt ein ganzes Maßnahmenbündel vor:

- Senkung der Klassenmesszahlen
- Fachklassen auf Berufsgruppenebene
- Entwicklung von Curricula für Mischklassen
- Ausbau vollschulischer Ausbildungsgänge

Viele Regionen hätten aber auch noch nicht begriffen, dass der Erhalt der bestehenden Strukturen auch ein Gebot der regionalen Wirtschaftsentwicklung ist. Schülerinnen und Schüler, die weite Wege in Kauf nehmen müssen, gehen der Region langfristig als Einwohner und als Arbeitskräfte verloren:

*„Die Schließung jeder Berufsschulklasse ist auch ein negatives Signal an die örtlichen Betriebe, die sich erst aus der Ausbildung und dann ganz aus der Region verabschieden.“*



Carsten Leimbach, Paul-Julius-von-Reuter-Schule Kassel

Der Erhalt der beruflichen Gymnasien, die gerade für Familien ohne akademische Tradition einen Weg zur Hochschule öffnen, sei ein Beitrag gegen den „Braindrain“. Weishaupt vermisst eine systematische Planung und Entwicklung im ländlichen Raum, mit der Politik, Wirtschaft und Bildungseinrichtungen gemeinsam den demografischen Wandel gestalten.

Der Appell Weishaupts, die Aufgaben einer Qualifizierungsoffensive gerade für junge Menschen ohne Schulabschluss und Berufsausbildung anzunehmen und darin auch eine Chance für die Stabilisierung des Berufsschulwesens zu sehen, fand bei der Teilnehmerinnen und Teilnehmern der GEW-Tagung große Zustimmung. Damit Berufsschulen im Sinn von Weishaupt zum „Problemlöser“ werden, müssten sie sich aber aus der engen Ausrichtung am Arbeitsmarkt lösen, sagte Ulrich Horstmann von der Walter-Hecker-Schule in Kassel, die auf Grund ihres gestalterischen Schwerpunkts in diesen Tagen in Arno-Bode-Schule umbenannt wird. Horst-

## Schülerinnen und Schüler an Beruflichen Schulen in Hessen

2013	2015	2017	2019	2021	2023	2025
184.400	182.300	178.400	172.600	167.400	163.500	160.000

Quelle: Vorausberechnungen der Schüler- und Absolventenzahlen 2012 bis 2025. Statistische Veröffentlichungen der KMK Nr. 200, Mai 2013

mann verwies auf die unzureichenden finanziellen Ressourcen und fehlende Bündnispartner: „Bei den vollschulischen Ausbildungsgängen ziehen die Kammern nicht mit.“ *Cars-ten Leimbach*, Mitglied im GEW-Bezirksvorstand (Foto S. 10), sprach vielen aus dem Herzen, dass die Reform der Übergangssysteme und die Förderung bildungsbenachteiligter junger Menschen aber vor allem sozialstaatlich geboten sind: „Bildung ist zuerst ein Menschenrecht und deshalb wird mir etwas mulmig, wenn man diese Aufgaben erst dann entdeckt, wenn es plötzlich an Facharbeitern mangelt.“

*Peter Trietsch* (Berufliche Schule Korbach) beschrieb die Notwendigkeit, das von Professor Weishaupt beschriebene Maßnahmenbündel politisch anzugehen. Ideen gebe es genug: „Nicht nur wir müssen flexibler werden, beispielsweise bei der Bildung von Mischklassen, sondern vor allem die Vorgaben des Kultusministeriums.“ Dem konnte auch *Christian Heinemann* von der Willy-Brandt-Schule in Kassel zustimmen: „Dazu brauchen wir mehr fachliche Expertise und eine engagierte Lobbyarbeit für die berufliche Bildung, um die Entscheidungsprozesse zu beeinflussen“. Dieser Aufgabe müsse sich auch die GEW stellen.



*Christian Heinemann, Willy-Brandt-Schule Kassel*

*Ulrich Schneider* (Berufliche Schulen Bebra) bedankte sich als Moderator der Diskussion bei Professor Weishaupt und rief die GEW dazu auf, sich weiter intensiv um die täglichen Arbeitsbedingungen, aber auch um „die Gestaltung der Zukunft unserer Schulen“ zu kümmern und den demographischen Wandel „als Herausforderung anzunehmen“.

Harald Freiling

## Niemanden zurücklassen!

„Für ein Umdenken in der Berufsbildungspolitik“ plädierte *Matthias Körner* als Referent für Berufliche Bildung beim DGB Hessen-Thüringen (Foto: links, mit dem Bezirksvorsitzenden *Stefan Körzell*) in einem Grundsatzpapier zur Zukunft der Beruflichen Bildung. Die HLZ dokumentiert die Positionen des DGB Hessen in Auszügen. Den vollständigen Wortlaut findet man im Berufsschul-Insider der Landesfachgruppe Berufliche Schulen der GEW Hessen 4/2012 ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Publikationen > Insider).

Die demografische Entwicklung droht in einen langfristigen Fachkräftemangel zu münden. Gegensteuern lässt sich nur, wenn in allen Bildungsbereichen – und damit auch in der beruflichen Bildung – das Prinzip der Auslese vom Prinzip der Maximalförderung abgelöst wird. Schon in kurzer Zeit muss das Gesamtsystem der beruflichen Bildung in der Lage sein, jedem Jugendlichen einen Berufsbildungsabschluss zu verschaffen. Da die Anforderungen der Arbeitswelt in allen Branchen in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen werden, ist der noch vor Jahren propagierte Ausbau theo-

riegeminderter Berufe kein Ausweg. Im Gegenteil: Bei steigenden Anforderungen der Berufsbilder müssen auch die Jugendlichen zu einem Abschluss geführt werden, die in den großen Ausbildungsmarktkrisen keine Chance auf einen Ausbildungsplatz gehabt hätten. Wenn Bildungspolitik dieser Herausforderung begegnen will, dann darf die demografische Entwicklung nicht als Einladung zum Streichen von Ausbildungsmarktprogrammen verstanden werden. (...)

Das Übergangssystem organisiert weder Übergänge noch hat es System. Die derzeitige Unzahl von Maßnahmen zwischen allgemeinbildender Schule und eigentlicher Ausbildungsaufnahme wird von niemandem mehr verstanden – schon gar nicht von den Jugendlichen und ihren Eltern. (...) Aus einem punktuellen Kompensationssystem muss ein Angebot von dauernder begleitender Unterstützung zu einem erfolgreichen Berufsabschluss werden. Die beruflichen Schulen müssen zu Einrichtungen entwickelt werden, die ihre Hauptaufgabe in der Begleitung zum Ausbildungserfolg haben. (...)

Etwa 140.000 Menschen unter 27 Jahren haben keine Berufsqualifizierung und befinden sich auch nicht auf dem Weg zum Erwerb eines berufsqualifizierenden Abschlusses. Ein großer Teil dieser Gruppe ist Ergebnis der scharfen Ausbildungskrisen der letzten zehn Jahre. Durch massive Nachqualifizierungsprogramme kann dem etwas entgegengesetzt werden. Jede Berufsbildungspolitik muss sich daran messen lassen, inwieweit ihr die nachholende Integration der „Verlierer“ der Ausbildungskrisen des letzten Jahrzehnts gelingt.

Zukünftig müssen alle Jugendlichen zu einer Berufsqualifikation geführt werden. Die in den Berufsschulen und bei den Trägern versammelten berufspädagogischen Kompetenzen dürfen daher nicht verloren gehen – sie sind für ausbildungsbegleitende Unterstützungsmaßnahmen notwendiger denn je. Kernelement des Unterstützungssystems ist eine gestärkte Teilzeitberufsschule mit bis zu zwei Vollzeitberufsschultagen. Sie wird für besondere Fördersituationen durch eine Produktionsschule ergänzt.



*Matthias Körner (links) und Stefan Körzell (DGB Hessen)*

# Aus für Schulen in der „Modellregion“

## Erst wird gehandelt, dann wird gedacht

„Modellregion“ heißt das Zauberwort, das die Frage beantworten soll, wie die politisch Verantwortlichen in Hessen das Menschenrecht auf inklusive Bildung in den Schulen umsetzen wollen. Nach dem „Vorbild der Modellregionen Wiesbaden und Hochtaunus“ wollen CDU und GRÜNE laut Koalitionsvertrag (Kapitel V.) „mit möglichst allen Schulträgern Vereinbarungen“ schließen, damit „die Ressourcen der Förderschule für Lernhilfe sowie für emotionale und soziale Entwicklung gemäß dem Elternwillen für die inklusive Beschulung an der allgemeinen Schule und an der Förderschule zur Verfügung gestellt werden“. Wer jedoch versucht, herauszufinden, welchen Inhalt die Verpackung mit der Aufschrift „Modellregion“ enthält und welche Maßnahmen die Schließung von Förderschulen begleiten sollen, dem könnte es so ergehen, wie der GEW in Frankfurt: In der Verpackung befindet sich vor allem viel heiße Luft.



Regina Karpf (Karl-Oppermann-Schule). „Nach dem ersten inklusiven Jahr an der Regelschule hat mich niemand gefragt, wie es eigentlich gelaufen ist.“

Als die GEW Anfang Dezember 2013 von der grünen Frankfurter Bildungsdezernentin Sarah Sorge wissen wollte, warum die Vereinbarung einer „Modellregion“ nicht in die laufende Schulentwicklungsplanung einbezogen wird, bekam sie keine Antwort. Sebastian Guttmann vom GEW-Bezirksvorstand (Foto: S.13) ärgert sich noch heute:

„Wir hörten die bekannten Allgemeinplätze. Die Befürchtungen der von den Schulschließungen betroffenen Förderschulkollegien wurden als ‚vorübergehende Befindlichkeiten‘ eingestuft.“

Das Stadtschulamt weigerte sich zu diesem Zeitpunkt sogar, die Namen der betroffenen Schulen zu nennen, obwohl die Schulleitungen und Kollegien bereits vom Staatlichen Schulamt informiert worden waren. Ohne Details des Kooperationsvertrags mit dem Land Hessen zu kennen, der erst noch ausgearbeitet werden soll, stimmte die Stadtverordnetenversammlung Ende Januar dem Beitritt zur „Modellregion Inklusion“ zu. Gleichzeitig wurden hinter den Kulissen bereits die Details verhandelt.

Danach sollen die Förderschulen an der Bürgermeister-Grimm-Schule und der Karl-Oppermann-Schule auslaufen, die an der Schule angesiedelten Beratungs- und Förderzentren (BFZ) sollen erhalten werden und die sonderpädagogische

Förderung an den zugeordneten Regelschulen sicherstellen. Dagegen soll die Förderschule an der Kasinoschule erhalten bleiben, nicht aber das dort angeschlossene BFZ. Da alle drei Schulen im Westen Frankfurts liegen, sprechen die Kollegien der Schulen von einem „Verschiebehahnhof“, der in keiner Weise die Wege zur Inklusion ebnet. Würden alle Kinder, die zurzeit eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen besuchen, an einer Regelschule unterrichtet, blieben gerade einmal 1,75 Stunden pro Kind übrig, rechnet Sebastian Guttmann vom GEW-Bezirksverband Frankfurt vor:

„Natürlich wissen wir als GEW, dass Förderschulen geschlossen werden müssen, wenn das Ziel der Inklusion ernsthaft verfolgt wird, aber wir kritisieren das WIE: In Frankfurt gibt es keinen Plan, die Entscheidungen werden hinter dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen getroffen. Und von Wertschätzung der bisherigen Arbeit keine Spur! Wer Förderschullehrkräfte an Regelschulen integrieren will, braucht motivierte, von ihrem Tun überzeugte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und kann sie nicht beliebig hin und her schieben.“

Till Beutler vom Personalrat der Bürgermeister-Grimm-Schule im Frankfurter Stadtteil Gallus fühlt sich wie seine Kolleginnen und Kollegen der anderen Schulen „nicht ernst genommen“. Seine Kollegin Sabine Brauel (Foto: unten) macht sich Sorgen um die Kinder der Schule, die „ohne zusätzliche Ressourcen an der allgemeinen Schule verloren sind“. Positive Erfahrungen konnte ihre Schule in der Kooperation mit benachbarten Gesamtschulen machen, doch die „braucht Verlässlichkeit und personelle Kontinuität“.

Auch Regina Karpf (Foto: links) bestätigt den Eindruck, dass die Erfahrungen der Förderschullehrkräfte im inklusiven Unterricht „nicht genutzt“ werden. Nach dem ersten inklusiven Jahr an der Regelschule sei sie „von niemandem gefragt worden, wie es eigentlich gelaufen ist.“

Gisela Ruoff von der Kasinoschule hält den Plan zur Schließung des BFZ für „aktionistisch und unstrukturiert“. Hier werde ein pädagogischer Strukturwandel „mit der Brechstange und ohne Konzept“ betrieben. Auch sie vermisst die Wertschätzung des hohen Einsatzes und der Qualität der pädagogischen Arbeit der betroffenen Kolleginnen und Kollegen: Förder-



Sabine Brauel (Bürgermeister-Grimm-Schule Frankfurt): „Es gibt an unserer Schule viele Kinder, die ohne zusätzliche Ressourcen an der Regelschule verloren sind.“

schullehrkräfte würden „zu reinen ‚Kofferpädagogen‘ ohne festen Standort und ohne festes Kollegium.“ Wenn im Frankfurter Westen zwei von drei Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen geschlossen werden, bestehe die Gefahr, dass nicht nur die Regelschulen, sondern auch die verbleibenden Förderschulen überfordert werden, die dann die Schülerinnen und Schüler aufnehmen sollen, „die durch alle Raster fallen“.

Harald Freiling

### Stadtschulamt stoppt die Umsetzung

Wie nach Redaktionsschluss der HLZ bekannt wurde, hat sich die Stadt Frankfurt entschlossen, von der Vorauswahl der zu schließenden Schulen abzurücken und die bisherigen Planungen „ergebnisoffen zu prüfen“. Die Entscheidungen sollen jetzt im Rahmen der Erstellung des neuen Schulentwicklungsplans in einem „möglichst transparenten und partizipativen Prozess“ getroffen werden.



Sebastian Guttmann (GEW): „Kein Plan – aber Entscheidungen hinter dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen!“

## Modellregion: Ohne Beteiligung

Die August-Hermann-Francke-Schule (AHFS) ist die größte Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen in Wiesbaden. Bis zum Jahr 2011 war sie eines von drei sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren (BFZ) im Bereich Lernen in der Landeshauptstadt, seit dem Schuljahr 2013/2014 läuft sie jahrgangswise aus. Spätestens zum Schuljahr 2018/2019 soll die August-Hermann-Francke-Schule „aufgehoben“, das heißt geschlossen werden. 2012 wurde der Schulentwicklungsplan entsprechend geändert und von der damaligen Kultusministerin bestätigt. Das Konzept der „Modellregion Inklusion“ sieht vor, dass die 30 freiwerdenden Stellen erhalten bleiben und auf die verbliebenen BFZ verteilt werden sollen. Auch in den anderen hessischen Modellregionen sollen Förderschulen als „stationäre Einrichtungen“ geschlossen und das Personal auf inklusive Standorte und BFZ verteilt werden. Dies ist grundsätzlich eine folgerichtige Entwicklung der Umsetzung der UN-Konvention. Auch bei der Schließung der August-Hermann-Francke-Schule ist das die offizielle Begründung.

Allerdings stellte sich der fachkundigen Öffentlichkeit doch sehr schnell die Frage, wie solche Umstrukturierungen geplant und realisiert werden, wie die Betroffenen einbezogen werden und wie Inklusion tatsächlich umgesetzt wird. Die vollmundigen Begründungen und gemeinsamen Erklärungen der Stadt Wiesbaden als Schulträger und des Hessischen Kultusministeriums (HKM) sind lückenhaft:

- Wie viele Wiesbadener Schulen ist die AHFS in einem äußerst maroden Zustand und hätte bald saniert werden müssen. Mit der Schließung der Schule lassen sich hohe Sanierungskosten vermeiden. Das weitläufige Schulgelände kann ganz oder teilweise als Bauland verkauft werden.
- Die verbliebenen beiden Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen wurden und werden massiv ausgebaut und umstrukturiert. Als BFZ organisieren sie fast die gesamte sonderpädagogische Förderung für den Schwerpunkt Lernen

in der Region. Als den BFZ vor zwei Jahren diese Aufgabe im Rahmen der neuen Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen (VOSB) übertragen wurde, stieß dies auf erhebliche Widerstände der betroffenen Lehrkräfte aller BFZ und des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer (GPRLL). Lehrkräfte und Personalvertretungen wurden nicht wirklich beteiligt.

- Schulleitung, Kollegium, Schüler- und Elternschaft der AHFS erfuhren von den Schließungsplänen aus der Presse und wurden zu keinem Zeitpunkt in die Pläne der Stadt mit einbezogen. Nach einer Phase der Konzeptentwicklung ihrer Berufsorientierungsstufe Anfang 2012 erhielt die Schule ausgerechnet am Aschermittwoch 2012 die Nachricht, sie werde geschlossen.

- Angesichts dieser Ankündigungen entwickelte die AHFS 2012 ein Konzept für eine inklusive Schule im Stadtteil. Diese Überlegungen wurden genauso ignoriert wie die bisherigen Erfolge der AHFS bei der Rückführung und Rückschulung an die Regelschulen und ihre Erfahrungen bei Ganztagsbetreuung, Schulsozialarbeit und in der Praxisklasse (SchuB), die in neue Strukturen eingebracht werden könnten.

Kollegium und Schülerschaft äußerten sich in Resolutionen und Presseartikeln zur geplanten Schließung, der GPRLL unterstützte die Proteste. Inzwischen werden die Lehrkräfte nach und nach an andere Schulen versetzt, die Schule wird zum beschlossenen Zeitpunkt auslaufen. Obgleich es ein erklärtes Ziel inklusiver Entwicklungen ist, Förderschulen durch gute Angebote in den Regelschulen zu ersetzen, ist dies einmal mehr ein Beispiel dafür, wie über die Köpfe aller Betroffenen hinweg entschieden wird; Aspekte wie Arbeitszufriedenheit oder sonderpädagogische Expertise beim Entwickeln von inklusiven Strukturen spielen nach wie vor nur eine geringe Rolle.

Katja Plazikowsky



# Kein Schutzschirm für Schulen

## Schließung von Schulen trotz steigender Schülerzahlen?

Mit knapp 61.000 Einwohnern ist Rüsselsheim die zehntgrößte Kommune in Hessen und als sogenannte Sonderstatusstadt übt sie selbst die Schulträgerschaft aus. Während andernorts von rückläufigen Schülerzahlen ausgegangen wird, werden die Schülerzahlen in Rüsselsheim auf absehbare Zeit eher leicht steigen. Lebten 2009 in Rüsselsheim 4.149 Kinder bis zum 7. Lebensjahr, so waren es im vergangenen Jahr 4.313. Der Anteil der unter 6-Jährigen an der Bevölkerung liegt mit 6,0% deutlich über dem Landesdurchschnitt von 5,1%. Während die Schülerzahlen im Bereich der Grundschulen im Wesentlichen stabil bis leicht steigend sind, verlieren Haupt- und Realschulen und Förderstufen zum Teil Schülerinnen und Schüler aufgrund des starken Drangs zu den Gymnasien. Doch auch diese Abwanderung ist überschaubar. Über Schulschließungen müsste also in Rüsselsheim eigentlich nicht diskutiert werden.

### Im Schatten von Opel

Hintergrund für die aktuelle Schließungsdebatte sind die durch Teilnahme Rüsselsheims am sogenannten Rettungsschirm verschärften Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung. Die Stadt befindet sich seit über 15 Jahren in einer massiven finanziellen Schieflage. Konnte Rüsselsheim 1990 noch rund 130 Millionen Euro aus der Gewerbesteuer einnehmen, so liegen die Gewerbesteuereinnahmen seit 2005 im Schnitt bei 28 Millionen Euro. Hintergrund sind die Krise in der Automobilindustrie, die erfolgreiche Steuervermeidungsstrategie von General Motors und diverse „Steuerreformen“.

Die zum GM-Konzern gehörende Adam Opel AG determiniert das Leben in der Stadt seit Jahrzehnten – im Guten

wie im Schlechten. Ende der siebziger Jahre arbeiteten über 42.000 Menschen „beim Opel“ und nach dem Krieg wuchs die Einwohnerzahl Rüsselsheims sprunghaft von 15.000 auf über 60.000 an. Rüsselsheim wurde so etwas wie eine fordistische Musterstadt, eine Stadt, die neu entstand und deren Sozialstruktur, Stadtplanung und Verkehrsplanung einerseits ganz auf das „Werk“ ausgerichtet war, die andererseits aber auch hohe soziale und bildungspolitische Standards realisieren konnte. Auskömmliche Steuereinnahmen ermöglichten es, eine den Bedürfnissen der Menschen gerecht werdende soziale und kulturelle Infrastruktur zu schaffen. Dazu gehörte auch eine in eine fortschrittliche Stadtplanung integrierte weitsichtige Schulentwicklungsplanung, die sich an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientierte. Jeder Stadtteil erhielt eine Grundschule, für einige wurden sogar städtebauliche Filetstücke ausgewählt. Auch die Haupt- und Realschulen und die Integrierte Gesamtschule, die Alexander-von-Humboldt-Schule, waren als Stadtteilschulen gedacht, die Klassenraumgrößen lagen über der landesweit üblichen Norm von 60 Quadratmetern. Für die Borngrabenschule als örtliche Förderschule wurde ein Standort mit optimalen Bedingungen gewählt.

Dem seit 15 Jahren wachsenden Sanierungsbedarf der Rüsselsheimer Schulen wurde aufgrund der schwierigeren Haushaltslage vielfach nicht entsprochen, sodass eine „grobe Kostenermittlung“ im Jahr 2013 für den Zeitraum der nächsten fünf Jahre ein Sanierungsvolumen in Höhe von 45,9 Millionen Euro ergab. Dies dominiert die Diskussion über den neuen Schulentwicklungsplan (SEP) für die Jahre 2014 bis 2019.

### Im Würgegriff der Haushaltskonsolidierung

Ohne die Ergebnisse der mit der Erstellung des SEP beauftragten *Bildungsagentur Martin Scharlau* abzuwarten, gab der Magistrat in einem im Dezember 2013 veröffentlichten „Zwischenbericht“ die Devise aus, dass an der Bildung zu sparen kein Tabu sein dürfe. Als eine Option schlug der Magistrat vor, die Gerhart-Hauptmann-Schule in Rüsselsheim-Königstädten zu schließen und ihre Schülerinnen und Schüler auf die verbleibenden Schulen der Sekundarstufe I aufzuteilen. Empörte Reaktionen gab es aber nicht nur unmittelbar vor Ort, sondern auch bei den Schulgemeinden der beiden anderen Haupt- und Realschulen, der Parkschule und der Friedrich-Ebert-Schule, deren Zusammenlegung zu einer Schule bereits beschlossene Sache ist und die sich jetzt mit völlig veränderten Bedingungen des Zusammenwachsens ihrer beiden Schulen konfrontiert sehen.

Gleichzeitig holte der Magistrat einen schon wiederholt gescheiterten Konsolidierungsvorschlag aus der Kiste. Für die Grundstufe der Borngrabenschule werde „kurzfristig kein Bedarf mehr bestehen“, für die weiteren Stufen sei „mit einem deutlichen Rückgang zu rechnen“:

„Somit stellt sich perspektivisch die Frage, ob das sanierungsbedürftige Gebäude der Borngrabenschule als Standort der Schu-

## 9. Hessisches Sozialforum am 26. April 2014

Das 9. Hessische Sozialforum findet am Samstag, dem 26. April 2014, von 10 bis 17 Uhr im Haus am Dom, Domplatz 3, in Frankfurt am Main statt.

100 Tage nach dem Start der neuen Hessischen Landesregierung stellt das Sozialforum die Frage, wie Teilhabe, Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit angesichts leerer Kassen in Kommunen und Land erreicht werden können. Zur Einführung referiert *Prof. Dr. Christoph Butterwege* zum Thema „Krise und Zukunft des Sozialstaates“. In Diskussionsforen sollen relevante Themen zur Landespolitik bearbeitet und Lösungsvorschläge entwickelt werden. Mit den erarbeiteten Überlegungen wollen wir Landesregierung und Landespolitiker konfrontieren.

»Operation düstere Zukunft 2.0?«

Unsere Alternativen:  
Soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung  
und ökologische Verantwortung



*le aufrechterhalten werden kann oder ob nicht eine Verlagerung der immer kleiner werdenden Schule an einen anderen Standort sinnvoller wäre.“*

Das attraktive und weitläufige Gelände der Schule könne dann der Wohnbebauung zugeführt werden. „Inklusion“ heißt offensichtlich auch für den Schulträger Rüsselsheim, zuerst die Einsparpotenziale und Veräußerungsgewinne aus der Schließung von Förderschulen auszumachen und erst dann nach den Voraussetzungen für gelingende Inklusion zu fragen. So kann Schulentwicklung nicht gelingen!

In bildungspolitisch ambitionierteren Zeiten gehörten qualitative, das Lehren und Lernen und die Schulkultur betreffende Aspekte unverzichtbar zu jeder Schulentwicklungsplanung. Hierzu müsste man die Rüsselsheimer Schullandschaft und Schülerschaft genauer in den Blick nehmen. 22,5% der Rüsselsheimer Kinder unter 15 Jahren waren 2012 Empfänger von Sozial- und Transferleistungen, im Durchschnitt waren es in Hessen 14,6. Über die Hälfte der Schülerinnen und Schüler geht nach der Klasse 4 erst einmal auf ein Gymnasium, viele wechseln im Laufe der Sekundarstufe I wieder auf Haupt-, Real- oder Gesamtschulen, die bedroht sind, „Restschulen“ zu werden. Die Stadt braucht eine offene Diskussion, wie sie mit der daraus resultierenden „doppelten Benachteiligung“ durch soziale Herkunft und ausgelesene Lerngruppen umgehen will. Solange die Hälfte der Schülerschaft im Gymnasium „exkludiert“ wird, macht es wenig Sinn, von „längerem gemeinsamem Lernen“ und „Inklusion“ zu träumen. Wer längeres gemeinsames Lernen und Inklusion wirklich will, muss die Schulen der Sekundarstufe I quantitativ und qualitativ ausbauen. Eine Lage im Stadtteil kann da nur von Vorteil sein.

### Gerhart-Hauptmann-Schule erhalten

Bis zur Eingemeindung 1956 war Königstädten eine selbstständige Gemeinde. Der Ortsteil hat bis heute seinen eigenen Charakter bewahrt. Die Gerhart-Hauptmann-Schule wurde im Zuge der Ausweisung von Baugelände für die wachsende Schülerzahl des Ortes geplant und bis 1967 schrittweise erbaut. Zum Areal gehören eine Sporthalle, eine Mehrzweckhalle und ein mittlerweile wegen Sanierungsbedarf geschlossenes Lehrschwimmbassin. Vereine und lokale Initiativen nutzen Räume und Turnhalle und kooperieren oft auch inhaltlich mit der Schule, insbesondere bei der Realisierung des Ganztagsangebotes. Gerade Kinder und Jugendliche, deren Eltern nur begrenzte finanzielle Möglichkeiten haben, werden durch ein wohnungsnahes Bildungsangebot und eine Schule mit überschaubarer Schülerzahl gestärkt.

Auf die gemeinsame „Neue Schule“ aus Park- und Ebertschule und die Alexander-von-Humboldt-Schule müssten sich ca. 2.200 Schülerinnen und Schüler verteilen – mit allen negativen Konsequenzen eines solchen Gebildes. Stadtplanung und Ausbau der Schulen in Rüsselsheim sind aufs Engste mit dem Namen des Stadtbaudirektors *Rudolf Otto* (1919–2004) verbunden, dessen Ziele die soziale Stadt und ein auf die Raumbedürfnisse der Stadtteile abgestimmtes Schulangebot waren. Das Kapitel „Schulbau“ in seinem Buch „Baukräne über Rüsselsheim“ schließt mit folgenden Worten: *„Wie die weitere Entwicklung auch gehen mag, so ist eins gewiss, die Bildung von Systemen, die zu Mammutschulen von 1.000 und mehr Schülern führen, sprengen den menschlichen Maßstab. Sie werden unüberschaubar und erschweren die Kommunikation von Lehrern und Schülern.“* (Flörsheim 1981)



Auf der Schulhomepage berichten *Ali Boukayoua* und *Elizabeth Panagiotidou* aus der Klasse 8c der Gerhart-Hauptmann-Schule (GHS) von ihrer spontanen Reaktion auf die Nachricht, dass die Schule vielleicht geschlossen werden soll. Sie nahmen Ende November 2013 an einem Workshop der „Theatertage Rüsselsheim“ teil:

*„Wir wurden dem Theaterpädagogen Uwe John zugewiesen, der extra aus Köln gekommen war. Das große Thema der Theatertage war ‚Revolution‘. (...) Nach verschiedenen Aufwärmspielen (...) sollten wir zu dem Thema ‚Revolution‘ einen Text schreiben. (...) Wir entschlossen uns, eine ‚Revolution‘ gegen das Vorhaben der Stadt zu machen, weil wir morgens in der Zeitung gelesen hatten, dass man am Überlegen sei, unsere Schule zu schließen. Wir waren so entsetzt über dieses Vorhaben, dass es sehr leicht für uns war, die ‚Revolution‘ nicht nur zu spielen, sondern sie auch zu empfinden. (...) Wir bastelten Plakate und erfanden einen Schlachtruf. (...)“* (Foto: Gerhart-Hauptmann-Schule Rüsselsheim)

Das Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebot für Kinder und Jugendliche ist aber nicht nur durch die Schulschließungen bedroht: Die kommunale Sparpolitik sorgt auch beim Stadttheater, in der Stadtbibliothek, beim Hallenbad, bei der Musikschule, der Jugendverkehrsschule oder beim Mädchentreff der AWO für Leerräume, die private Angebote nicht füllen können. Wieder einmal sind die Jugendlichen, deren Eltern es sich nicht leisten können, viel Geld für diese Bereiche auszugeben, zusätzlich benachteiligt.

Die Verknüpfung von Schulentwicklung und Haushaltskonsolidierung erweist der Schulentwicklung ein Bärendienst. Der Elternbeirat der Gerhart-Hauptmann-Schule hat bereits mehr als 2.000 Unterschriften für den Erhalt der Schule gesammelt. Während die CDU und der grüne Schuldezernent Dennis Grieser die Schließung der Gerhart-Hauptmann-Schule präferieren, haben sich die Unabhängige Königstädter Liste, die den Grünen nahesteht, und Die Linke/Liste Solidarität für den Erhalt der Schule ausgesprochen. Die SPD hat sich bis zum Redaktionsschluss noch nicht festgelegt.

Beim Bildungsgipfel 2008 war noch klar, dass das deutsche Bildungssystem chronisch unterfinanziert ist und von allen Akteuren mehr Geld in die Bildung investiert werden muss. Die Sonntagsreden von einst sind heute verhallt und die bildungspolitisch Verantwortlichen vor Ort pädagogischen Argumenten vielfach nicht mehr zugänglich. Wer aber pädagogische und bildungssoziologische Argumente ernst nimmt, der kommt auch in Zeiten der Schuldenbremse zu dem Schluss: An Bildung darf nicht gespart werden!

Bernd Heyl, GEW-Kreisverband Groß-Gerau

## Zum Beispiel: Eichendorff-Schule Kassel



Die Kasseler Stadtverordneten haben im Februar 2014 mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP das Aus für die Joseph-von-Eichendorff-Schule (JvES) beschlossen. Erstmals trifft eine Schulschließung in Kassel eine Kooperative Gesamtschule (KGS) und zudem eine Stadtteilschule, die bisher von allen Parteien wegen ihrer Integrationsarbeit in Stadtteilen mit einem hohen Migrationsanteil als unverzichtbar angesehen wurde und die für ihr Engagement die Auszeichnung „Club-of-Rome-Schule“ trägt.



**Detlef E. Siebert  
vom Arbeitskreis Pro Eichendorff  
im Gespräch mit Martin Gertenbach:**

„Die Kommune hat durch Manipulation der Schülerzahlen ein Totschlagargument gegen die Eichendorff-Schule geschaffen. Durch Pressemitteilungen wurden die Eltern völlig verunsichert. Die Eltern wurden durch amtliche Schreiben gebeten, keine Schüler mehr an der Schule anzumelden, da ihr Bestand gefährdet sei. Die Schulleitung wurde nicht mehr besetzt, und es wurde eine Person abgeordnet, die sich als Gegner der Schule entpuppte. Das Kollegium wurde eingeschüchtert und daran gehindert, sich zu wehren. Auf diese Weise konnten die Anmeldungen für die Klasse 5 auf etwa 30 Schüler reduziert werden. Die Stadtverordneten der Grünen und SPD ignorierten sämtliche Argumente für den Erhalt der Schule und hielten an der Schließung fest. Dies ist unfassbar, weil ein solches Vorgehen unumkehrbar ist. Wem nützt es? Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die finanziellen Vorteile aus Grundstück, Gebäude und eingesparten Personalkosten derart stark ausgewirkt haben, dass alles Pädagogische und Schulpolitische dem untergeordnet werden musste.“

Nach einer längeren Phase des Rückgangs der Schülerzahlen wurde für die JvES in der mittelfristigen Prognose zuletzt mit etwa 60 Schülerinnen und Schülern pro Jahrgang gerechnet. Damit könnte man gute Schule machen, aber es ist zu wenig, um den Anforderungen an die Mindestzügigkeit einer KGS zu genügen. Die beschlossene Umwandlung in eine IGS wurde von der Kultusministerin nicht genehmigt. Die grüne Kasseler Schuldezernentin *Anne Janz* präsentierte bereits im Sommer 2013 das Aus für die JvES. Der Schulausschuss pfiff sie zunächst in einer Sondersitzung zurück und erteilte den Auftrag, eine Verbundlösung zu prüfen. Diese scheiterte an ablehnenden Voten der Gremien der potenziellen Verbundpartner. Schuldezernentin Janz sieht die Verantwortung für das Aus bei den Eltern, die die Schule nicht mehr anwählten. Da 2012 und 2013 nur noch je eine 5. Klasse zustande kam, sei die Schließung unabwendbar.

Elternvertreter und der Arbeitskreis *Pro Eichendorff-Schule* kommen zu einem anderen Schluss: Die Eltern der Grundschulkindern wurden in den letzten Jahren bezüglich der Wahl der Schule massiv und gezielt verunsichert. Bei der Prüfung der Verbundlösung hätten Schulträger und Staatliches Schulamt versäumt, „die drei betroffenen Schulen mit ihren Gremien gemeinsam mit objektiven Informationen zu versorgen“, so der Schulelternbeirat der Eichendorff-Schule an die Stadtverordneten. Er fragt, warum sein Angebot nicht aufgegriffen wurde, Experten einzuladen, die über gelungene Verbundschulprojekte berichten können.

Weder „demografischer Wandel“ noch „der Elternwille“ sind also die entscheidenden Ursachen für das Aus der Eichendorff-Schule. Die Schule ist Opfer der Ignoranz der Landesregierung gegenüber Gesamtschulen, der bürokratischen Regelungen des Landes, der zögerlichen und schwankenden Haltung der Schuldezernentin, der Vernachlässigung der Schulgebäude durch die Stadt, der fehlenden Lobby und der verzerrten Berichterstattung in der Presse. Die Schließung löst keine Probleme. Sie sichert keineswegs die Zukunft der anderen Kooperativen Gesamtschulen in Kassel. Sie ist ein schwerer Schaden für den Stadtteil, geht zu Lasten der Kinder und Jugendlichen, gerade derjenigen mit Migrationshintergrund, und ist ein Schlag für das kulturelle Leben im Kasseler Osten, der Verlust eines sozialen Mittelpunkts.

In dem Kampf um den Erhalt der Schule zeigt sich auch ein Dilemma der GEW. Während sich der GEW-Kreisverband Kassel aus bildungspolitischer Sicht für den Erhalt der Schule eingesetzt hat, haben GEW-Mitglieder in den Gremien der potenziellen Partnerschulen im Hinblick auf eine zusätzliche Belastung der Beschäftigten gegen die Verbundlösung gestimmt. Die Rahmenbedingungen sind denkbar schlecht, um wohnortnahe, sozial verankerte Schulen zu erhalten. Statt abnehmende Schülerzahlen für hohe Bildungsqualität und bessere individuelle Förderung zu nutzen, wird unter dem Diktat der Schuldenbremse an Personal und Kosten gespart und den Schulen eine Konkurrenz um Schüler aufgezwungen. Alternativen gibt es. Die Reformschule Kassel arbeitet mit einer Jahrgangsbreite von 48. In der Stärkung solcher Alternativen liegt eine bildungspolitische Aufgabe.

Norbert Domes



## Zum Beispiel: Tümpelgarten-Schule Hanau

Die Tümpelgarten-Schule in Hanau ist eine Grundschule mit Förderstufe, Haupt- und Realschule. Sie beherbergt die letzte Förderstufe der Stadt, die die Förderstufe einmal flächendeckend eingerichtet hatte. Nach dem Willen des Schulträgers soll sie auf die Grundschule reduziert werden. Förderstufe, Haupt- und Realschule sollen auslaufen. Der bisherige Schulentwicklungsplan sah noch vor, die Schule zur Integrieren Gesamtschule auszubauen. Hanau klagte sogar als erste Stadt Hessens Anfang 2011 gegen das Kultusministerium, das diese Pläne abgelehnt hatte. Die Klage gegen die Nichtgenehmigung eines Schulentwicklungsplans wurde Ende 2012 abgewiesen.

Nur ein Jahr später sollen die Förderstufe und die Haupt- und Realschulzweige geschlossen werden, aber nicht, weil die Schülerzahlen deutlich gesunken sind. Die Schülerzahlen an der Sekundarstufe der Tümpelgarten-Schule sind mit leichten Schwankungen sehr stabil und in den letzten zehn Jahren lediglich um 10 Schülerinnen und Schüler auf nunmehr 420 gesunken. Im selben Zeitraum ging die Zahl der Schülerinnen und Schüler an allen vier Haupt- und Realschulen in Hanau nach Angaben des Schulträgers insgesamt um annähernd 700 zurück.

Die Tümpelgarten-Schule ist in dem stark durch Migrantinnen und Migranten geprägten Stadtteil Lambouy sehr gut vernetzt. Sie legt Wert auf Elternarbeit und organisiert unter anderem ein Elterncafé. Im bundesweiten Wettbewerb „Dialog der Kulturen“ der Herbert Quandt-Stiftung errang sie 2011/2012 den dritten Platz. Großen Wert legt man auch auf einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf. Seit neun Jahren gibt es zwei SchuB-Klassen, und schon vor 20 Jahren wurde das Projekt „Schule und Betrieb“ in Kooperation mit der Degussa ins Leben gerufen.

Das engagierte Kollegium leistet offensichtlich eine anerkannte gute Arbeit. Die Anerkennung der Schule zeigt sich auch in der breiten Unterstützung der Schule in ihrem Kampf um den Erhalt der Sekundarstufe. Mit einem Tag der Offenen Tür, Elternversammlungen, Elterninitiativen, einer großen Demonstration, einer Luftballonaktion, einer Rosenaktion zum Valentinstag und einer großen Podiumsdiskussion in der vollen Turnhalle der Tümpelgarten-Schule wehrt sich die Schule gegen die Schließung ihrer Sekundarstufe.

Der Sozial- und Bildungsdezernent der Stadt Hanau *Axel Weiss-Thiel* begründet den Plan mit den Vorgaben des Entschuldungsfonds des Landes Hessen, die einen strikten Sparkurs und eine Deckelung der Investitionen enthielten, sowie mit tendenziell sinkenden Schülerzahlen im Haupt- und Realschulbereich. Die Vertreterinnen und Vertreter des GEW-Kreisverbands Hanau in der Schulkommission der Stadt Hanau, der die Planungen im November eröffnet wurden, haben eine weitere Sitzung der Schulkommission und detaillierter Zahlen gefordert, um die Planungen des Schulträgers grundlegend diskutieren zu können. Als dies abgelehnt wurde, hat die Schulkommission die Empfehlung ausgesprochen, die Sekundarstufe der Tümpelgarten-Schule nicht zu schließen. Der GEW-Kreisverband hat die vom Schulträger der Schulkommission vorgelegten Daten geprüft. Danach wird die Zahl der Grundschülerinnen und Grundschüler durch wach-



sende Geburtenzahlen und durch Zuzüge nach Hanau wieder deutlich ansteigen, so dass die Kapazitäten der nach den Planungen des Schulträgers verbleibenden Haupt- und Realschulzweige bis Ende des Jahrzehntes deutlich überschritten werden.

Als Gründe bleiben die Auflagen des sogenannten Schutzschirmes, der von Hessen über den Kommunen aufgespannt wurde, nachdem man ihnen vorher die Zuweisungen stark gekürzt hatte. Der Hessische Staatgerichtshof hat dies im sogenannten Alsfeld-Urteil inzwischen als verfassungswidrig eingestuft. Laut Schutzschirm-Vertrag muss Hanau 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Bereits die erste Zwischenetappe hat Hanau aber im letzten Jahr um 8,5 Millionen verfehlt. Hier locken nun die Einsparungsmöglichkeiten bei der Tümpelgarten-Schule: Bei Schließung der Sekundarstufe könnte ein Teil der notwendigen Sanierungskosten gespart werden. Die Mietkosten für die Dependence der Grundschule würden entfallen, und das Gelände der Tümpelgarten-Schule wäre groß genug, um neben der Grundschule eine Kita unterzubringen.

Wegen des Schutzschirm-Vertrags soll eine sehr gut funktionierende Schule ihre Förderstufe und ihre Haupt- und Realschulzweige einbüßen. Hier zeigt sich, wie richtig die GEW lag, die Schuldenbremse und die dadurch notwendigen Schutzschirme abzulehnen. Denn die Probleme liegen zum größten Teil nicht auf der Ausgabenseite, sondern auf der Einnahmeseite. Die GEW hat gemeinsam mit den Gewerkschaften des DGB eine Reihe von Vorschlägen zur moderaten Erhöhung von Vermögens- und Erbschaftssteuern gemacht, die es ermöglichen, die Haushalte zu sanieren, ohne die Infrastruktur mit Schulen, Schwimmbädern und Bibliotheken zu zerstören. Dieser Weg sollte endlich beschritten werden, statt riesige Privatvermögen immer schneller wachsen zu lassen.  
Heinz Bayer, GEW-Kreisverband Hanau

## „Nie wird das Deutsche Volk seinen Führer im Stiche lassen“

### Schulische Erziehung im Nationalsozialismus

Bernhard Sauer, Lehrer, Historiker und Kenner der Frühgeschichte der NS-DAP, der Freikorps und der Schwarzen Reichswehr, hat in seinem Buch „Nie wird das Deutsche Volk seinen Führer im Stiche lassen“ 16 Abituraufsätze des Heese-Gymnasiums in Berlin-Steglitz aus den Jahren 1934 bis 1942 inklusive der Kommentare und Bewertung der Lehrer dokumentiert. In Fußnoten erläutert der Herausgeber Personen, Orte, Ereignisse und Prozesse, auf die in den Aufsätzen Bezug genommen wird.

#### Abituraufsätze aus der NS-Zeit

Nach der Dokumentation jedes Aufsatzes ordnet Sauer diesen in den Entstehungskontext ein und stellt den Bezug zur nationalsozialistischen Ideologie und Politik her. Dadurch verdeutlicht er, wie schulische Erziehung dazu beitrug, die Jugendlichen im Sinne der Rassen-, Kriegs- und Vernichtungspolitik des NS-Regimes zu formen. Die Dokumentation der Aufsätze ist eingeraht durch eine Einleitung, in welcher Sauer Schüler, Eltern und Lehrkräfte des Gymnasiums soziologisch einordnet, und eine „Schlussbetrachtung“, in welcher er ein Fazit zieht hinsichtlich der Schulgeschichte als „Spiegelbild der Zeitgeschichte“ (S.118).

Die Aufsatzsammlung zeigt eindrücklich auf, wie sich das konservative, humanistisch gebildete Bürgertum in den Dienst des nationalsozialistischen Regimes stellte, obwohl am 30. Januar 1933 weder der Schulleiter noch ein Lehrer Mitglied der NSDAP war. Bis 1936 traten nur ein Lehrer der NSDAP und vier dem NS-Lehrerbund bei.

Die Themenstellungen der Aufsätze erlauben keinerlei diskursive Auseinandersetzung, sondern fordern ungeteilte Zustimmung zur Politik des NS-Regimes und zur Person Adolf Hitlers. Zwei Arten von Themenstellungen sind erkennbar: Zum einen zielen sie auf Verherrlichung des „Führers“ und seiner nationalistischen und aggressiven Außenpolitik sowie – ab 1940 – auf die Förderung von Kriegsbegeisterung und Durchhaltewillen:

„Was hat Hitler für das Deutsche Volk geleistet?“ (19.1.1934)

„Worauf beruht Führertum?“ (24.1.1935)

„Wir bauen mit am neuen Reich!“ (20.1.1936).

Als Reaktion auf die sowjetische Gegenoffensive am 5. Dezember 1941, das Scheitern des Blitzkrieges gegen die Sowjetunion und die Kriegserklärung des Deutschen Reiches an die USA vom 11.12.1941 fordert ein Abiturthema die Zustimmung zu dem Postulat:

„Wir müssen siegen und wir werden siegen.“ (26.2.1942)

Eine zweite Gruppe von Themenstellungen intendiert Moralerziehung im Sinne des Regimes, Erziehung zur „Volksgemeinschaft“ und militärische Ertüchtigung:

„Das Opfer verlangte eine erhöhte Kraft, aber was ist die Kraft, die zum Opfer gehörte, gegen die Kraft, die von ihm ausgeht!“ (Werner Beumelburg) (24.1.1935)

„Aufrichtige und völlige Hingabe ist eine Tugend vor allen Tugenden. Kein Werk von Belang kann ohne sie zustande kommen.“ (nachgewiesen an einer großen Persönlichkeit)“ (31.1.1938)

Besonders bei diesen Themen wird die Affinität zwischen den Werten des konservativ-nationalen Bürgertums und denen nationalsozialistischer Erziehung deutlich: Nahtlos vollzieht ein Schüler den Brückenschlag zwischen

Altmeister Goethe und der NS-Ideologie vom Kampf:

„Goethe äußerte den Wunsch, daß sein Grabstein mit folgenden Worten beschriftet würde: ‚Machet nicht viel Federlesen. Schreibt auf meinen Grabstein: Dieser ist ein Mensch gewesen, und das heißt: ein Kämpfer sein‘, ‚Unser Gebet ist der Kampf heißt das Leitwort der heutigen Jugend. Kampf um das tägliche Brot! Kampf um Stellung und Unterkommen! Kampf allen volksfremden Elementen, dem Lug und Trug der Welt! Wir Jungen sind bereit!‘“ (S. 53)

Die Lehrkräfte legen in ihren Kommentaren einen gewissen Wert auf Ausdruck, äußere Form, formal stringente Gliederung und Gedankenführung sowie auf Belege und Beispiele für Behauptungen. In keinem Kommentar erfolgt eine präzise inhaltliche Rückmeldung; die Lehrkräfte beschränken sich auf Allgemeinplätze. Hilfreich bei der Deutung sind Bernhards Hinweise auf den zeitgeschichtlichen Kontext sowie die ideologischen Quellen der Schüleraufsätze. Ein stärkerer Bezug zu Ergebnissen der Forschung zu Erziehung, Bildung und Schule während des Nationalsozialismus, zu den Veröffentlichungen von Lingelbach, Gamm, Keim oder Ortmeier hätte geholfen, die Reichweite der abgedruckten Abituraufsätze als historische Quellen einordnen zu können. Dennoch ist das Buch ein wertvoller Beitrag zur Bildungsgeschichte des Nationalsozialismus und eine Fundgrube für den Geschichts- und Deutschunterricht.

Dr. Franziska Conrad

**Bernhard Sauer: „Nie wird das Deutsche Volk seinen Führer im Stiche lassen“. Abituraufsätze im Dritten Reich.** Duncker und Humblot: Berlin 2013. 29,90 Euro

Die Untersuchung von Abituraufsätzen am Gymnasium für Jungen in Wiesbaden während der NS-Zeit bringt ähnliche Befunde: Franziska Conrad: Geschichtsunterricht als nationalpolitische Erziehung? in: Erziehung im Nationalsozialismus. Gutenbergschule und Diltheyschule 1933–1945, hrsg. von Franziska Conrad, Martin Götting, Inge Naumann, Wiesbaden 1992.





gemeinnützige  
bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

# FORTBILDUNG

## PROGRAMMAUSZUG

Mai - Juli 2014

### ARBEITSPLATZ SCHULE

#### Seminar E5047

##### Elterngespräche führen - Elternabende moderieren

Didier Kulikowsky-Valentin

Mi, 07.05.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar B5020

##### Rollenwechsel - aus dem Kollegium in die Schulleitung

Werner Scholz

Mo, 12.05.; Di, 20.05. u. Di, 27.05.14, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 112 €; Mitglieder GEW Hessen 95 €

#### Seminar B5021

##### „Hetzefrei!“ - Arbeitsorganisation für Lehrerinnen und Lehrer

Uwe Riemer-Becker

Mi, 14.05.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar E5048

##### Elternarbeit und systemische Beratung in der Schule

Sabine-Elena Funk & Elisabeth Kühnel

Mi, 14.05. u. Mi, 21.05.14, jew. 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

#### Seminar E5049

##### Elterngespräche

Zielgerichtet, effektiv und Nerven schonend

Uwe Riemer-Becker

Do, 15.05.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar E5044

##### Schülervertretungen unterstützen - Zur Arbeit von Verbindungslehrer/innen

Martina Lennartz

Mi, 21.05.14, 14:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Seminar B5025

##### Schulrecht - (k)ein Buch mit sieben Siegeln?

Werner Scholz

Di, 03.06.; Mo, 16.06. u. Mo, 30.06.14, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 112 €; Mitglieder GEW Hessen 95 €

#### Workshop N5153

##### Speed Reading Workshop

Schnellesetechniken - schneller lesen & besser verstehen

Dr. Christiane Potzner

Do, 05.06.14, 10:00 - 15:30 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Workshop P5159

##### Fahrrad-Workshop - Reparatur und Wartung für Einsteiger/innen

Jürgen Jäger

Sa, 07.06.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar B5028

##### Routinen und Rituale für Lerner und Lehrer

Iris Welker-Sturm

Do, 12.06.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

## DEMOKRATISCHE BILDUNG

Vortrag mit Diskussion D5041

### Zauberformel „Inklusion“ – von der Euphorie zur Skepsis?

Prof. Dr. Karl-Heinz Dammer

Mi, 07.05.14, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar D5042

### Die Kompetenz-Wende und ihre bildungspolitischen Folgen

Dirk Hommrich & Martin Karcher

Do, 15.05.14, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

## GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT & POLITIK

Vortrag mit Diskussion G5069

### Ist der Euro am Ende?

Guenther Sandleben

Di, 29.04.14, 19:00 - 21:30 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Führung und Diskussion G5071

### Fußball im Nationalsozialismus

Matthias Thoma

Di, 13.05.14, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Vortrag mit Diskussion G5072

### Krisen und die Transformation des Kapitalismus

Prof. Georg Fülberth

Mi, 14.05.14, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Seminar G5073

### Sigmund Freud und die Psychoanalyse im Unterricht

Dr. Manuel Mendez-Burguillos

Mi, 21.05.14, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Vortrag mit Diskussion G5074

### Der Islam - Schrecken des Abendlands

Wie sich der Westen sein (neues) Feindbild konstruiert

Prof. Dr. Werner Ruf

Do, 12.06.14, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

## GESUNDHEIT

Seminar H5092

### Was Lehrer/innen stark macht

Achtsamkeitstraining als Burnoutprävention

Norbert Seeger

Di, 13.05.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Wächtersbach

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar U5210

### Wie bleibe ich bei Stimme? - Atem- und Stimmtraining für Sprechberufler mit individueller Beratung

Frohmut Knie

Sa, 17.05.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar H5097

### Gesund bleiben im Lehrerberuf - Strategien gegen Burnout

Peter Berger

Mi, 25.06.14, 14:00 - 18:30 Uhr, Bad Zwesten

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

## KUNST, KÖRPER & KULTUR

Workshop Q5168

### Tanzen in der Grundschule

Tine Böhnke

Mi, 07.05.14, 14:00 - 18:00 Uhr, Mörfelden-Walldorf

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar K5110

### Maria Sibylla Merian für GrundschulKinder

Barbara Caspari

Mo, 12.05.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop K5111

### Einführung in das Malen mit Wasserfarben

Brigitte Pello

Mo, 12.05.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar Q5169

### Tausend tolle Töne - einfaches Spiel mit Orff-Instrumenten

Wolfgang Hering

Mi, 14.05.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar Q5171

### Let's Swing ... Jazzsingen für Neugierige und Neulinge

Kerstin Kuschik

Do, 15.05.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar Q5172

### Cajón-Klassenmusizieren - First sound, then sign

Joachim Kunze

Fr, 16.05.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Friedberg

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Workshop Q5173

### Singen - sagen - sich bewegen

Prof. Dr. Fredrik Vahle

Di, 20.05.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Marburg

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop K5112

### Plastisches Gestalten im Kunstunterricht: Tonarbeiten

Iris Gerlach

Mi, 04.06.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop Q5174

### Boomwhackers und das DrumCircle-Konzept

Andreas von Hoff

Mi, 04.06.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

## MATHEMATIK & NATURWISSENSCHAFTEN

Vortrag mit Diskussion R5180

### Evolution im Sachunterricht - eine Herausforderung für Grundschulen

Das Projekt „Evokids“

Prof. Dr. Dittmar Graf

Di, 29.04.14, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar C5034

### Mit Google Earth und GIS die Welt entdecken

Faszination Geodaten - Unterricht handlungsorientiert gestalten

Dr. Alexander Tillmann

Fr, 09.05.14, 9:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Exkursion R5181

### Naturwerkstatt - Kreative Aktivitäten in der Natur

Brigitte Stein

Fr, 16.05.14, 10:00 - 14:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar L5116

### Mathematik und Naturwissenschaft im Kindergarten - Wie geht das?

Martina Hörning

Do, 22.05.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar T5205

### Prävention von Rechenschwäche durch das Rechnen mit konkreten Zahlen

Klaus Rödler

Mi, 04.06.14, 14:30 - 17:30 Uhr, Weilburg

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar R5183

### Astronomie unterrichten in der Grundschule

Christian Wolff

Mi, 11.06.14, 14:00 - 17:30 Uhr, Darmstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Workshop R5185

### Faszination Naturwissenschaften

Forschendes und entdeckendes Lernen im Grundschulbereich

Antje Rümenapf

Mi, 11.06.14, 14:30 - 18:00 Uhr, Reichelsheim

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar T5206

### Rechenschwäche - Ursachen, Diagnose, Förderung

Gabriela Jung

Fr, 20.06.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar M5132

### Tiere helfen - Zum Einsatz von Tieren in der pädagogischen Praxis

Elisabeth Mann

Di, 13.05.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop S5199

### Streiten will gelernt sein - Spiele zum Umgang mit Aggressionen

Jessica Stukenberg

Do, 15.05.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar L5115

### Die 100 Sprachen der Kinder - eine Einführung in die Reggio-Pädagogik

Wolfgang Huth

Fr, 16.05.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar M5134

### Schülerfirma - Der Weg in die Realität

Bernhard A. Krenig

Mo, 19.05.14, 14:00 - 17:00 Uhr, Pohlheim

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar D5043

### Inklusion konkret

Monika Frobel

Di, 27.05.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar M5129

### Autismus und Asperger Syndrom

Ariadne Michaelopoulos

Di, 27.05.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

## SPRECHEN, SCHREIBEN & LESEN

Seminar N5150

### Sprachauffällige, stotternde, polternde Schüler - Was kann ich als Lehrer/in tun?

Ulrike Sick

Mi, 07.05.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar N5151

### „Besondere Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben“ - LRS

Ute Noller

Do, 08.05.14, 13:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar F5053

### The American Dream in Film - Myth or Reality?

Die Entwicklung der USA im Spiegel ihrer Spielfilme

Dr. Julian Namé

Mi, 04.06.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

## PÄDAGOGIK

Seminar P5157

### Holzarbeiten -

### Anregungen für den AL- und Werkunterricht (Sek. I)

Jürgen Schnellbacher

Di, 06.05.14, 14:00 - 18:30 Uhr, Fürth / Odw.

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

## STUDIENREISEN (mehr unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de))

### Studienreise V5212

#### ► Böhmen - Radtour ins Land der Teiche

Dalibor Hirc

Sa, 28.06. – Sa, 05.07.2014

Entgelt DZ 510 €; EZ 610 €

### Studienreise V5213

#### ► Radtour im Künischen Gebirge und zum Tor des Böhmerwaldes

Dalibor Hirc

Sa, 26.07. – Sa, 02.08.2014

Entgelt DZ 500 €; EZ 600 €

### Studienreise V5215

#### ► Mit dem Kanu auf der Moldau unterwegs

Dalibor Hirc

So, 24.08. – Sa, 30.08.2014

Entgelt DZ 535 €; EZ 635 €;

### Studienreise V5216

#### ► Radreise im Böhmerwald und Moldautal

Dalibor Hirc

Sa, 30.08. – Sa, 06.09.2014

Entgelt DZ 500 €; EZ 600 €

### Studienreise W6051

#### ► Studienreise nach Südfrankreich

Ziviler und bewaffneter Widerstand in Süd-Frankreich 1940/44

Bernd Heyl, Helga Roth & Edgar Weick

Sa, 18.10. – Sa, 25.10.2014

Entgelt DZ 590 €; EZ 660 €

### Studienreise W6052

#### ► Wandern im Böhmisches Paradies

Dalibor Hirc

Sa, 18.10. – Sa 25.10.2014

Entgelt DZ 480 €; EZ 580 €

### Studienreise W6056

#### ► Studienreise nach Zimbabwe

Annedore Smith

Sa, 18.10. – So, 02.11.2014

Entgelt DZ 2.900 €; EZ 3.250 €

### Studienreise W6049

#### ► Studienreise nach Kreta

Heinrich Becker

So, 19.10. – Do 30.10.2014

Entgelt DZ 1.210 €; EZ 1.330 €

### Studienreise W6187

#### ► Digitale Fotografie am Gardasee

Themenfelder für die fotografische Praxis im Kunstunterricht

Heinz Gabler

So, 19.10. – Fr, 24.10.2014

Entgelt DZ 650 €; EZ 698 €

### Studienreise W6123

#### ► Studienreise nach Nicaragua

Christiane Mende & Charly Steinmeier

So, 19.10. – Sa, 01.11.2014

Entgelt DZ 2.250 €; EZ 2.490 €

### Studienreise W6057

#### ► Studienreise nach London

Dieter Wagner

Di, 21.10. – So, 26.10.2014

Entgelt DZ 885 €; EZ 990 €

# ANMELDUNG [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Einfach anrufen: **0 69 – 97 12 93-27**

oder faxen: **0 69 – 97 12 93-97**

Online-Buchung: [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

E-Mail: [anmeldung@lea-bildung.de](mailto:anmeldung@lea-bildung.de)

### Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags  
von 9:00 bis 16:00 besetzt.

### [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen  
auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch  
telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen:

Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig.

Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

### Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung?  
Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene  
Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung  
zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Walter Otto-Holthey

Geschäftsführung: Peter Kühn

Gestaltung: H. Knöfel, Kaufungen | Träger & Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl.

Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie  
unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2014

Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit  
der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab September  
unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de) einzusehen.



gemeinnützige  
Bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

## Hochschulen: Grundfinanzierung sichern

Mitte Februar diskutierte *Daniel May*, hochschulpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, mit dem Fachbereichsrat des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Marburger Philipps-Universität über das Thema „Zukunft und Perspektiven der Hochschulpolitik und Hochschulfinanzierung in Hessen“. Die Sprecherin der CDU *Karin Wolff* sagte aus terminlichen Gründen kurzfristig ab. Im Anschluss an die Diskussion verabschiedete der Fachbereichsrat eine Resolution zur Hochschulpolitik der neuen Landesregierung. Er kritisiert, dass die Ausgaben des Landes gemessen an den Studierendenzahlen „unter dem bundesdeutschen Durchschnitt“ liegen und Hessen „den Universitäten kein festes Grundbudget zur Verfügung stellt“.

Damit würden die Hochschulen „in einen ruinösen Wettbewerb um Landesmittel getrieben“.

Der Fachbereichsrat begrüßt die Ankündigung der neuen Koalition, die „Grundfinanzierung der Universitäten ab 2016 in kleinen Schritten“ anzuhängen, vermisst aber strukturelle „Reformvorschläge, die die Situation verbessern“. Zudem müsse man zunächst die letzten beiden Jahre des laufenden Hochschulpakts überstehen, in denen die Philipps-Universität den größten Zuwachs an Studienanfängern (+17%) und bei der Gesamtzahl der Studierenden (+9,3%) in Hessen und ein „Allzeithoch von 25.700 Studierenden“ zu verzeichnen habe. Anstelle der früheren Studiengebühren müssten den Universitäten „nach dem Modell von Nieder-

sachsen 500 Euro je Studentin und je Student als QSL-Mittel zur Verfügung gestellt werden“. Das Grundbudget solle „nicht mehr länger nach Leistungsparametern berechnet, sondern als festes Budget zur Verfügung gestellt werden“.

In den letzten Jahrzehnten seien den Hochschulen in Westdeutschland schätzungsweise 40% ihrer Grundfinanzierung entzogen worden. Damit sich die Forschungstätigkeit nicht weiter in außeruniversitäre Forschungsgesellschaften verlagere, forderte der Fachbereichsrat die Landesregierung auf, „den Finanzierungsanteil für die Forschung wieder zu erhöhen und sich dafür einzusetzen, die Forschungsfinanzierung zwischen den außeruniversitären Forschungsgesellschaften und Universitäten neu auszubalancieren“.

## Sinn und Unsinn des Strafens

Ausstellung im Museum für Kommunikation in Frankfurt

Thorberg bei Bern ist eine alte Festung, die zu einem Gefängnis für 180 Männer umgebaut wurde. Alle haben langjährige Strafen, auch Mörder sind unter ihnen. Der Dokumentarfilm „Thorberg. Hinter Gittern“ von *Dieter Fahrner*, der an 200 Drehtagen im Gefängnis entstand, zeigt: Es sind keine Monster, sondern Menschen. Fahrner begleitet einige Häftlinge unterschiedlicher Nationalität durch ihren Tagesablauf und zeigt sie in ihren 8,5 Quadratmeter kleinen Zellen. Während sie über ihre Tat reflektieren, über ihr verfluchtes Leben, ihre Depressionen, ihre aussichtslosen Träume und ihr Bedürfnis, etwas Gutes zu tun, holt die Kamera ihre Gesichter heran und verweilt lange auf ihnen, so dass Nähe zu ihnen entsteht. Der Filmemacher kommentiert die Reflexionen der Eingesperrten nicht, die ihre Schuld keineswegs schönreden. Nur sparsam blendet er Informationen zu den Personen als Schrift ein.

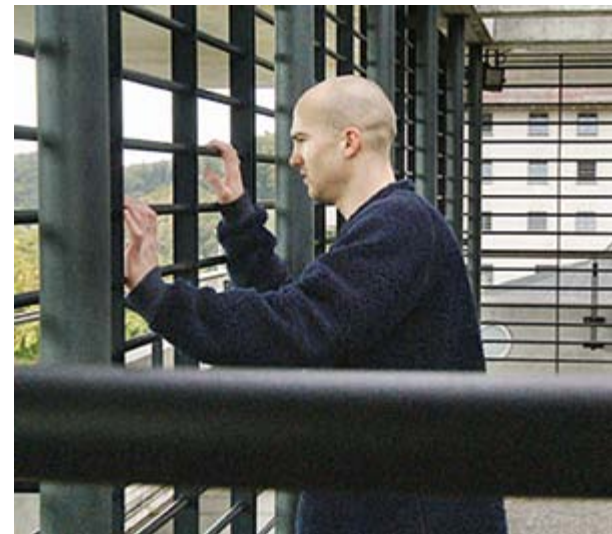
Es gibt keine berufliche Ausbildung auf Thorberg, nicht einmal genug Arbeit für alle Insassen. Die verteilten Antidepressiva ersetzen persönliche Zuwendung. Sein bester Freund sei der Fernseher, bekennt *Salvatore*, auch er mit langjähriger Haftstrafe. Thorberg er-

scheint als sauberer, riesiger Gitterkäfig, der die Gestrauchelten von den moralisch erhabenen „Normalos“ isoliert. Strafe reduziert sich auf Rache, weil sie keine zweite Chance im Leben ermöglicht.

Noch bis zum 25. Mai ist die Ausstellung „Thorberg. Hinter Gittern“ im Frankfurter Museum für Kommunikation am Schaumainkai 53 ([www.mfk-frankfurt.de](http://www.mfk-frankfurt.de)) zu sehen. Der Schweizer Filmemacher hat sie selbst kuratiert und unter ein Motto von *Solschenizyn* gestellt: „Allmählich wurde mir klar, dass die Linie, die Gut und Böse trennt, quer durch jedes Menschenherz verläuft.“

Zu sehen sind sechs Zellen in beklemmender Originalgröße, in denen jeweils einige Gefangene ihre Situation auf Video darstellen. Pritsche, Tisch und Waschbecken sind nur aufgezeichnet, so dass sich die Besucherinnen und Besucher auf diese Zellen mit je vier Hockern verteilen und anschließend gemeinsam über die jeweiligen Eindrücke diskutieren können.

Den preisgekrönten Dokumentarfilm kann man als DVD (105 Minuten) im Museum kaufen oder unter [www.thorberg.ch](http://www.thorberg.ch) bestellen. Die 18 etwa achtminütigen Einzelporträts sind auch als



zweite DVD im Schubert der Dokufilm-DVD enthalten (zusammen knapp 20 Euro) und können daher auch im Unterricht angesehen werden. Das Projekt „Kinokultur in der Schule“ hat 30 Seiten Unterrichtsmaterialien zur Vor- und Nachbereitung des Films erstellt ([www.achaos.ch](http://www.achaos.ch)).

• *Anmeldung: Tel. 069-6060310*

Ursula Wöll

*Foto:  
Der andere  
Film  
(Berlikon,  
Schweiz)*



# Heiß wie Frittenfett

## Haushaltspolitik ohne Gestaltungsspielräume

„Wer Linkspartei oder Piraten wählt, wacht mit Volker Bouffier als Ministerpräsident auf.“ Mit dieser Aussage warben Bündnis 90/Die Grünen im vergangenen Landtagswahlkampf für einen Regierungswechsel, der Grünen-Spitzenmann Tarek Al-Wazir bezeichnete eine Koalition mit der CDU gar als „Horrorszenario“.

Die nach langen Sondierungsgesprächen Ende November des vergangenen Jahres begonnenen Koalitionsverhandlungen von Union und Grünen wurden in der Öffentlichkeit dann auch folgerichtig mit einiger Überraschung aufgenommen, obwohl in der Presse hier und da schon während des Wahlkampfes über ein mögliches Regierungsbündnis von beiden Parteien spekuliert worden war. Diesen Spekulationen zum Trotz ließ sich Al-Wazir am 25. November 2013 in einem Interview in der Frankfurter Rundschau mit den Worten zitieren, dass die GRÜNEN „nicht im Traum daran gedacht haben, dass wir mit der CDU Koalitionsverhandlungen aufnehmen würden“.

Die Äußerung von Al-Wazir dürfte strategisch motiviert gewesen sein, da man Teile der eigenen Wählerschaft nicht vor den Kopf stoßen wollte. Tatsächlich haben die Grünen in den vergangenen Jahren systematisch darauf hingearbeitet, auch für die CDU in Hessen koalitionsfähig zu sein. Klar erkannt hat dies im Juli 2013 Al-Wazir Vorgänger im Amt des hessischen Wirtschaftsministers Florian Rentsch:

„Man kann es in der Fußballsprache sagen: Die Grünen sind so heiß wie Frittenfett auf eine Regierungsbeteiligung.“

Die Annäherung von Union und Grünen ist dabei vor allem auf zwei zentralen Feldern entscheidend für die jetzt erfolgte Regierungsbildung gewesen, der Bildungs- und der Haushaltspolitik. Letztere spielt insbesondere aufgrund der Zuständigkeit der Länder für den Schulbereich eine wichtige Rolle in jedem Landtagswahlkampf, und ein grundsätzlicher Konsens ist hier Voraussetzung für jede Regierungskoalition. Dieser Konsens bestand zwischen den beiden neuen Regierungsparteien in Hessen schon vor der Wahl: Beide

waren sich darin einig, die Wahlmöglichkeit zwischen acht- oder neunjähriger Gymnasialzeit beizubehalten.

Der Konsens in der Haushaltspolitik wurde durch die gemeinsam betriebene Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Landesverfassung manifestiert. Schon vor drei Jahren war damit die schwarz-grüne Regierungskoalition als mögliche Konstellation absehbar:

„In Bezug auf die hessischen Grünen ist die Befürwortung der Schuldenbremse keine große Überraschung, da die Landtagsfraktion und insbesondere die für Finanz- und Haushaltsfragen verantwortlichen Abgeordneten schon sehr lange Befürworterinnen und Befürworter von Schuldenbremsenregelungen sind und in diesem Zusammenhang auch harte Kürzungsmaßnahmen wie den Abbau von Personal im Landesdienst propagierten. Bündnis 90/Die Grünen senden mit ihrer schon früh artikulierten Kompromissbereitschaft auch ein klares Signal an die Union, dass mit ihnen zukünftig ein neuer Koalitionspartner zur Verfügung steht. Schließlich ist der letzte Versuch, zusammen mit der SPD eine Regierung zu bilden, kläglich gescheitert. Und auf Dauer trotz guter Wahlergebnisse von Minister- oder weiteren Regierungsposten fern zu bleiben, dürfte vielen grünen Politikerinnen und Politikern nicht genehm sein.“ (1)

### Drei „E“ sind kein Dreiklang

Wer die Auseinandersetzung um die Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Landesverfassung in den Jahren 2010 und 2011 verfolgt hat, wird sich vielleicht noch an die Position der Grünen erinnern. Diese haben sich bekanntlich in einen breiten Konsens der Parteien im Hessischen Landtag einbinden lassen, die Schuldenbremse in die hessische Verfassung zu schreiben. Ihre Position haben sie mit einem lustigen, weil völlig schiefen, aber irgendwie doch zutreffenden Bild umschrieben, das so noch immer auf ihrer Homepage nachzulesen ist:

„Wir GRÜNEN haben gefordert, sich auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt 2020 von einem Dreiklang leiten zu lassen, von den drei E der Finanzpolitik: Einsparungen, Effizienzsteigerungen

und Einnahmeerhöhungen. Mit gezielten Maßnahmen in diesen drei Bereichen ist es möglich, in wirtschaftlichen Normalzeiten ohne neue Schulden auszukommen.“ ([www.gruene-hessen.de/dossiers/schuldenbremse/](http://www.gruene-hessen.de/dossiers/schuldenbremse/))

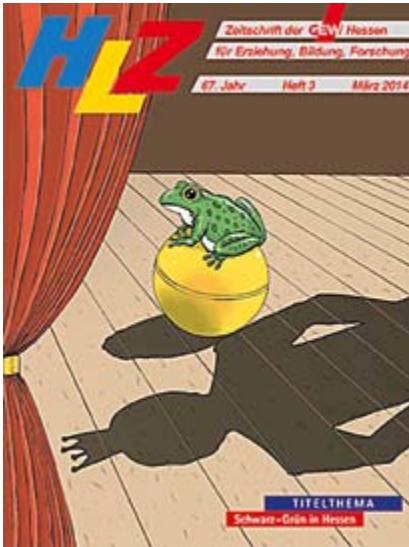
Schief ist dieses Bild, weil hier ganz offensichtlich in Anlehnung an die Harmonielehre von einem „Dreiklang der drei E“ die Rede ist. Tatsächlich setzen sich Dreiklänge aber aus drei verschiedenen Tönen zusammen, und nicht aus drei gleichen Tönen – hier konkret drei E. Zutreffend ist das Bild dann doch, weil von den drei aufgeführten E nur eines als Handlungsoption für jede hessische Landesregierung in Frage kommt, um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten, das E der Einsparungen. Und insofern stimmt das Bild dann eben auch wieder irgendwie.

### Reallohnverluste für Beamte

Recht eintönig kommt dann auch der schwarz-grüne Koalitionsvertrag für die Jahre 2014-2019 daher: Dieser Vertrag steht unter dem Spar- und Kürzungsdiktat der Schuldenbremse, die den Gestaltungsspielraum der Landespolitik fast auf Null reduziert. Dabei spielt natürlich eine wesentliche Rolle, dass auf der Bundesebene keine entsprechenden Steuerrechtsänderungen, zum Beispiel die Wiedererhebung der Vermögensteuer, beschlossen worden sind. Hierfür trägt auch der alte und neue hessische Ministerpräsident Volker Bouffier als Teilnehmer an den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene eine wesentliche Mitverantwortung.

Da das strukturelle Defizit im hessischen Landeshaushalt mit rund 1,5 Milliarden Euro bis zum Ende dieses Jahrzehnts abgebaut werden muss, fallen die vorgesehenen Spar- und Kürzungsbeschlüsse entsprechend umfangreich aus. Die Hauptlast tragen dabei wieder einmal die Landesbeschäftigten: Zusätzlich zu den sowieso schon vorgesehenen 1.900 Stellenkürzungen in der Mittelfristigen Finanzplanung sollen laut Koalitionsvertrag weitere 1.800 Stellen wegfallen. Auch die Höhe der Beamtenbesoldung wird ganz nach





Gutsherrenart schon einmal über die gesamte Legislaturperiode festgelegt: Im Jahr 2015 soll die Besoldung der Beamtinnen und Beamten gar nicht angehoben werden, und ab 2016 dann nur noch um jeweils ein Prozent pro Jahr. Damit plant die schwarz-grüne Landesregierung Reallohnverluste von rund 5 Prozent für die immerhin 110.000 Beamtinnen und Beamten und ihre Familien in Hessen. Dass Deutschland bei der Arbeitskosten- und Lohnentwick-

lung seit der Jahrtausendwende im öffentlichen Dienstleistungssektor in Europa weit hinten rangiert, ist bei den Koalitionsverhandlungen offensichtlich nicht relevant gewesen (2).

Auch unter Schwarz-Grün bleibt Hessen der größte Tariffüchtling der Republik und verweigert die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder.

Für viele Beobachter der Sondierungs- und Koalitionsgespräche in Hessen ist das Vorhaben der Koalitionspartner Bouffier und Al-Wazir, den Schulbereich von Stellenstreichungen auszunehmen, eine kleine Überraschung gewesen. Denn dem Vernehmen nach haben die Grünen in den Sondierungsgesprächen mit der SPD und der LINKEN ebensolche Stellenstreichungen noch massiv gefordert. Die Ausnahme des Schulbereichs dürfte strategische Gründe haben: Kürzungen in diesem Bereich hätten den größten gesellschaftspolitischen Zündstoff für Proteste geliefert. Beschäftigungsabbau im Bereich der Landesverwaltung und der Polizei, so offensichtliches Kalkül und Hoffnung der neuen Koalitionspartner, werden die Proteste gegen die Spar- und Kürzungspolitik leichter beherrschbar machen.

Die Landesregierung will das Hessische Mittelstands- und Vergabegesetz novellieren und dabei der Tariftreue

„einen neuen Schwerpunkt widmen“ Der DGB fordert zusätzlich zu den Ankündigungen im Koalitionsvertrag die Einführung eines vergabespezifischen Mindestlohns in Höhe von mindestens 8,50 Euro, eine Senkung der hohen Vergabefreigrenzen sowie verbindliche Kontrollen und Strafen.

Unterm Strich bleibt so für das Bundesland Hessen die ernüchternde, aber eigentlich auch nicht wirklich überraschende Befürchtung, dass ein Wechsel von Gelb zu Grün zwar in einigen Bereichen zu einem Austausch der politisch handelnden Personen führt, aber keinen Politikwechsel nach sich zieht.

Kai Eicker-Wolf

Der Autor leitet die Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Bezirk Hessen-Thüringen. Der Artikel erschien im WISO-Info des DGB 1-2/0214. Das vollständige Heft steht unter [www.hessen-thueringen.dgb.de](http://www.hessen-thueringen.dgb.de) als Download zur Verfügung.

(1) Kai Eicker-Wolf (2011): Schuldenbremse mit Verfassungsrang? Die politischen Motive der Volksabstimmung in Hessen, in: Forum Wissenschaft 1/2011, S.53

(2) Alexander Herzog-Stein/Heike Joebges/ Ulrich Stein/Rudolf Zwiener (2013): Arbeitskostenentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit in Europa, IMK-Report 88/2013, S.11

### Auszüge aus dem Programm Regierender

Unser Schulsystem wurde jahrzehntelang permanent umgekrempelt.

Ab sofort wird nichts mehr umgekrempelt.

Wir werden Schulen verlässlich ausstatten.

Wir werden Schulen Weiterentwicklung ermöglichen.

Wir wollen Wege ebnen.

Wir wollen Schule verändern.

Wir wollen Mittel, Zuständigkeiten bündeln.

Wir werden Kinder fördern.

Wir wollen Schulen erhalten.

Wir wollen unterstützen, optimieren.

Wir wollen Wahlfreiheit stärken.

Wir wollen Angebote machen.

Wir werden den Anstieg der Personalausgaben begrenzen.

Wir wollen die demokratische Verfasstheit der Schule stärken.

Die Beamtengehälter steigen um 1% jährlich, ab dem 1.7.2016.

Ab 2017 steigen die Beamtengehälter jährlich um 0,1%.

Ab 2018 steigen die Beamtengehälter nicht mehr jährlich.

Ab wann sie zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung fallen, werden wir rechtzeitig mitteilen.

Das Land Hessen hat einen leistungsstarken Dienst.

Auf Leistungsstärke und Leistungsbereitschaft setzen wir auch zukünftig.

Wir werden gemeinsam NEUES auf den Weg bringen,

Bewährtes erhalten, Notwendiges verlässlich absichern.

Wir werden nichts von oben verordnen.

Wir wollen die demokratische Verfasstheit der Schule stärken.

Thomas Adamczak

**VERLÄSSLICH GESTALTEN –  
PERSPEKTIVEN ERÖFFNEN**  
HESSEN 2014 BIS 2019



KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN  
DER CDU HESSEN UND  
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN HESSEN  
FÜR DIE 19. WAHLPERIODE  
DES HESSISCHEN LANDTAGS  
2014 – 2019



## Betriebsratswahlen vom 1. März bis 31. Mai 2014

Für Betriebe mit in der Regel 5 bis 50 wahlberechtigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist das vereinfachte Wahlverfahren verbindlich. In Betrieben mit in der Regel 51 bis 100 wahlberechtigten Beschäftigten können der Wahlvorstand und der Arbeitgeber das vereinfachte Wahlverfahren vereinbaren.

Die Wahl des Betriebsrates erfolgt in einem zweistufigen Verfahren gemäß § 14a Betriebsverfassungsgesetz. Auf einer ersten Wahlversammlung wird der Wahlvorstand gewählt. Auf einer zweiten Wahlversammlung wird der Betriebsrat in geheimer und unmittelbarer Wahl gewählt. Diese zweite Wahlversammlung findet eine Woche nach der Wahlversammlung statt.

Die Wahl nach dem zweistufigen Verfahren erfordert eine gründliche Vorbereitung, da die Zeit zwischen erster und zweiter Wahlversammlung ziemlich knapp ist. Die Wahl des Wahlvorstandes auf einer Wahlversammlung ist jedoch nur für die Betriebe erforderlich, die noch keinen Betriebsrat haben und wo weder der Gesamtbetriebsrat noch der Konzernbetriebsrat einen Wahlvorstand bestellt hat.

Drei wahlberechtigte Arbeitnehmer oder eine im Betrieb vertretene Gewerkschaft können zur Wahl des Wahlvorstandes einladen. Der Wahlvorstand wird in der Wahlversammlung von der Mehrheit der anwesenden Beschäftigten gewählt. Sollte kein Arbeitnehmer der Einladung zur Wahlversammlung folgen oder wird kein Wahlvorstand gewählt, dann wird er auf Antrag von mindestens drei Wahlberechtigten oder einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft vom Arbeitsgericht bestellt. Der Wahlvorstand besteht aus drei Wahlberechtigten. Diese Anzahl kann nicht erhöht werden. Bis zum Ende der ersten Wahlversammlung können Wahlvorschläge gemacht werden. Wahlvorschläge, die nach Versammlungsende bekannt werden, können nicht berücksichtigt werden. Die Frage, wer für den

Betriebsrat kandidiert, muss zwingend auf der ersten Wahlversammlung beantwortet werden.

Ist der Wahlvorstand vom Betriebsrat, Gesamtbetriebsrat, Konzernbetriebsrat oder vom Arbeitsgericht bestellt worden, dann wird der Betriebsrat auf nur einer Wahlversammlung gewählt. Dieser Wahlmodus wird als einstufiges Verfahren bezeichnet. Wahlvorschläge können bis eine Woche vor der Wahlversammlung eingereicht werden. Der Wahlvorschlag mit den erforderlichen Stützunterschriften ist schriftlich zu fixieren.

Wahlberechtigten, die nicht an der Wahlversammlung zur Wahl des Betriebsrates teilnehmen können, ist grundsätzlich die Möglichkeit zur schriftlichen Stimmabgabe zu geben.

GEW-Mitglieder und interessierte Kolleginnen und Kollegen, in deren Betrieb zwischen dem 1.3. und 31.5. 2014 ein Betriebsrat erstmalig oder erneut gewählt wird, können Informationen zum Betriebsverfassungsgesetz und zu den Wahlen mit einer kurzen E-Mail anfordern:

- **Frankfurt und Südhessen:** [info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de), Tel. 069-9712930
- **Mittel- und Nordhessen:** [hans-georg.klindt@gew-nordhessen.de](mailto:hans-georg.klindt@gew-nordhessen.de), mobil: 0160-8939829



### Deutscher Personalräte-Preis

Bewerbungen um den Deutschen Personalräte-Preis 2014 können noch bis 31. Mai 2014 unter [www.dprp.de](http://www.dprp.de) eingereicht werden. Der Preis ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“. Der Deutsche Personalräte-Preis will die engagierte Arbeit von Personalräten öffentlich machen. Im Fokus stehen Wertschätzung und Anerkennung – auch der vielen „stillen“ Gremien, die sich klug und kreativ für die Beschäftigten stark machen.

Es können Projekte aus den Jahren 2012 bis 2014 eingereicht werden, von einzelnen Personalräten, kompletten Gremien und Personalräten, die dienststellenübergreifend zusammenarbeiten. Die Preise werden auf dem „Schöneberger Forum“ im Herbst 2014 in Berlin verliehen.

### Freihandelsabkommen: Lohn- und Sozialdumping

Die GEW ruft ihre Mitglieder auf, sich an Unterschriftensammlungen gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen den USA und der EU zu beteiligen. Anders als der Name suggeriere, gehe es nicht um die Abschaffung von Zöllen, die es zwischen Europa und den USA kaum noch gibt, sondern um Abbau von sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnissen. Dazu gehören Standards beim Verbraucherschutz, Tierschutz, Umweltschutz oder Datenschutz. Da Konzerne auch Arbeitnehmerrechte und Arbeitsschutzbestimmungen als Handelshemmnis definieren können, drohe auch bei nationalen Arbeits- und Sozialstandards „eine Abwärtsspirale und ein transatlantisches Lohn- und Sozi-

aldumping“. Die Privatisierung städtischer Einrichtungen und Betriebe würde erleichtert und Kommunen würde erschwert, öffentliche Dienstleistungen weiter in Eigenregie anzubieten.

Bedroht wäre auch der gesamte private Bildungsbereich. Frühere Auseinandersetzungen über GATS und die EU-Dienstleistungsrichtlinie haben gezeigt, wie schwierig eine klare Abgrenzung zwischen „öffentlich“ und „privat“ ist. Solange es in der EU keine gemeinsame und im Konsens mit der Zivilgesellschaft europaweit festgelegte Definition gibt, ist auch das öffentliche Bildungswesen nicht ausreichend geschützt.

- **Informationen und Aktionen:** [www.dgb.de](http://www.dgb.de) (suche: TTIP), [www.ttip-unfairhandelbar.de](http://www.ttip-unfairhandelbar.de), [www.campact.de/ttip/ap-pell/teilnehmen/](http://www.campact.de/ttip/ap-pell/teilnehmen/)

## G8/G9: Schlechter Start für „Schulfrieden“

Auf drei Dienstversammlungen informierte das Hessische Kultusministerium (HKM) im März die Schulleiterinnen und Schulleiter über die Modalitäten des Wechsels für die Rückkehr zu G9 auch in den bereits laufenden Jahrgängen 5, 6 und 7. CDU und GRÜNE brachten ein Gesetz zur Novellierung des Schulgesetzes in den Landtag ein, und Kultusminister *Alexander Lorz* (CDU) bezeichnete die erweiterte Wahlfreiheit als Beginn einer „neuen Kultur des Zuhörens und Verstehens“, die „dezentrale Entscheidungen“ in den Vordergrund stelle.

Das Entscheidungsverfahren für die bereits laufenden Jahrgänge ist im Wesentlichen das gleiche wie bei der grundsätzlichen Umstellung einer Schule zu G9: Beschluss der Gesamtkonferenz über ein erarbeitetes Konzept, Beschluss der Schulkonferenz mit Zweidrittelmehrheit, Einvernehmen mit dem Schulträger, Zustimmung von Schulelternbeirat und Schülervertretung. Neu hinzu kommt eine anonymisierte Befragung der Eltern der einzelnen Jahrgänge. Ein Wechsel zu G9 ist nur möglich, wenn alle (!) Eltern eines Jahrganges dem zustimmen. Ab einer Mindestzahl von 16 Schülern ist auch die Bildung einer einzelnen G8-Klasse bei grundsätzlicher Rückkehr des Jahrganges möglich, sofern die Konzeption der Gesamtkonferenz dies vorsieht.

Da eine Zustimmung von 100% wohl nur in seltenen Fällen erreicht wird, birgt diese Regelung erhebliches Konflikt- und Frustrationspotential bei Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften. Die Bildung einer einzelnen G8-Klasse ist mit großen schulorganisatorischen Schwierigkeiten verbunden, auf die die GEW schon seit der Einführung des Modellversuchs der Parallelführung von G8 und G9 wiederholt hingewiesen hat. Sie betreffen die zweite Fremdsprache, Religion und Ethik und insbesondere die Oberstufe, in der für eine einzelne Klasse keine Wahlmöglichkeiten für (Leistungs-) Kurse bereitgestellt werden können.

Doch selbst bei erfolgreicher Umstellung eines ganzen Jahrganges sind die Probleme erheblich, da keine zusätzliche Zuweisung gewährt werden soll. Die Zuweisungsdifferenz zwischen G8- und G9-Studenten beträgt in der Jahrgangsstufe 5 2,0, in der Jahrgangsstufe 6 2,7 und in der Jahrgangsstufe 7 1,7 Stunden. Schüler der Klasse 7 hätten bei einer Umstellung schon drei Fünftel von G8 mit der gegenüber G9 erhöhten Stundenzahl durchlaufen, in der gesamten Sekundarstufe I aber nur Anspruch auf die Stundenzahl der G9-Kontingenzstundentafel. Für sie ergäbe sich für die verbleibenden drei Jahre eine um 6,4 Stunden reduzierte Zuweisung. Bei der zweiten Fremdsprache, die bei



*Gewöhnungsbedürftig: In der Landespresskonferenz stellen Kultusminister Lorz (Foto: links) und die schulpolitischen Sprecher der Grünen Mathias Wagner (Mitte) und der CDU Hans-Jürgen Irmer gemeinsam den Entwurf zur Novellierung des Schulgesetzes vor. (Foto: Bündnis 90/Die Grünen)*

G8 schon in Klasse 6 beginnt, würden nur noch 6 Stunden für die verbleibenden Jahrgangsstufen 8, 9 und 10 nach einer Umstellung zur Verfügung stehen.

Hier ist das HKM aufgefordert, dringend nachzubessern. Ein erster Schritt könnte die Umwidmung der zusätzlichen Zuweisung für die verbliebenen G8-Schulen sein, die im kommenden Schuljahr mit 28 Stellen subventioniert werden sollen, ohne dass dies nachvollziehbar begründet wäre. Die Diskussionen und Entscheidungen fallen zudem mitten in die arbeitsintensive Phase des Abiturs. Die vom HKM gesetzten Bedingungen sind auf jeden Fall keine gute Grundlage für den von Schwarz-Grün proklamierten „Schulfrieden“.

**Stefan Edelmann**

Landesfachgruppe Gymnasien der GEW

## Inklusion: Forderungen an die Landesregierung

Kurz vor Redaktionsschluss gab es alarmierende Meldungen über massive Kürzungen bei der Lehrerzuweisung für inklusive Maßnahmen an Frankfurter Schulen. An großen Grund- und Gesamtschulen steht danach im nächsten Schuljahr für jedes Kind mit Förderbedarf gerade eine einzige Lehrerstunde (!) zur Verfügung. Eltern, Schulleitungen und Kollegien kündigten massive Proteste an. Die GEW sagte ihre Unterstützung zu und erneuerte ihre Forderung, dass die gültige Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung (VOSB) jetzt umgehend verändert werden muss.

Inbesondere müsse die Zusage in der Koalitionsvereinbarung von CDU und Grünen umgehend umgesetzt werden, dass „Förderschullehrer bei inklusiver Beschulung wieder fest dem Kollegium der allgemeinen Schulen zugeordnet werden.“ Wie berichtet hatte Kultusministerin *Nicola Beer* (FDP) noch wenige Tage vor dem Ausscheiden aus dem Amt den Beschluss der Einigungsstelle gegen mehr als 20 Zwangsversetzungen von Förderschullehrkräften von Grund- und Gesamtschulen im Bereich des Staatlichen Schulamts Marburg an benachbarte Beratungs- und

Förderzentren (BFZ) aufgehoben. Die Versetzungen waren zuvor bereits vom Gesamtpersonalrat Marburg und vom Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer abgelehnt worden. Inzwischen wies Kultusminister *Lorz* das Staatliche Schulamt Marburg an, die Zwangsversetzungen nicht zu vollziehen. *Hartmut Möller* vom Gesamtpersonalrat Marburg forderte, dass diese Entscheidung für alle gegen ihren Willen versetzten Kolleginnen und Kollegen gelten muss und nicht nur für diejenigen, die gegen ihre Versetzungsverfügung erneut Widerspruch eingelegt hatten.

# GHRF-Studienseminare ohne Leitung

Gleich in vier Studienseminaren für das Lehramt an Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen (GHRF) in Gießen, Wetzlar, Friedberg und Rüsselsheim sind die Leiterstellen gegenwärtig nicht besetzt. In Gießen dauert die Vakanz bereits seit dem 1.8. 2013. Das Stellenprofil der Leitungsstelle des Studienseminars Gießen ging bereits im Februar 2013 an Landesschulamt und Hessisches Kultusministerium (HKM). Der Gießener Personalrat wandte sich bereits im Juni 2013 an das HKM und äußerte den Wunsch nach zügiger Besetzung der Leitungsstelle. Dort äußerte man zwar Verständnis, es geschah jedoch nichts. Die Studienseminare in Gießen und Wetzlar werden von den Leitungen in Kassel beziehungsweise Marburg „mitverwaltet“. Die Leiterin des Studienseminars in Hanau ist formal noch im Amt, aber mit hoher Stundenzahl an die Staatskanzlei abgeordnet.

Die „mitverwaltenden“ Leiterinnen und Leiter tragen für zwei Studienseminare Verantwortung, eine Überforderung, der sie bei bestem Willen kaum gerecht werden können. Betroffen sind auch ihre Leitungsteams an beiden Standorten, gerade in den arbeitsreichsten Zeiten von April bis Juni und Oktober bis Dezember mit den Einstellungen und Zweiten Staatsprüfungen. Die Ressourcen, die die Leitungsteams zu Recht bekommen, gehen den auszubildenden Kolleginnen und Kollegen und der Ausbildung verloren. Dies erhöht Stress und Belastung der Ausbil-

denden und wirkt sich negativ auf die Qualität der Ausbildung aus. Für die inhaltliche Weiterentwicklung der Studienseminare bleibt keine Zeit mehr – in einer Zeit, in der gerade die GHRF-Studienseminare die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) verstärkt auf den inklusiven Unterricht und die Arbeit in Ganztagschulen vorbereiten sollen.

Warum werden die Leitungsstellen nicht besetzt? Dafür gibt es in jedem Einzelfall besondere Gründe: Man glaubt keine geeigneten Bewerberinnen und Bewerber zu haben oder man will bestimmte Bewerberinnen und Bewerber – oder nicht. Dahinter steckt aber auch ein grundsätzliches Problem: Trotz des umfangreichen Programms der Führungsakademie gibt es keine weitsichtige Personalentwicklung im Sinne guter Lehrerbildung, gelingt es nicht, engagierte Kolleginnen und Kollegen frühzeitig zu motivieren, die herausfordernde Aufgabe der Seminarleitung zu übernehmen. Die Pensionierung von Seminarleitungen ist kein Datum, das im Dunkeln liegt. Wenn es dem HKM und dem Landesschulamt ernst ist mit der Fürsorge für die Kolleginnen und Kollegen und wenn die Lehrerbildung nicht an Qualität verlieren soll, dann muss eine langfristige Personalentwicklung betrieben werden. Dem läuft zuwider, dass kaum Stellen an Studienseminaren ausgeschrieben werden und Ausbildungsbeauftragte keine Chance haben, sich auf eine Ausbilderstelle und eine Leitungsstel-

le an Studienseminaren zu bewerben. Wenn aber die Personalentwicklung an Studienseminaren durch die Sparpolitik der Regierung kaum möglich ist, wo sollen da die qualifizierten Leiterinnen und Leiter der Studienseminare herkommen?

Nur mit dickleibigen Programmangeboten der Führungsakademie ist es nicht getan. Und auch nicht mit der richtigen Einsicht, dass gute Lehrkräfte wichtig sind für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler. Es gehört auch kluge Personalentwicklung dazu, wenn man gute Schule haben will. Wenn Kultusminister *Lorz* eine „Lehrerbildung aus einem Guss“ schaffen will, „von der Auswahl geeigneter Studenten über Studium und Referendariat bis hin zu einer Feedback- und Fortbildungs-Kultur im Berufsleben“ (FAZ vom 15.1.2014), braucht er funktionsfähige Studienseminare und Seminarleitungen, die sich mit Kraft und Begeisterung einer guten Lehrerbildung verschreiben und nicht vor Erschöpfung gerade mal die Verwaltung und „Mitverwaltung“ ihrer Studienseminare einigermaßen managen. Und es braucht Kolleginnen und Kollegen, die sich für die inhaltliche Weiterentwicklung des Studienseminars engagieren können, weil eine funktionierende Seminarleitung ihnen dafür Impulse, Zeit und Raum gibt.

Franziska Conrad, Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand

## Inklusion und Lehrerbildung

**Fachtagung des Referats  
Aus- und Fortbildung der GEW  
Montag, 30. Juni, 14 bis 17.30 Uhr  
DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner Str. 69-77**

14.00 Uhr: Begrüßung und Einführung  
14.15 Uhr: Wie sollte gute Lehrerbildung für die inklusive Schule aussehen? (Dr. Ilka Hoffmann, Leiterin des Bereichs Schule im GEW-Hauptvorstand)  
15.30 Uhr: Inklusion in der Lehrerbildung in Hessen (Rosemarie Heuß-

ner-Kahnt, Studienseminar GHRF, Hepenheim)

16.30 Uhr: Beispiele guter Praxis und Desiderate (Kim Siekmann, Studienseminar GHRF, Marburg)

• **Anmeldungen:** GEW Hessen, Fax 069-971293-93, [info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de)

## Verträge mit Teach First Deutschland

Mitte März erhielten die Schulen den umstrittenen Erlass des Hessischen Kultusministeriums (HKM), der hessenweit den Einsatz von maximal zehn *Teach First Fellows* ermöglichen soll (HLZ 1-2/2014). Der Erlass stellt klar, dass die Schulleitung vor Abschluss des „Fellowüberlassungsvertrags“ die Zustimmung der Gesamtkonferenz einholen muss. Die Gelder müssen im Rahmen des Schulhaushalts von der Schulkonferenz bereit gestellt werden. Die GEW empfiehlt, sich die finanziellen Verpflichtungen der Schule für die Laufzeit von zwei Jahren zu Lasten der Lehrerversorgung sehr genau anzusehen.

# Proteste gegen Aufsichtsverordnung

Die neue Aufsichtsverordnung (Amtsblatt 1/2014) schlägt hohe Wellen. Lehrer und Schüler protestierten, auch *Lenart* aus der Klasse 3b der Grundschule Bad Sooden-Allendorf. Er und seine Mitschülerinnen und Mitschüler schrieben Briefe an den Kultusminister:

*„Ich habe mit meiner Klasse tolle Sachen gemacht, zum Beispiel Schlitten fahren. Ich kann ja verstehen, dass Sie denken, dass es gefährlich ist, aber wir haben genügend Aufpasser, damit uns nichts passiert.“ (Hessisch-Niedersächsische Allgemeine vom 3.3.2014)*

*Christian Henkes*, Pressesprecher des Hessischen Kultusministeriums (HKM), versuchte zu beschwichtigen und erklärte der Zeitung auf Nachfrage, dass „beim Benutzungsverbot eines Rodels nicht der landläufige Schlitten, sondern Sportschlitten des Wettkampftyps gemeint seien“. Er kennt offenbar die eigene Verordnung nicht: „Sportschlitten des Wettkampftyps“ kommen in der Verordnung an keiner Stelle vor. Die „Benutzung von Ski, Snowboard oder Rodel“ gehört ausdrücklich zu den Veranstaltungen, die nach § 25 Abs. 1 und 2 „grundsätzlich frühestens ab der Jahrgangsstufe 5 durchgeführt werden“ dürfen. Unter dieses Verbot für die Grundschulen fallen auch Radwanderungen, Baden, Wassersport, Eissport, Wanderungen im Hochgebirge oder im Winter, Klettern, der Besuch von Seilgärten und Reiten.

Bereits in der HLZ 1-2 2014 hatten wir auf weitere Knackpunkte der Verordnung hingewiesen:

- Die Verpflichtung zur Aufsichtsführung an allen Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs, „die der Schülerbeförderung dienen“, bedeutet eine erhebliche Ausweitung der Aufsichtspflicht, weil an mehreren von Schülern genutzten Haltestellen, gleichzeitig Aufsichten notwendig sind, bei Schulen mit Ganztagsbetrieb auch mehrfach am Tag. Zusätzlich wird die Verantwortung auch auf fremde Schülerinnen und Schüler ausgeweitet, da sich die Aufsicht „auf die gesamte Einrichtung und auf alle Schülerinnen und Schüler ungeachtet der Schulzugehörigkeit der Aufsichtspersonen“ erstreckt (§ 3). Den Schülerinnen und Schülern soll deshalb „in geeigneter Form mitgeteilt werden, dass sie in der gemeinsamen Einrichtung

auch der Aufsicht von Lehrkräften einer anderen Schule unterliegen können.“ Ein unmögliches Unterfangen, nicht nur an stark frequentierten Haltestellen in den Städten.

- Ähnliches gilt für die Regelung in § 8 Abs. 2, nach der die Aufsicht auf dem Pausenhof „erst beendet werden (soll), wenn alle Schülerinnen und Schüler den Pausenhof verlassen haben.“ Auch diese Regelung entstand in deutlicher Unkenntnis des Schulalltags. Sie ist gerade an Schulen der Sekundarstufe 1 und an ganztägig arbeitenden Schulen aufgrund des Wechsels von Unterricht, Wahl- und Betreuungsangeboten, die auch auf dem Hof stattfinden können, nicht umsetzbar. An ganztägig arbeitenden Schulen ist es Schülerinnen und Schülern spätestens ab der Mittagspause durchaus erlaubt, sich in Freistunden oder nach Unterrichtschluss auf dem Schulhof aufzuhalten. Wie soll die aufsichtführende Lehrkraft den aktuellen Status jedes Schülers überprüfen? Etwas mehr Vertrauen in die Kompetenz von Schulleitungen und Lehrkräften, Aufsichtspflichten sinnvoll zu handhaben, sollte der Dienstherr schon an den Tag legen!

- Sportlehrerinnen und Sportlehrer sind jetzt auch dienstrechtlich verpflichtet, die von Schülerinnen und Schülern vor dem Sportunterricht „abgelegten Gegenstände“ wie Uhren und Schmuck „sicher zu verwahren“ (§ 18 Abs. 2). Gibt es künftig kleine Safes in den Umkleieräumen für Lehrkräfte? Will man hier die Regresspflicht wieder einmal auf die Lehrkräfte abwälzen?

Das HKM begründet die neuen Regelungen mit „erhöhten Gesundheitsgefahren“ und versicherungsrechtlichen Erfordernissen. Ziel der Juristen war eine „gerichts feste“ Verordnung. Dass rechtliche Erwägungen bewusst vor pädagogische Argumente gestellt werden, lässt nichts Gutes für die nächsten Jahre erwarten: Der Staatssekretär *Professor Alexander Lorz*, der diese Verordnung zu verantworten hatte, ist jetzt Kultusminister – und Jurist. Fernab



von Schulalltag und von Pädagogik ließ er diese Verordnung erstellen. Deshalb meine Forderung: Ein Schulpraktikum für die für diese Verordnung Verantwortlichen!

Nicht nur aus den Schulen, auch aus den Staatlichen Schulämtern hört man kritische Worte zur Praxisferne der Verordnung. Offensichtlich ist man dort näher am Geschehen als im HKM. Aufgrund der zahlreichen Einwände und Proteste hat das Ministerium eine Überarbeitung angekündigt. Ein erster Erlass zur „Umsetzung der Verordnung“ vom 7.3.2014 zeigt allerdings noch keine Einsicht, sondern soll die Öffentlichkeit beruhigen: Keinesfalls sei die Verordnung „ohne den Sachverstand aus den Schulen“ entstanden. Vielmehr seien unter anderem der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL), der Landeselternbeirat und die Schulleiterverbände „umfassend“ beteiligt worden.

Deshalb ist an dieser Stelle ausdrücklich festzustellen, dass mindestens HPRL und GEW die Mängel im Beteiligungsverfahren benannt und die kritischen Punkte der Verordnung abgelehnt haben. Damit es zeitnah zu einer vernünftigen Überarbeitung kommt, sind die Kollegien, Personalräte, Schülervertretungen und Schulleitungen aufgefordert, ihre Proteste auch weiterhin in die Öffentlichkeit und das HKM zu tragen.

**Christoph Baumann**  
Mitglied des HPRL

Foto:  
Grundschule  
Bad Sooden-  
Allendorf



# Streikverbot mit Verfallsdatum

## Dürfen verbeamtete Lehrkräfte streiken?

Am 27.2. 2014 entschied das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) über die Revision gegen ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster (OVG). Eine schriftliche Begründung des Urteils (Az. 2C 1.13) lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Zitate im folgenden Text beziehen sich auf die ausführliche Presseerklärung des Gerichts.

### BVerwG setzt neue Akzente

Die Revision richtete sich gegen ein Urteil des OVG, das die Geldbuße von 1.500 € für eine streikende Lehrerin aus Nordrhein-Westfalen bestätigt hatte. Das BVerwG hat die Sanktion dem Grunde nach aufrecht erhalten, die Höhe der Geldbuße aber auf ein Fünftel des ursprünglichen Betrages reduziert. Bedeutsamer ist jedoch, dass das BVerwG die Auffassung vertritt, ein allgemeines, nur auf den Beamtenstatus bezogenes Streikverbot sei auf Dauer nicht mehr haltbar. Das Streikrecht sei als allgemeines Menschenrecht völkerrechtlich garantiert. Aufgrund von Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) stehe der Mehrheit der Beamten, die nicht hoheitlich tätig seien, also auch den Lehrkräften, das Recht auf Kollektivverhandlungen und damit auch das Streikrecht zu. Die Bundesrepublik Deutschland sei „völkervertrags- und verfassungsrechtlich (!) verpflichtet“, dies durch den Gesetzgeber umzusetzen. Nur noch für eine Übergangszeit bis zu einer entsprechenden bundesgesetzlichen Regelung könne das bisherige, unmittelbar aus der Verfassung abgeleitete allgemeine Streikverbot gelten.

Unter Berufung auf die neuere Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) hatten auch schon andere Verwaltungsgerichte, darunter das Verwaltungsgericht Kassel, Kritik an der bislang herrschenden Meinung zum Streikverbot im Beamtenbereich formuliert, ebenso eine wachsende Zahl von Stimmen in der juristischen Literatur. Dass auch das oberste deutsche Verwaltungsgericht in deutlicher Abkehr von den Ausführungen der Vorinstanz, des OVG Münster, diese Kritik weiterführen würde, konn-

te man nicht unbedingt erwarten. Ob die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen deutscher Beamter (auch) durch Kollektivverträge geregelt werden können und die Gewerkschaften auch ihre beamteten Mitglieder zur Durchsetzung ihrer Forderungen gegebenenfalls zu Streiks aufrufen dürfen, ist eine Frage von Inhalt und Reichweite des Grundrechts der Koalitionsfreiheit, also des Verfassungsrechts. Soweit bzw. solange der Gesetzgeber hierzu keine eindeutigen Regelungen trifft, ist es Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), hierüber im Wege der Verfassungsauslegung zu entscheiden. Dabei hat das BVerfG vorgreifliches Völkerrecht zu beachten. Das Bundesverwaltungsgericht hat bei der Auslegung der Verfassung nicht das letzte Wort. In Fragen des öffentlichen Rechts hat seine Stimme jedoch Autorität und Gewicht. Hieran dürfte auch das BVerfG nicht ohne weiteres vorbeigehen.

Nach dem Verlauf der mündlichen Verhandlung und der Presseerklärung des Gerichts ist zunächst nur eine vorläufige Einschätzung des Urteils möglich. Für eine abschließende Beurteilung bleibt die schriftliche Urteilsbegründung abzuwarten. Bereits jetzt lässt sich allerdings sagen, dass das BVerwG, das bislang entschieden für ein allgemeines Beamtenstreikverbot eingetreten ist, bemerkenswerte neue Akzente setzt. In der aktuellen Beamtenstreikdebatte geht es vor allem um folgende Fragen:

- Ist ein Streikverbot für Beamte in Deutschland Teil des nationalen Verfassungsrechts?
- Wäre ein allgemeines Streikverbot für alle Beamten mit dem geltenden Völkerrecht vereinbar?
- Wenn insoweit ein Widerspruch besteht, wie ist er aufzulösen und durch wen?

Über die Frage, ob das Grundgesetz ein Streikverbot für Beamte enthält, wird in Deutschland seit Jahrzehnten gestritten. Im Ergebnis haben die Gerichte und die Mehrheit der juristischen Literatur dies in der Vergangenheit auch für beamtete Lehrkräfte bejaht. Völkerrechtlich gilt das Streikrecht als allgemeines Menschenrecht grundsätzlich auch für beamte-

te Angehörige des öffentlichen Dienstes. Der EGMR vertritt die Position, dass die EMRK als Norm des Völkerrechts Koalitionsfreiheit und Streikrecht auch für Beamte garantiert, dezidiert bereits in mehreren Urteilen seit den Jahren 2008 und 2009. Dabei zieht der EGMR auch Dokumente des Arbeitsvölkerrechts wie die Europäische Sozialcharta sowie die Abkommen und die Spruchpraxis der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) heran, die sämtlich ein Streikrecht insbesondere beamteter Lehrkräfte anerkennen. Somit existiert ein manifester Widerspruch zwischen der herrschenden Meinung in Deutschland und dem Völkerrecht.

### Vorrang für das Völkerrecht

In der entscheidenden Frage, ob bei diesen widersprechenden Positionen dem nationalen Recht oder dem Völkerrecht der Vorrang gebührt, hat sich das BVerwG jetzt überraschend eindeutig positioniert: Die Bundesrepublik sei „völkervertragsrechtlich und verfassungsrechtlich verpflichtet, Art. 11 EMRK in seiner Auslegung durch den EGMR in der deutschen Rechtsordnung Geltung zu verschaffen“. Der EGMR entnehme Artikel 11 Abs. 1 EMRK „ein Recht der Staatsbediensteten auf Tarifverhandlungen über die Arbeitsbedingungen und ein daran anknüpfendes Streikrecht“. Eine Einschränkung dieses Menschenrechts sei nach Art. 11 Abs. 2 EMRK nur für Personen möglich, die „an der Ausübung genuin hoheitlicher Befugnisse zumindest beteiligt sind“. Hierzu gehören die „je nach Bundesland teils beamteten, teils tarifbeschäftigten Lehrkräfte“ nach ständiger Rechtsprechung des BVerwG nicht. Sie sind damit nicht Angehörige des in Artikel 33 Abs. 4 GG und in Artikel 11 Abs. 2 EMRK genannten Personenkreises, für den nach völkerrechtlichen Maßstäben das Recht auf koalitionsgemäße Betätigung eingeschränkt werden kann.

Wenn es um die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht der Beschäftigten im öffentlichen Dienst geht, sind die Verpflichtungen, die Deutschland in völkerrechtlichen Verträgen und Ab-

kommen eingegangen ist, bindend. Im Zweifel geht das Völkerrecht vor. Soweit unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen können, was Inhalt und Tragweite der EMRK als eines völkerrechtlichen Vertrages sind, so liegt die Entscheidung über das „richtige“ Verständnis nicht in der Deutungshoheit des jeweiligen Vertragsstaates, sondern wird durch den EGMR als „authentischem Interpreten“ der EMRK entschieden, betont das BVerwG.

Zwischen der deutschen Rechtsordnung und der völkerrechtlichen Lage bestehe somit ein manifester Widerspruch, der im Sinne eines Streikrechts auch für die Mehrheit der deutschen Beamten, die nicht hoheitlich tätig sind, aufzulösen sei. Der Bundesgesetzgeber habe nach Artikel 33 Abs. 5 GG „das Statusrecht der Beamten zu regeln und fortzuentwickeln“. Allerdings dürfte sich auch bereits das BVerfG für zuständig halten, „unter Aufgabe der bisherigen Rechtsprechung“ eine veränderte Position zum Beamtenstreikrecht zu formulieren, ohne dass insoweit auf den Gesetzgeber gewartet werden muss. Ob die Richter in Karlsruhe diesen Schritt gehen wollen, steht auf einem anderen Blatt. Gelegenheit dazu hat das Gericht, denn in Karlsruhe sind mehrere Verfassungsbeschwerden zum Beamtenstreikrecht anhängig.

In Konsequenz der Auffassung des BVerwG kann es in Zukunft anerkanntermaßen – abhängig von der jeweils wahrgenommenen Funktion in der öffentlichen Verwaltung – Beamte mit und ohne Streikrecht geben und damit der Widerspruch zwischen nationalem Recht und Völkerrecht aufgelöst werden.

Nach Auffassung des BVerwG würde die Zuerkennung eines Streikrechts für nicht hoheitlich tätige Beamte „einen Bedarf an Änderungen anderer, den Beamten günstiger Regelungen, etwa im Besoldungsrecht, nach sich ziehen“. Ob die Urteilsbegründung dazu nähere Ausführungen enthalten wird, muss man sehen. Einstellen muss man sich auf eine solche Debatte auf jeden Fall.

Einstellen muss man sich auch darauf, dass von Seiten der öffentlichen Arbeitgeber verstärkt argumentiert werden dürfte, dass man außerhalb des hoheitlichen Bereichs in Zukunft auch ganz auf Neueinstellungen im Beamtenverhältnis verzichten könne. Die Abkehr von Regeleinstellungen im Beamtenverhältnis gab und gibt es allerdings schon seit 25 Jahren in den



*Wegen des Besoldungsdiktats und der Abkoppelung von den Tarifabschlüssen durch die rot-grüne Landesregierung streikten am 4. März 2013 zahlreiche beamtete Lehrerinnen und Lehrer in Rheinland-Pfalz. Nach einem Gutachten des renommierten Verfassungsrechtlers Professor Ulrich Battis ist das rheinland-pfälzische Landesbesoldungsgesetz nicht verfassungskonform. (Foto: GEW Rheinland-Pfalz)*

neuen Bundesländern und aus unterschiedlichen, vor allem wirtschaftlichen Gründen immer wieder auch schon im „Westen“. Mit der Frage des Streikrechts hatte dies jeweils nichts zu tun.

Mit dem Urteil des BVerwG ist ein funktionsbezogenes differenziertes Streikrecht für Beamte nicht durchgesetzt, sondern nur eine weitere Etappe der juristischen Klärung durchlaufen. Wo dieser Prozess letztlich enden wird, ist nach wie vor nicht entschieden. Der „ordentliche“ Rechtsweg ist abgeschlossen, Entscheidungen des BVerfG und gegebenenfalls des EGMR stehen aber noch aus. Der Gesetzgeber kann jederzeit tätig werden, und damit die politische Diskussion um die Frage eröffnen, wie man die Gestaltung von Arbeitsbedingungen durch gesetzliche Regelungen nach Maßgabe des Alimentationsprinzips und Verhandlungs- und Gestaltungsrechte der Beschäftigten bzw. ihrer Gewerkschaften unter einen Hut bringt. Mit den Hinweisen des BVerwG liegt die Frage jetzt auf dem Tisch.

„Beamte dürfen von der Tarifentwicklung im ÖD nicht abgekoppelt werden“, schreibt das BVerwG am Schluss seiner Presseerklärung. Wegen des Alimentationsprinzips komme den Tarifabschlüssen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes eine „maßgebende Bedeutung für die Beamtenbesoldung zu“:

*„Die Besoldungsgesetzgeber im Bund und in den Ländern sind verfassungsrechtlich*

*gehindert, die Beamtenbesoldung von der Einkommensentwicklung, die in den Tarifabschlüssen zum Ausdruck kommt, abzukoppeln“.*

In der Möglichkeit, die Erhöhung von Bezügen auf dem Rechtsweg einzufordern, wenn sie unterhalb des „alimentativen Mindestniveaus“ bleiben – so das BVerfG in seinem Urteil zur W-Besoldung –, sieht das Gericht offensichtlich eine vorübergehend noch ausreichende Kompensation für fehlende Verhandlungsrechte und das „für die Übergangszeit“ fortbestehende Streikverbot.

### Keine Abkoppelung der Beamten

Dass den Tarifabschlüssen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes eine „maßgebende Bedeutung“ auch für die Beamtenbesoldung zukommt, ist bislang selten so dezidiert formuliert worden. Die GEW wird die öffentlichen Arbeitgeber daran erinnern, wenn es in den kommenden Besoldungsrunden um den Gleichklang von Tarif- und Besoldungsentwicklung gehen wird – auch in den anstehenden Auseinandersetzungen um die Pläne der schwarz-grünen Koalition in Hessen, die Beamtenbesoldung von den Tarifverhandlungen abzukoppeln, für 2015 eine Nullrunde zu verordnen und die Gehaltserhöhungen für 2016 und 2017 auf ein Prozent zu deckeln (HLZ 3/2014).

**Hartwig Schröder**  
Bundesrechtsstelle der GEW

# „Den Ideen müssen Taten folgen.“

## Kollege Enis Gülegen ist neuer Vorsitzender der AGAH

Enis Gülegen, Lehrer an der Sophienschule in Frankfurt und GEW-Mitglied seit 2008, ist seit November 2013 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (agah). Enis Gülegen (54) verfügt über eine „doppelte Migrationserfahrung“: Zuerst kam er im Alter von zwei Jahren mit seinen Eltern nach Frankfurt, sein Vater studierte in Darmstadt, seine Mutter arbeitete als Fremdsprachensekretärin. Noch vor der Einschulung ging er zurück in die Türkei, um dann als 18-Jähriger nach Frankfurt zurückzukehren, zuerst zum Studium eher „exotischer Fächer“ wie Turkologie, Soziologie und Kulturanthropologie, um dann auf Pädagogik umzusatteln. Er arbeitete in der Erwachsenenbildung, in Alphabetisierungskursen, in interreligiösen und interkulturellen Projekten. Über ein Projekt zur Förderung der Sprachbewusstheit durch einen sprachkontrastiven

Unterricht landete er „als Brückenbauer zwischen den Sprachen“ in der Sophienschule, wo er heute als Klassenlehrer einer Intensivklasse arbeitet. „Unterbrochene und gestörte Schulbiografien und die Defizite in der Sprachentwicklung sowohl in der Familiensprache als auch in der deutschen Sprache“ sind für Enis Gülegen die Hauptprobleme. Seit 1990 ist Enis Gülegen Mitglied der Kommunalen Ausländervertretung (KAV) in Frankfurt und seit 2005 ihr Vorsitzender. Er ist Gewerkschaftsbeauftragter und in Kürze auch reguläres Mitglied im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt Frankfurt. Im November 2013 wurde er zum Nachfolger von Corrado di Benedetto als agah-Vorsitzender gewählt. HLZ-Redakteur Harald Freiling überbrachte die Glückwünsche der GEW Hessen und führte mit ihm das aktuelle HLZ-Gespräch.

HLZ: Du hast bei der jüngsten Plenartagung der agah davon gesprochen, dass die integrationspolitischen Aussagen der schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung „die Handschrift der Migrant\*innenorganisationen“ tragen, dass deren Forderungen „endlich in der Landespolitik angekommen sind“.

**Enis Gülegen:** In der gesamten Integrationsdebatte hinkt die Politik immer hinterher. Wie lange hat es gedauert, bis die Politik in Deutschland endlich anerkannt hat, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist! Aber es ist gut, dass sich die Landesregierung die Arbeit gegen Diskriminierung auf ihre Fahnen geschrieben hat, dass es einen Staatssekretär und Bevollmächtigten „für Integration und Antidiskriminierung“ gibt. Über Rassismus wird bei uns immer nur gesprochen, wenn Menschen sterben, doch das Hauptübel ist der alltägliche Rassismus. Die Kausalität von mörderischem Rassismus und alltäglicher Diskriminierung wird leider oft



ignoriert. Antidiskriminierungsarbeit muss aber genau da ansetzen, diese Zusammenhänge aufdecken. Seit Jahrzehnten sagen wir, dass Migranten für schlechtere Wohnungen höhere Preise bezahlen. Jetzt steht genau das in einem Bericht des Magistrats der Stadt Frankfurt, nachdem man uns 30 Jahre lang gesagt hat, das sei „nur so ein Gefühl“. Aber wo bleiben die Taten?

HLZ: Hast du den Eindruck, dass die schwarz-grüne Koalition das Thema ernst nimmt?

**Enis Gülegen:** Ich hoffe es! Es ist gut, dass CDU und Grüne „Diskriminierung und Rassismus entschieden entgegentreten und die Anstrengungen der Landesregierung in einer Antidiskriminierungsstrategie bündeln“ wollen, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Ob den Absichtserklärungen auch Taten folgen, werden wir genau beobachten. Beschwerden stellen müssen niedrigschwellig und dezentral angeboten werden – und dazu muss man Geld in die Hand nehmen. Wer sich durch die Polizei, von Fahrscheinkontrollleuten oder durch ein Amt diskriminiert fühlt, geht zu einer Vertrauensperson und nicht zu einer Behörde! Wir haben mit dem Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen unter dem Dach der agah und in Kooperation mit über 80 Organisa-

### Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen

Im Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen sind über 80 hessische Organisationen zusammengeschlossen mit dem Ziel, gegen Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft, Religionszugehörigkeit, körperlicher Einschränkungen, Hautfarbe, Geschlecht, Alters oder sexueller Orientierung in Hessen vorzugehen. Das Netzwerk soll benachteiligende Strukturen kenntlich machen und Betroffenen Wege aufzeigen, sich gegen Ungleichbehandlung zur Wehr zu setzen.

Träger des hessischen Netzwerks ist die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah). Das Netzwerk ist Teil der „Offensive diskriminierungsfreie Gesellschaft“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Menschen, die Diskriminierung erfahren und ihren Fall melden möchten, die eine Anlaufstelle suchen, die ihnen hilft, sich dagegen zu wehren, oder die sich aktiv in die Antidiskriminierungsarbeit einbringen wollen, können sich an das Netzwerk wenden.

- **Beratungshotline:** Montag bis Donnerstag von 10.00 bis 15.00 Uhr, Tel. 0611-9899520, [www.netzwerk-gegen-diskriminierung-hessen.de](http://www.netzwerk-gegen-diskriminierung-hessen.de)





tionen den Grundstein für eine solche Strategie gelegt, die auch nach einem Jahr schon gut angenommen wird. Die Absicht, „Integrationsverträge zwischen dem Land und zivilgesellschaftlichen Gruppen“ zu schließen, „in denen sich beide Seiten über konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Integration verständigen“, wirft noch viele Fragen auf. Bisher wurden solche Verträge den muslimischen Gemeinden mit eher zweifelhaften Absichten angeboten. Enttäuscht sind wir davon, dass der Koalitionsvertrag keine Aussagen zum kommunalen Wahlrecht macht. Das war angesichts der Kräfteverhältnisse in der Koalition vielleicht auch nicht zu erwarten, aber was mich wirklich ärgert: Es steht kein einziges Wort zu einer verbesserten politischen Partizipation der Migrantinnen und Migranten im Vertrag, zur Arbeit der Ausländerbeiräte, die versuchen, den Migrantinnen und Migranten auf der kommunalen Ebene eine Stimme zu verleihen.

*HLZ: War denn die bisherige Konstruktion, das Thema Integration auf Landesebene in einem Ministerium für Justiz, Integration und Europa zu bündeln, besser?*



**Enis Gülegen:** Das weiß ich noch nicht. Aber die schwarz-grüne Landesregierung und Jo Dreiseitel als grüner Staatssekretär im Sozialministerium haben auf jeden Fall 100 Tage verdient, um sich zu orientieren und einzuarbeiten. Ideen sind da, aber sie sind noch nicht konkret.

*HLZ: Kommen wir mal zur Schule. In Frankfurt haben mehr als zwei Drittel der Kinder unter sechs Jahren einen Migrationshintergrund. Gibt es Diskriminierung auch in der Schule?*

**Enis Gülegen:** Ich unterstelle keinem Lehrer und keiner Lehrerin eine absichtliche Diskriminierung, aber in einer Gesellschaft, in der 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung ausländerfeindliche Ressentiments haben, kann die Schule kein diskriminierungsfreier Raum sein. Nachweisbar ist die strukturelle Benachteiligung der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Sie sind in den Förderschulen, in den Hauptschulen und in der Gruppe derer, die die Schule ohne Abschluss verlassen, besonders stark vertreten. Hier brauchen wir viel größere Anstrengungen, um Chancengleichheit herzustellen. Es macht mir große Sorgen, dass die Kinder, die in Deutschland geboren sind und hier die Kitas und die Grundschule besucht haben, größere Probleme haben als viele Seiteneinsteiger, die auf dem

Fundament ihrer Muttersprache schnell Deutsch lernen und Erfolg in der Schule haben. Inzwischen spricht man schon vom „bilingualen Analphabetismus“, wenn Kinder weder in der Familiensprache noch in der deutschen Sprache über die notwendigen Strukturen verfügen, um auch der Unterrichtssprache folgen.

*HLZ: Macht es dich dann nicht wütend, dass die neue Koalition „die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund“ als „Wert“ und „den Kompetenzerwerb in der Herkunftssprache“ als „wichtig“ bezeichnet, ohne ein Wort darüber zu verlieren, dass die CDU vom ersten Amtstag Roland Kochs an den herkunftssprachlichen Unterricht komplett heruntergewirtschaftet hat? Und jetzt soll es die „Anerkennung der Herkunftssprachen als zweite oder dritte Fremdsprache“ richten...*

**Enis Gülegen:** ... die erst ab Klasse 7 oder 9 greift und in der Regel nur im gymnasialen Bildungsgang angeboten wird. Wir müssen endlich lernen, die Kinder mit Migrationshintergrund ganzheitlich mit all ihren Erfahrungen, mit ihrer Geschichte und mit ihren Fähigkeiten anzunehmen.



Die Mehrsprachigkeit ist nur ein Aspekt: Die Kinder kommen zweisprachig in die Schule und werden ab diesem Zeitpunkt nur noch als einsprachige Wesen wahrgenommen. Wo bleiben ihre Geschichte, die Migrationserfahrung ihrer Eltern und ihre Suche nach Identität? Die findet man in keinem Geschichtsbuch. Ich will das am Beispiel einer eigenen Erfahrung bei der Einschulung meines Sohnes illustrieren. Nach dem Aufnahmegespräch und dem bestandenen Sprachtest fragte die Schulsekretärin: „Woher kommt das Kind?“ Meine Antwort „Aus Frankfurt“ fand sie nicht befriedigend, auch nicht meinen Hinweis auf unsere deutsche Staatsbürgerschaft. Erst als ich sie fragte, ob sie gern hören wolle, dass die Eltern irgendwann „aus der Türkei“ gekommen sind, schien sie zufrieden. Was ich sagen will: Die Schule macht die Kinder erst zu Fremden. Auch meine Kinder kamen erst in ihrer Schulzeit mit der Frage nach Hause, ob „wir eigentlich Türken sind“. Das ist einer Bildungseinrichtung nicht würdig. Wir brauchen deshalb eine Willkommenskultur auch in der Schule, keine Kultur der Unterscheidung und Segregation.

*HLZ: Ich wünsche dir Hartnäckigkeit und Erfolg für deine Arbeit und danke dir für das Gespräch.*

## Mit Lea in London

Die Herbstferien haben gerade begonnen, 15. Oktober, Flughafen Frankfurt: Mit British Airways 8733 soll's nach London gehen. Was macht das Wetter dort? Kein Regen? Schön, wenn das Klischee mal nix taugt. *We are really amused*. Nach 80 Minuten Flug folgt eine sanfte Landung auf dem City Airport bei den alten Docks. *Oystercards* für Bus und Tube besorgen und los, Richtung Westen.

Es folgt die „zweite Landung“, in unserer ganz persönlichen *tube station* für die nächsten Tage, *Earls Court*. Das Glasdach von 1900, der ganze Bahnhof oberirdisch, licht und altersschön. Von hier aus 300 Meter Kofferziehen, *not too bad*, bis zum Hotel. Eine halbe Stunde später sind alle bereit fürs erste Vortasten in die Metropole. Genauer gesagt, ins „versteckte London“, so steht's im Programm. Wohin soll's gehen? „Die Gassen von Belgravia“ sind angekündigt, das klingt ja schon fast nach Dorf. Und tatsächlich, ein paar Schritte hinter Hyde Park Corner und seiner Autohölle biegen wir ab in die Kinnerton Street. Nicht mehr als ein Sträßchen, eine Oase der Stille.

Ziel ist der *Nags Head Pub* vom alten *Kevin Moran*. Dieser Charakterkopf hat noch jeden vor die Tür gesetzt, der es gewagt hat, in seinem Allerheiligsten das *mobile* bimmeln zu lassen. Also fummeln 17 lea-Leute pflichtschuldigst an ihren Handys und drängen dann neugierig in ein echtes Pubfossil, das sich standhaft dem Anschluss an die großen Brauereiketten verweigert. Am frühen Nachmittag ist hier noch nicht viel los, für die Massen ist es sowieso



*off the beaten track*, und so sitzen alle zufrieden plaudernd mit einem *pint of real ale* um den offenen Kamin, in dem ein richtiges Feuerchen flackert.

Um die nächste Ecke findet sich der *Groom & Horse Pub*, in den 60er von den Beatles beehrt, hinter der übernächsten Ecke versteckt sich der *Grenadier*, im Besitz von *Gerald Grosvenor*, Duke of Westminster, dem mehr oder weniger das ganze Viertel gehört.

Der Rest des Tages beschert uns einen nostalgischen Bustrip in einem historischen *Routemaster* der Linie 9 (bisher nicht im Besitz von Gerald Grosvenor) und nach dem Abendessen einen Bummel durchs illuminierte Chinatown und das trubelige, winkelige Soho.

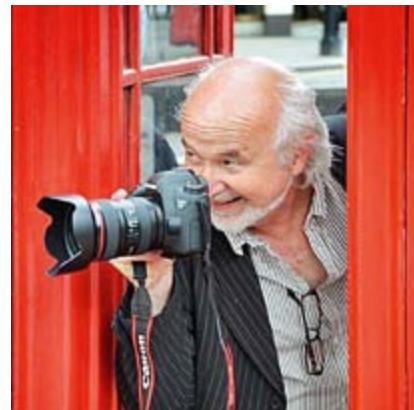
### Tag zwei: Kunst und Kommerz

Auf uns warten zwei der uralten Rechtsbezirke, *Lincolns Inn* und *Temple*. Insgesamt gibt's vier an der Zahl, sehr zentral gelegen und irgendwie verborgen. Man hat sich nie touristisch angebotert, wozu auch, aber auch nie abgeschottet. Wer will, darf ungehindert über die Schwelle treten, betritt eine jahrhundertealte Welt von Gässchen, Arkaden, Innenhöfen und Halls!

In der schönsten, der 450 Jahre alten *Middle Temple Hall* warten auf uns etliche kleine Entdeckungen, aber vor allem ein grandioses offenes Gebälk aus *hammerbeams*: allerhöchste Zimmermannskunst, erhalten geblieben trotz der Nazibomben, die *Middle Temple Hall* und seine Umgebung schwer beschädigten.

Ortswechsel. Mit einem der roten Busse geht's an den Rand des Regierungsviertels Whitehall. Mittendrin ein unscheinbares, vergittertes Sträßlein, *Downing Street*. Dahinter *Horseguard Parade* mit seinen Bilderbuch-Wachsoldaten, hoch zu Pferd und niedrig zu Fuß. Als nächstes der Gentlemen Stadtteil *St. James*, auf Schritt und Tritt skurril und exzentrisch.

Vor dem wohlverdienten Schlückchen Ale im entspannten *Red Lion Pub* (in der gleichnamigen Passage) werfen wir noch einen Blick in *Pickering Place*: vorne, mit *Berry Bros & Rudd*, der älteste Lieferant am Platz für rubinroten Wein, hinten im pittoresken Höf-



chen ein früherer blutiger Treffpunkt von Duellanten.

Gut gestärkt wechseln wir in eine ganz andere Welt – gleich um die Ecke findet sich *Christie's*, der „Dienstleister mit dem Hämmerchen“, für die Reichen und die wirklich Reichen. Interessant, was alles an den Wänden der Showrooms hängt (ja, ja, auch ein *Picasso*) und noch interessanter, wer alles an eben diesen Wänden dezent gelangweilt vorbeischlendert. Was will man auch für Papa vormerken lassen, wenn der schon alles hat? Um's kurz zu machen – wir haben diesmal nichts gekauft. Alles hat seine Zeit.

### Tag drei: Peace works

Zwischen unserem Startpunkt, der U-Bahnstation *Blackfriars*, hin zur Kathedrale *St. Pauls* verstecken sich eine Fülle von winkelligen Gässchen, Passagen und Innenhöfen. Als wir vor dem riesigen Gotteshaus stehen, strahlt eine milde Herbstsonne und über *Wren's* Kuppel wölbt sich ein blauer Himmel. In London. Ja, wirklich. Und dann wird auch all den lea-Reisegenossen, die nicht wirklich an Wunder glauben, doch eins spendiert. „*There is no queue at the box office!*“ Wo gibt's denn so was, menschenleer die Kasse? Also rein.

Der Blick im Innenraum, hoch oben vom Kuppelrund, tief runter in die Apsis ist schon mal das Eintrittsgeld wert. Wirklich belohnt werden aber die Unerschrockenen, die nicht ruhen, bis sie nach vielen Stufen hoch über allem in der „Laterne“ stehen. Genauer gesagt: Draußen um die Laterne herumgehen und auf die Stadt hinabstaunen.

Im Schatten des Besuchermagneten liegt völlig unbeachtet ein City-Kirchlein mit dem schönen Name *St. Vedast-alias-Foster*. Der Innenhof ist ein kleines Juwel, komplett mit römischem

Mosaik und babylonischem Ziegel. Dazu ganz viel Grün und ganz wenig Krach. Die City scheint weit weg.

Wir springen rüber ins *East End*, in den Stadtteil *Spitalfields*. Dort findet sich unweit der Markthalle *Raven Row*, ein Kunstzentrum der besonderen Art, verteilt über zwei wunderschöne Häuser aus dem 18. Jahrhundert, erbaut für hugenottische Seidenhändler. Ein stiller Ort, der sich keinem aufdrängt und an dem alle Welt tagein tagaus vorbeihastet. Wir von lea und eine Handvoll Kundiger erleben junge, zeitgenössische britische Kunst, die bei Christie's und seinen Kunden keine Beachtung findet. *We are amused*.

Gleich um die Ecke liegt die *Brick Lane*, jahrhundertalte Emigrantenheimat und legendäre Bühne der Londoner *Street Art Scene*. Im 17. Jahrhundert Rettung für die französischen Hugenotten, im 19. dann Zuflucht für die verfolgten osteuropäischen Juden und nach 1945 ein Hafen für Pakistanis und Bangladeshis, gespiegelt durch das zentrale Gotteshaus im Viertel, weitergereicht von einer Religion an die andere. *Yes, peace works*.

Die *Street Artists* haben ihre vermüllten Hinterhöfe (fürs Üben), eine Menge gut platzierter Wände (für die Talentierten) und hier und da einen Premiengiebel (für die Meister). Mit ein paar Klicks im Netz steht man vor Künstlern wie *Phlegm, Roa, Otto Schade* und natürlich... *Banksy*.

Mit einem weiteren Klick ist man auf der lea-Webseite, bucht die Londonreise 2014 und sieht alles mit eigenen Augen.

### Tag vier: Von der Schule ins Café

Heute gehen wir mal in die Schule. Und zwar ins *Monoux College* von *Walthamstow* im Londoner Nordosten, seit 1986 ein reines 6<sup>th</sup> form college für Sechzehn- bis Neunzehnjährige. Monoux ist seit Jahren bemerkenswert erfolgreich. Bei einer Ausgangssituation von mehr als 85% der Schüler mit Migrationshintergrund haben 2013 98% ihre *A-levels*, den höchsten Abschluss, geschafft. 98%! Bei einem Rundgang durch die Schule staunen wir über die Vielfalt der Angebote, die bemerkenswerte Ausstattung einzelner Fachbereiche und die Flexibilität in Bezug auf die Anforderungen an die Schule. „Well“, sagt *Michael Rennie*, der stellvertretende Schulleiter, „a good deal of our success depends on how dedicated we are in



our daily work.“ Wer Näheres erfahren will, findet im Netz eine professionelle Webseite ([www.george-monoux.ac.uk](http://www.george-monoux.ac.uk)).

Wir besteigen routiniert einen weiteren roten Doppeldecker, jetzt zum Angel, einem Bezirk im Stadtteil *Islington*. Versteckt liegt dort hinter der U-Bahnstation ein „heimliches“ Café, das sich konsequenterweise *candid café* nennt. Hinter der Toreinfahrt einer ehemaligen Metallfabrik findet sich ein begrünter Innenhof, sehr zu empfehlen im Sommer, daneben zwei Etagen mit verschiedenen Künstlerateliers und darüber ein einziger, einzigartiger Raum – das eigentliche Café. Zuhause in Deutschland wurde so etwas in den 70ern und 80ern als „alternativ“ etikettiert. Und hier? Nun, hübsch kunterbunt geht's zu, nichts passt zu nichts, alles zu allem, aber Essen und Trinken sind richtig gut, das Preisniveau für Londoner Verhältnisse fair und der Service freundlich. Also doch alternativ... Ein wirklicher Geheimtip. Darum – auf keinen Fall weiter erzählen!

Gleich um die Ecke liegt der *Regent's Canal*: von Hand gebuddelt und ausgemauert im 19. Jahrhundert zur Versorgung der Metropole mit *brown coal* aus den Midlands (übrigens die Quelle des legendären Londoner Smogs – bis 1952), heute eine Oase zum Bummeln, Radfahren, Schauen, Entdecken. Vor unserer Nase liegen die alten *narrow (coal) boats*, fest vertäut und umgebaut zu pfiffigen Behausungen.

Ab und zu findet sich Gelegenheit zu einem Schwätzchen mit den ent-

spannten Besitzern, große Individualisten allesamt, die gerne erzählen, wie es sich denn so lebt auf dem Wasser mitten in London. Verkauften? Wieder aufs Trockene ziehen? *No way, mate, no way!*

### Tag fünf: Marktleckereien

Unser Ziel ist der *Borough Market*, Londons bester Lebensmittelmarkt, auf dem sich Samstag für Samstag viele Einheimische und Besucher ein erwartungsfrohes Stelldichein geben. Unter den alten Bögen der *London Bridge Railway* reiht sich Stand an Stand, über den Köpfen rumpeln die Waggons in den Bahnhof. *Borough Market* bietet an jedem Stand Leckereien (auch zum Kosten) und es muss erst noch ein Besucher gefunden werden, der hier nicht in Versuchung geführt wird.

Mit dieser kulinarischen Herausforderung geht unsere lea-Entdeckungsfahrt auch schon auf ihre letzten Meter. Für den Nachmittag verkündet das Programm nämlich „Zeit zur freien Verfügung“ – bis zum gemeinsamen Abschiedessen.

Dieter Wagner

Die nächste lea-Reise nach London findet in den hessischen Herbstferien vom 21. bis 26. Oktober 2014 statt. Unterkunft ist ein tadelloses, zentral gelegenes Mittelklassehotel. Der Reiseleiter Dieter Wagner, Fotograf und ehemaliger Lehrer und Fortbildner, geht seit mehr als 40 Jahren in seiner Lieblingsstadt auf Entdeckungsreisen ([www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de) > Studienreisen > W6057)

## Wir gratulieren im April ...

### ... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Hiltrud Balsler, Friedberg  
 Norbert Bauer, Bensheim  
 Maria Beier, Melsungen  
 Iris Bergmiller Fellmeth, Frankfurt  
 Günther Diehl, Worms  
 Brigitte Elend, Nentershausen  
 Marita Gabrian, Marburg  
 Hans-Joachim Götz, Karlstein  
 Edgar Ingrisch, Sontra  
 Barbara Johannsen, Gießen  
 Marianne Karges, Marburg  
 Gudrun Keßler, Braunfels  
 Manfred Klein, Dietzenbach  
 Christel Lichtenfels, Homberg  
 Barbara Lometsch, Gelnhausen  
 Robert Metz, Hessisch Lichtenau  
 Rosemarie Naumann-Henns,  
 Steinbach  
 Reinhold Neef, Frankfurt  
 Dr. Gerhard Oberlies, Willingshausen  
 Irene Peter, Kassel  
 Klaus Potthoff, Idstein  
 Gertrud Pranz, Alsfeld-Altenburg  
 Karl-Heinz Pschera,  
 Burgwald-Bottendorf  
 Barbara Reiser, Kassel  
 Klaus Richters, Vellmar  
 Renata Schirmer, Flieden  
 Birgit Seidl, Mücke  
 Christa Semmler, Lampertheim  
 Gerhard Sonntag, Vellmar  
 Wolfgang Straub, Schöneck  
 Ingrid Voebel, Eschborn  
 Inge Weick, Seeheim-Jugenheim  
 Gerhard Wirth, Baunatal  
 Christa Zayer, Schwalbach

### ... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Ottfried Hahne, Nidenstein  
 Dieter Jäntsch, Lorsch  
 Jörg Kiefer, Alsfeld  
 Franz Mann, Langen  
 Antje Melchior, Frankfurt  
 Kurt Simon, Kassel

### ... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Helmut Lerch, Petersberg  
 Horst Papp, Frankfurt  
 Adolf Schneider, Korbach

### ... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Adolf Frohwein,  
 Butzbach-Hoch-Weisel  
 Günter Mayer, Darmstadt  
 Richard Michler, Braunfels  
 Gerhard Wicht, Büttelborn

### ... zum 75. Geburtstag:

Liesel Dries, Dieburg  
 Lissy Ermert, Ludwigsau  
 Ursula GanBauge, Darmstadt  
 Siegfried Grenz, Bad Salzschlirf  
 Klaus Landwehr, Hohenstein  
 Walter Löber, Grünberg  
 Wolfram Lotzkat,  
 Oberursel-Oberstedten  
 Friedlinde Mann, Potsdam  
 Heribert Pauly, Seeheim-Jugenheim  
 Bernhard Schmidt, Fernwald  
 Georg Schneider, Wiesbaden  
 Gisela Schnellbacher, Darmstadt  
 Dietrich Sommer, Offenbach  
 Peter Tillmanns, Marburg  
 Eckhard Trautmann, Buseck

### ... zum 80. Geburtstag:

Charlotte Demschik, Wiesbaden  
 Erika Fellner, Bad Vilbel  
 Helmut Habicht, Ulrichstein

### ... zum 85. Geburtstag:

Hans Bauer, Kassel  
 Karl-Heinz Becker, Schöffengrund  
 Willy Schwerdt, Bensheim

### ... zum 90. Geburtstag:

Ursula Richter, Fritzlar

### ... zum 99. Geburtstag:

Kurt Finke, Korbach

## Palästina – Israel

Reise vom 20.10. bis 2.11.2014

Die vierzehntägige Reise in den hessischen Herbstferien wendet sich vor allem an Kolleginnen und Kollegen der GEW, die Interesse haben, mehr über die Hintergründe des Israel-Palästina-Konflikts zu erfahren, die wissen möchten, wie sich die israelische Besatzung auf die soziale Lage der palästinensischen Bevölkerung auswirkt und welche Friedensperspektiven sich die Menschen vor Ort vorstellen können. Dabei werden wir mit Menschen jüdischer und palästinensischer Herkunft sprechen, die durch ziviles Engagement „Brücken von unten bauen“ wollen. Dabei werden wir Geschichte, Kultur und Lebensrealität der Palästinenser, die Flüchtlingslager, Check-Points und israelischen Siedlungen nicht ausklammern.

Nach dem Flug nach Tel Aviv werden wir bis auf eine Nacht im *City Inn Palace Hotel* in Ramallah wohnen. Auf dem Programm stehen Besichtigungen in Ramallah, Hebron, Nablus, Jericho, Bethlehem, Jerusalem und Haifa, ein Besuch und Gespräche mit Bewohnern des Flüchtlingslagers Kalandia, mit Gewerkschaftern im Zentrum für Demokratie und Arbeiterrechte in Ramallah und in der Bir Zeit Universität, der Besuch einer Schule und des Forschungszentrums Arij bei Bethlehem, das sich mit Problemen der Wasserversorgung und der wirtschaftlichen Entwicklung befasst.

Wir wandern durch den Wadi Quilt und besuchen das Tote Meer. Am Ende der Reise steht das Dorf Neve Shalom-Wahat Alsalam, in dem Palästinenser und Israelis gleichberechtigt miteinander leben. Im ehemaligen palästinensischen Dorf Sará wohnt die Familie unseres Reisebegleiters *Fuad Hamdan*.

Die Kosten der Reise in Höhe von rund 1.700 Euro schließen Hin- und Rückflug, Frühstück und Abendessen, Unterkunft in einem guten Mittelklassehotel, eine erfahrene deutsch, arabisch und englisch sprechende Reiseleitung und die Bustransfers vor Ort ein. Die Teilnehmerzahl ist auf 15 Personen begrenzt.

• *Weitere Infos: Brigitte Domes und Jürgen Michallek (j.michallek@t-online.de, Tel. 0561-73999063, mobil: 0175-68695) oder b-christian@t-online.de*

## hr2-Kinderfunkkolleg Musik

### Samstag 14.45 Uhr

- War Musik schon immer da? (12.4.)
- Wie erzählt Musik Geschichten? (26.4.)
- *Podcast-Angebote „Kinderfunkkolleg“ unter [www.hr2-kultur.de](http://www.hr2-kultur.de); Sendungen zum Nachhören, Zusatzmaterialien und Anregungen für den Einsatz in der Schule: [www.kinderfunkkolleg-musik.de](http://www.kinderfunkkolleg-musik.de)*

## Newsletter wissen<sup>2</sup>

Der Newsletter wissen<sup>2</sup> gibt wöchentlich einen Überblick über die aktuellen Bildungsangebote, informiert über Themen aus Hörfunk, Fernsehen und Online, über Medienprojekte und Fortbildungen für den Schulbereich.

- *Der Newsletter kann auf [www.wissen.hr-online.de](http://www.wissen.hr-online.de) abonniert werden.*

## Jüdische Biografien

Seminar am 29. April 2014

Die Fortbildung „Quellenkritik und Praxisreflexion – Pädagogische Herausforderungen in der Arbeit mit jüdischen (Familien-)Biografien“ richtet sich an Lehrkräfte mit dem Fach Geschichte und findet am 29. April 2014 von 10 bis 17 Uhr in der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt statt (Hansaallee 150).

Jüdische Geschichte in Deutschland wird häufig allein in Form von Verfolgungsgeschichte(n) erzählt, was zu verengten Wahrnehmungen führen kann. Ziel der Fortbildung ist es, die „vertrauten“ Perspektiven auf jüdisch-deutsche Geschichte didaktisch aufzubrechen. Was erzählen Schulbücher über jüdisch-deutsche Geschichte und welche Botschaften wollen sie vermitteln? Nach welchen Kriterien können Biografien ausgewählt werden, um die Vielfalt jüdischen Lebens zu illustrieren? Zur Diskussion stehen die Biografien von *Rahel Varnhagen* und *Ludwig Börne* und das Materialheft „Freiheitsrechte. Das Beispiel der Vorfahren und der Familie von Anne Frank“.

• *Anmeldung: Ricarda Wawra, rwawra@bs-anne-frank.de, Tel. 069-5600235*

## Lernort Betrieb: Das Schülerpraktikum

GEW und IG Metall laden gemeinsam vom 30.6. bis 2.7. zu einer bundesweiten Lehrerfortbildung zum Thema „Lernort Betrieb: Das Schülerpraktikum“ in die Bildungsstätte Berlin der IG Metall ein. Aus der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses und dem Ende standardisierter Erwerbsbiografien leiten sich hohe Anforderungen an eine schülergerechte und subjektorientierte Arbeitswelt- und Berufsorientierung ab. Die Veranstaltung dient der Diskussion über bildungspolitisch und pädagogisch sinnvolle Konzepte des Betriebspraktikums und dem Gespräch mit Ausbilderinnen und Ausbildern, Betriebsräten und Jugendvertretungen. Außerdem werden wir den Entwurf einer gewerkschaftlichen Handlungshilfe zum Betriebspraktikum vorstellen.

• *Weitere Infos: Martina.Schmerr@gew.de (Tel. 069-7897-3322) und Bernd.Kaschaum@igmetall.de (Tel. 069-6693-2414)*

## Zur Erinnerung an Ute Harlos

Ute Harlos verstarb am 4.2.2014 nach schwerer Krankheit im Alter von nur 56 Jahren. Ute hatte ein kurzes, aber erfülltes Leben: Sie lebte für ihre Familie, ihre Freundinnen und Freunde, die Musik, vielfältige weitere Interessen und natürlich für ihren Beruf als Lehrerin.

2004 wurde sie in den GEW-Kreisvorstand Wiesbaden und in den Gesamtpersonalrat gewählt, dessen stellvertretende Vorsitzende sie von 2010 bis 2012 war. Im Kreisvorstandsteam mit Christina Gerhardt, Michael Zeitz und Thomas Eilers hat sie lange Zeit die Geschicke des Kreisverbands gelenkt und geleitet. Dabei war es ihr ein Bedürfnis, möglichst viele Mitglieder zur aktiven Mitarbeit in der GEW zu motivieren. Engagiert und zuverlässig hat sie die inhaltliche Arbeit der Fachgruppe Grundschule vorangetrieben und gehörte auch dem Vorstandsteam der Landesfachgruppe Grundschule an.

„Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen.“ Diese Zeilen aus dem Johannesevangelium hat sich Ute als junger Mensch zu ihrer Konfirmation

ausgesucht. Die Familie setzte diese Zeilen auch über Utes Todesanzeige. Genauso erlebten wir sie auch in ihrer politischen Arbeit: klar, geradeaus, unerschrocken und immer an der Wahrheit interessiert. Uns wird in Erinnerung bleiben, wie sie unbeirrt durch Widerstände und Rückschläge für Chancengleichheit im Bildungswesen und für gute Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte eingetreten ist – nicht als wütende Kämpferin, sondern oft unterstrichen durch kreative Aktionen und gewürzt mit einer Prise Humor.

In den letzten Jahren war ihr Leben von Sorgen und Krankheit geprägt. Doch sie handelte nach der Devise „Nicht dem Leben mehr Jahre geben, sondern den Jahren mehr Leben!“ Utes früher Tod macht uns traurig und nachdenklich. Sie hinterlässt in unseren Reihen eine große Lücke. Wir werden versuchen, ihre Ideen und Vorstellungen innerhalb der GEW in ihrem Sinne weiterzuführen.

GEW-Kreisverband Wiesbaden



## Globales Lernen in der VHS – Marburg, 8. und 9. Mai

Wussten Sie, dass 34% der weltweiten Getreideproduktion an Tiere verfüttert werden oder dass die Herstellung einer Jeans 8.000 Liter Wasser benötigt? Die globalen Auswirkungen unseres Lebensstils auf Mensch und Natur in den Bereichen Ernährung, Mobilität oder Energie sind komplex und lösen häufig ein Gefühl der Überforderung aus. Die Frage ist: Wie können wir uns in einer globalisierten Welt orientieren und daraus gesellschaftliche Handlungsnormen entwickeln, durch die allen Menschen – heute und in Zukunft – ein „gutes Leben“ ermöglicht wird?

Die vhs-Reihe „Globales Lernen“, die in Kooperation mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen (EPN Hessen) und dem Marburger Weltladen konzipiert wurde, gibt dieser Frage auf unterschiedlichen Ebenen Raum. Die Veranstaltungsreihe besteht aus wöchentlichen Abend-

vorträgen und thematisch dazu abgestimmten Praxisworkshops an den darauffolgenden Tagen. Insgesamt werden elf „Veranstaltungstandems“, die auch unabhängig voneinander besucht werden können, angeboten.

Die nächste Möglichkeit, an der Veranstaltungsreihe teilzunehmen, bietet der Vortrag zum Thema „Globales Lernen & Umweltbildung: Gegenseitige Bereicherung oder schwierige Partnerschaft?“ am Donnerstag, dem 8.5.2014 um 18 Uhr in der Volkshochschule Marburg. Passend dazu wird am Freitag, dem 9.5. von 15 bis 16.30 Uhr ein Rundgang durch das Tropengewächshaus des Neuen Botanischen Gartens zur Bedeutung des tropischen Regenwaldes angeboten.

• *Infos zur Veranstaltungsreihe: [www.vhs-marburg.de](http://www.vhs-marburg.de); Kontakt: Lydia Koblofsky, Fachpromotorin für Globales Lernen, [lydia.koblofsky@epn-hessen.de](mailto:lydia.koblofsky@epn-hessen.de), Tel. 06421-1659490*



## Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

### Sendungen für die Schule

Montag bis Freitag, 11 bis 11.30 Uhr

#### Religion

- Weltreligionen: Judentum (14.4.), Islam (15.4.), Christentum (16.4.)
- Das Kopftuch (17.4.)
- Glaubensfragen: Adam, Eva und die Evolution (22.4.), Im Himmel gibt's kein Fernsehen (23.4.), Glaube, Liebe, Hoffnung (24.4.), Das jüdische Museum Berlin, Ghetto des Gedenkens (25.4.)

#### Berufsvorbereitung

Von der Schule zum Beruf (dreiteilige Reihe): 29.4., 30.4., 2.5.

#### Ernährung

- Abenteuer Ernährung – ein Tag im Leben eines Schulkindes (5.5.)
- Kampf um jedes Gramm (6.5.)
- Gefundenes Fressen – Leben vom Abfall (7.5.)
- Essen im Eimer – Die große Lebensmittelverschwendung (8.5.)
- Dossier: Essen (9.5.)

## Wissenswert in hr-iNFO

### Radiosendungen für die Schule

Die 15-Minuten-Beiträge der Reihe „Wissenswert“ werden samstags und sonntags um 20.15 Uhr in hr-iNFO ausgestrahlt. Eine 30-Minuten-Sendung mit zwei Wissenswert-Beiträgen wird sonntags um 7.35 Uhr gesendet und sonntags um 15.35 und montags um 21.35 Uhr wiederholt. Eine aktuelle Wochenübersicht und Manuskripte findet man unter [www.wissen.hr-online.de](http://www.wissen.hr-online.de).

### Natur und Technik

- Pizza aus dem Printer? 3-D-Drucker (12.4., 20.15 Uhr)
- Wie der Mensch die Welt verändert: Harald Lesch über die Physik der Globalisierung (18.4., 20.15 Uhr)
- Out of Africa: Friedemann Schrenk erzählt die globale Geschichte der

Menschen (20.15 Uhr): Vormenschen (19.4.), Gattung Mensch (20.4.), Homo Sapiens und Co. (21.4.)

- Albrecht Beutelspacher: Die Vermessung des Raums (4.5.)

### Politik

- Lampedusa: Mit Flüchtlingen leben (20.4., 7.35 Uhr)
- Tabubruch: Wie Waltraud Schoppe den Bundestag schockierte (3.5., 20.15 Uhr)

### Medien

- Wie Wikipedia unser Sozialverhalten sichtbar macht (13.4., 20.15 Uhr)

### Geschichte

- Hadamar: Hessische Gedenkstätten (26.4., 20.15 Uhr), Die Vergessenen von Hadamar (27.4., 20.15 Uhr)

## Funkkolleg Gesundheit

Auch das Funkkolleg gibt es jetzt ausschließlich in hr-iNFO zu folgenden Zeiten: Montag 20.30 Uhr, Samstag 11.30 Uhr, Sonntag 8.30 und 20.30 Uhr

- Mythos „kompetenter Patient“ (28.4.)

- Gesundheitsrisiko Überdiagnostik und Übertherapie (5.5.)

Weitere Informationen zum Funkkolleg Gesundheit, die Sendungen zum Nachhören und ausführliche Zusatzmaterialien auf: [www.funkkolleg-gesundheit.de](http://www.funkkolleg-gesundheit.de).

Save the date: kunstvoll – Das Symposium! | 20. Mai 2014 | im Landratsamt des Main-Taunus-Kreises

# kunstvoll fördert kulturelle Bildung.

Umfassend lernen – dazu gehört besonders, sich aktiv kulturell zu bilden. Wo bietet sich Jugendlichen die Chance, das zu erleben? Bei **kunstvoll**, dem Jugendprogramm des Kulturfonds! **kunstvoll** verbindet **Kunst und Schule**: **Professionelle Künstler unterstützen Schüler in mehrmonatiger Zusammenarbeit, kreativ zu sein. Themen und Formen der Projekte sind frei wählbar.** Schülerinnen und Schüler bringen ihre Ideen auf die Bühne, komponieren eigene Musikstücke, gestalten und schreiben, malen und tanzen.

**kunstvoll** wendet sich im Schuljahr 2014/15 an **Schulen und Kultureinrichtungen aller Kunstsparten** im Gesell-schaftergebiet des Kulturfonds: Darmstadt, Frankfurt, Hanau, Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Wiesbaden.

**Alle allgemeinbildenden Schulen ab Sekundarstufe I und II** sind eingeladen, Partnerschaften zu bilden und sich mit ihrem Projekt zu bewerben.

Bis zum  
31. Mai 2014  
Förderantrag  
stellen!

Weitere Informationen unter:  
<http://kulturfonds-frm.de/kunst-voll>

Sind Sie interessiert?

Sie haben Fragen?

Sie suchen einen Kulturpartner?

Bitte wenden Sie sich an die **Gemeinnützige**

**Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH**

Claudia Oberschäfer, Ludwig-Erhard-Anlage 1–5

61352 Bad Homburg v. d. Höhe

Tel 06172.999.4695

[c.oberschaefer@kulturfonds-frm.de](mailto:c.oberschaefer@kulturfonds-frm.de)

kulturfonds  
frankfurtheinmain



Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**  
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**



Beamendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013  
**4,50%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
63159 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
info@AK-Finanz.de

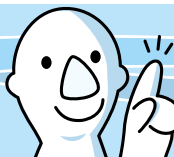
[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!  
**www.1a-Beamendarlehen.de**  
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800-040 40 41**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren  
**NÜRNBERGER** Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt • Pralat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

*Freizeit Aktiv*  
KLASSENFAHRTEN

**ROM**

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.  
... SO MACHT BILDUNG SPASS!

[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-998190



Klinik am  
Leisberg  
BADEN-BADEN

**Von hier an geht  
es aufwärts!**

**HOTLINE: 07221/39 39 30**

Privatklinik für psychologische Medizin  
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom  
**Kostenübernahme:** Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**  
Fax: 07221/39 39 3-50 • [www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de) • [info@leisberg-klinik.de](mailto:info@leisberg-klinik.de)

**terre des hommes**  
Hilfe für Kinder in Not



**Spuren...**

... hinterlässt jeder Krieg bei den Menschen.  
Kinder sind die Hauptleidtragenden: Sie erleben Trennung und Flucht, Angst und Gewalt. Auch wenn sie dem Krieg entkommen sind, tragen sie schwer an seinem Erbe.  
Unterstützen Sie diese Kinder auf dem Weg in den Frieden!

[www.tdh.de](http://www.tdh.de)

Die nächste HLZ erscheint  
am 8. Mai 2014 –  
**Anzeigenschluss**  
für diese Ausgabe ist  
am 10. April 2014.

*Freizeit Aktiv*  
KLASSENFAHRTEN

**LONDON**

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.  
... SO MACHT BILDUNG SPASS!

[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-998190

*Debeka*

Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

sorgenfrei  
im Alter

Steuern sparen

Sicherheit  
für meine  
Liebsten

die  
eigenen  
vier  
Wände



**Jetzt staatliche  
Förderung sichern!**

Egal, ob Sie fürs Alter vorsorgen, Steuern sparen oder Kapital für eine Immobilie aufbauen möchten – der Staat hilft dabei.  
Neu, seit dem Jahr 2013, ist die geförderte private Pflegevorsorge.

Behalten Sie den Überblick – Wir zeigen Ihnen Wege zu Ihrer staatlichen Förderung.

Landesgeschäftsstellen  
in Hessen

Bahnhofstraße 55-57  
65185 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 14 07-0

Frankfurter Straße 4  
35390 Gießen  
Telefon (06 41) 97 42 1-0

[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

anders als andere

*Debeka*



*Freizeit Aktiv*  
KLASSENFAHRTEN  
**BARCELONA**  
4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.  
... SO MACHT BILDUNG SPASS!  
[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-998190

Tel. 0039 0547 672727, Fax 0039 0547 672767  
Via Bartolini 12, 47042 Cesenatico - Italia  
[www.real-tours.de](http://www.real-tours.de), E-mail: [info@real-tours.de](mailto:info@real-tours.de)  
**SCHULFAHRTEN 2014**  
**NEU \*\*\* Pakete für Fahrten bei eigener Anreise, z. B. per Flug \*\*\* NEU**  
**Nach Barcelona, nach Madrid, nach Sevilla, nach Spanien/Katalonien, nach Cesenatico**  
Busfahrten nach **Cesenatico** mit Ausflügen ab Euro 240,- HP  
Busfahrten zur **Toskana-Küste**, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**, nach **Prag**, nach **Paris**, nach **London**, nach **Berlin**, nach **München**  
**Individuell für Lehrer und Begleiter:**  
Oster- und Herbstfahrten nach Cesenatico  
Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2013.  
**Weitere Informationen auch bei:**  
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf, Telefon (08322) 800222, Fax (08322) 800223

Private Akutklinik für  
Psychologische Medizin

**SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING**

Mit Fachabteilung  
für Essstörungen

**Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!**

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!  
**Indikationen:** Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

**Info-Telefon 02861/8000-0**

Pröbtinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**  
Fax 02861/8000-89 • [www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de) • [info@schlossklinik.de](mailto:info@schlossklinik.de)

**Für Segelfahrten in Holland  
schauen Sie ...**

**Für Klubs,  
Schul/  
Jugendgruppen,  
Incentives oder  
Einzelteilnehmer**

**www.segeln.nl**

**REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND**  
Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST  
tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

# Neuaufgabe Dienst- und Schulrecht!

## Das Standardwerk auf CD:

Mit allen im Schulalltag wichtigen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Erlassen: Alles auf aktuellem Stand!

**Für GEW-Mitglieder nur 28,- statt 38,- EUR!**

### Hiermit bestelle ich

Expl. DuS-CD à 28,- EUR zzgl. Versand

Expl. DuS-CD à 38,- EUR zzgl. Versand

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_



Mit allen Suchmöglichkeiten einer modernen Software. Sofort bedienbar, intuitive Benutzerführung. Dokumente können ausgedruckt und in die Textverarbeitung übernommen werden. Analog zur Papierausgabe jährliche Aktualisierungen.

**Bestellungen an:** Mensch und Leben Verlagsgesellschaft, Postfach 1944, 61289 Bad Homburg

Fax: 06172 - 958321, Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)